

Geschäftsbericht 2016

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG



Inhalt

Gemeinsamer Lagebericht	4
Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG	9
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG	73
Beiräte, Bezirksdirektionen Gruppe öffentlicher Versicherer	109

Gemeinsamer Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Situation

Das Wirtschaftsjahr 2016 war geprägt von weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Ereignissen. Neben dem überraschenden Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA sorgte in Europa insbesondere der Brexit, das Ergebnis des Referendums in Italien und die anhaltende Finanzkrise Griechenlands für Verunsicherungen, die sich jedoch im Ergebnis bzw. zum Jahresende an den Finanzmärkten kaum widerspiegeln.

Trotz stagnierendem Welthandel und geringen Investitionen verzeichnete die Weltwirtschaft 2016 ein moderates Wachstum von 2,3 %. Auch in Deutschland setzte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum fort. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt um 1,9 % und lag damit über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre (1,4 %).

Das Wirtschaftswachstum in 2016 resultierte im Wesentlichen aus den im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 % höheren privaten Konsumausgaben und den um 4,2 % deutlich stärkeren staatlichen Konsumausgaben, welche auf die hohe Zuwanderung Schutzsuchender und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen sind. Auch die um 2,5 % gestiegenen Bruttoanlageninvestitionen trugen zum Wirtschaftswachstum in 2016 bei. Bremsend wirkte der negative Außenbeitrag (-0,1 %), der sich aus höheren Importen zu vergleichsweise niedrigeren Exporten ergab.

Die Verbraucherpreise entwickelten sich in 2016 höchst unterschiedlich: die im ersten Quartal geringen Inflationsraten fielen zunächst ins Negative. Seit Mai 2016 zogen die Verbraucherpreise zwar wieder an, lagen bis November aber noch bei Werten unter einem Prozent. Im Dezember stieg die Inflationsrate aufgrund der Energiepreisentwicklung auf 1,7 % an. Durchschnittlich lag die Teuerungsrate in 2016 bei rund 0,5 %.

Zum dritten Jahr in Folge beendete der deutsche Staat das Jahr mit einem Haushaltsüberschuss - Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung nahmen zusammen 19,2 Mrd. EUR mehr ein, als sie ausgaben. Grund für die positive Entwicklung war die gute Konjunktur mit Rekordbeschäftigung und gestiegenen Löhnen. Die Erwerbstätigkeit erreichte mit einem Jahresdurchschnitt von 43,5 Mio. Personen einen neuen Höchststand seit der Wiedervereinigung. Der Bestand gemeldeter Arbeitsstellen stieg im Vorjahresvergleich um 87.000 Stellen auf insgesamt 655.000 Arbeitsstellen.

Geld- und Kapitalmärkte

2016 bewegten im Wesentlichen geldpolitische und politische Einflüsse die Kapitalmärkte. Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte ihre expansive Geldpolitik konsequent fort. Mit dem Ziel, einen Anstieg der Inflation zu erreichen, senkte das Institut zu Beginn des Jahres den Einlagensatz weiter auf -0,4 % p. a.

Gleichzeitig wurde das Anleihekaufprogramm, sowohl in Bezug auf das Volumen, aber auch auf das Anleiheuniversum, ausgeweitet. Für weitere Impulse sorgte die Auflage eines langfristigen Refinanzierungsprogrammes für Banken.

Der Ausgang des Referendums zum EU-Austritt von Großbritannien im Juni 2016 führte zu einer weiteren Verunsicherung der Kapitalmarktteilnehmer. In diesem Umfeld fielen die Renditen deutscher Bundesanleihen im Sommer 2016 auf neue Tiefststände - zehnjährige Papiere notierten im negativen Bereich. Mit der aus verbesserten konjunkturellen Rahmendaten ansteigenden Inflationserwartung erhöhten sich in den letzten Monaten des Jahres 2016 die Renditen am mittleren und langen Ende der Zinskurve in Europa. Getragen wurde diese durch die deutlichen Renditeanstiege US-amerikanischer Staatsanleihen im selben Zeitraum. Im Dezember 2016 vollzog die amerikanische Notenbank Fed den bis dato letzten Zinsschritt und erhöhte den Leitzins, den Fed Fund Rate, um 0,25 % auf eine Bandbreite zwischen 0,5 % und 0,75 %. Weitere Zinsschritte werden für 2017 erwartet. In der Eurozone hingegen muss von der Beibehaltung der bisherigen Geldpolitik ausgegangen werden.

Die Aktienmärkte zeigten sich in 2016 durchaus positiv. Der Deutsche Aktienindex DAX konnte das Jahr mit einer positiven Wertentwicklung von rund 7 % abschließen und entwickelte sich besser als der EuroStoxx50. Für kurzfristige Verwerfungen sorgte zu Jahresbeginn die Sorge um eine Abschwächung des Wachstums in China. Im Jahresverlauf beeinflussten politische Ereignisse, wie die Brexit-Entscheidung aber auch die Wahl in den USA das Geschehen an den Börsen. Im letzten Quartal 2016 führten die sich aufhellenden konjunkturellen Rahmenbedingungen für Aktien zu deutlichen Kursanstiegen.

Der Außenwert des Euro zeigte sich in diesem Umfeld gegenüber dem US-Dollar als schwankungsbreit. Zwischen dem Jahresstartkurs 1,09 USD/EUR und dem Jahresendkurs von 1,05 USD/EUR schwankte der Verlauf zwischen 1,04 USD/EUR und 1,15 USD/EUR. Die tendenzielle Abwertung des Euros ist vor allem auf die sich ausweitenden Zinsdifferenzen beider Währungsräume zurückzuführen.

Situation der deutschen Versicherer

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat sich in 2016 unter wandelnden Rahmenbedingungen gut behauptet. Die Beitragseinnahmen aller Mitgliedsunternehmen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft entwickelten sich in 2016 insgesamt stabil. Mit 194,2 Mrd. EUR stiegen sie gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,2 %. Dabei entfiel auf die Schaden- und Unfallversicherer ein Beitragszuwachs um 2,9 %, während die Lebensversicherer im vergangenen Jahr einen Beitragsrückgang von 2,2 % zu verzeichnen hatten.

Die unverändert größte Herausforderung für die Branche stellt das anhaltende Niedrigzinsumfeld dar. Sie schmälert die Erträge aus der Kapitalanlage, die ihrerseits auf Stabilität

Gemeinsamer Lagebericht

und Sicherheit ausgerichtet ist. Gleichwohl stellt die Versicherungsbranche bislang erfolgreich unter Beweis, dass sie auch in anspruchsvollen Zeiten den Bürgerinnen und Bürgern ein verlässlicher Partner bei der Absicherung von Personen- und Sachrisiken sowie beim Aufbau der privaten Altersvorsorge ist.

Seit 1. Januar 2016 gelten für die europäischen Versicherungsunternehmen die Aufsichtsregeln von Solvency II. Die deutsche Versicherungswirtschaft hat das Projekt von Anfang an begleitet und den Einstieg in das neue System gut bewältigt. Schwerpunkte von Solvency II bilden die Eigenmittelausstattung der Versicherungsunternehmen sowie erweiterte Publikationspflichten.

Die Umsetzung der neuen EU-Vertriebsrichtlinie Insurance Distribution Directive, kurz IDD, in deutsches Recht ging in 2016 mit großen Schritten weiter voran. Nach Finalisierung der deutschen Fassung und Veröffentlichung erster Leitlinien zur Produktentwicklung und -überwachung, gab es Mitte November den ersten Referentenentwurf seitens der Bundesregierung.

Die deutsche Versicherungsbranche wird von der zunehmenden digitalen Vernetzung beeinflusst. Neue Anbieter drängen auf den Markt und verschärfen den Wettbewerb. Gleichzeitig eröffnet die Digitalisierung zahlreiche wirtschaftliche Chancen für Versicherungsunternehmen durch die Besetzung neuer Kundenschnittstellen, eine stärkere Automatisierung und damit Beschleunigung von Geschäftsprozessen sowie neue Wege der Datenerfassung und Datennutzung.

Situation der deutschen Lebensversicherer

Die Lebensversicherung genießt eine weiterhin hohe Nachfrage und bildet unverändert eine tragende Säule bei der Sicherung existenzieller Risiken und privater Vorsorge. Die Beitragseinnahmen der Lebensversicherungswirtschaft blieben auch 2016 trotz leichtem Rückgang um 2,2 % auf einem sehr hohen Niveau (90,7 Mrd. EUR).

Infolge des demografischen Wandels verändern sich die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und die langfristige Belastbarkeit der gesetzlichen Rente. Die große Koalition hat sich im November 2016 auf Eckpunkte einer Rentenreform zur Bekämpfung der Altersarmut in Deutschland geeinigt, deren Gesetzgebungsverfahren für das Jahr 2017 vorgesehen ist. Neben der Angleichung der Ost- und Westrenten, soll die Reform zur Stärkung der Riester-, Erwerbsminderungs- und Betriebsrenten führen. Die deutsche Versicherungsbranche begrüßt das Stärkungsprogramm grundsätzlich, weist aber u. a. auch auf die Notwendigkeit der Generationengerechtigkeit bei der gesetzlichen Rente hin.

Im Hinblick der anhaltenden Niedrigzinsphase entwickeln deutsche Lebensversicherer neue innovative und rentable Versicherungsprodukte, deren Garantien sich an das aktuelle

Kapitalmarktumfeld anpassen. Gleichzeitig gilt es, zusätzliche Rücklagen zu bilden, um die Leistungsversprechen der Vergangenheit auch in Zukunft zuverlässig zu erfüllen.

Situation der deutschen Schaden- und Unfallversicherung

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer setzten ihren Aufwärtstrend der Vorjahre fort und verzeichneten in 2016 erneut einen Zuwachs. Die gebuchten Bruttobeiträge wuchsen mit +2,9 % auf 66,3 Mrd. EUR sogar noch stärker als im Vorjahr (+2,6 %). Insbesondere die beiden größten Bereiche, Kraftfahrt (+2,5 %) und Sachversicherung (+3,7 %) konnten zur positiven Geschäftsentwicklung im vergangenen Jahr beitragen. Dem gegenüber gestellt trugen diese beiden Bereiche auch zur Steigerung der Leistungszahlungen um 3,7 % auf insgesamt 49,9 Mrd. EUR in 2016 bei.

Regionale Extremwetterereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen oder Hagel verursachen Jahr für Jahr Milliardenschäden in Deutschland. In den letzten Jahren haben die deutschen Sachversicherer im Durchschnitt 2,4 Mrd. EUR für Schäden durch Naturgefahren geleistet. Trotz der verheerenden Unwetterereignisse in Bayern und Baden-Württemberg fallen die Schadenleistungen in 2016 mit rund 2 Mrd. EUR leicht unterdurchschnittlich aus. Die Versicherungsbranche setzt sich seit einigen Jahren intensiv dafür ein, Naturrisiken beherrschbar zu machen - durch Vorsorge, Forschung und passenden Versicherungsschutz.

Der technische Fortschritt ermöglicht immer neue Assistenzdienstleistungen in der Versicherungsbranche. Im April 2016 startete der Unfallmeldedienst für Autofahrer - ein von der deutschen Versicherungswirtschaft entwickeltes automatisches Notruf-System, das in nahezu allen Autos eingesetzt werden kann. Das System erkennt eine Kollision und meldet den Unfall automatisch an eine Notrufzentrale. Das hoch- und vollautomatisierte Fahren zählt zu den wichtigsten Entwicklungen für die Mobilität der Zukunft. Die Verkehrssicherheit soll sich hierdurch erhöhen und die Abdeckung von Mobilitätswünschen wird ermöglicht. Die Versicherungswirtschaft setzt sich dafür ein, einen rechtlichen Rahmen für automatisierte Fahrfunktionen zu setzen.

Der technologische Wandel hin zu einer digitalen Welt birgt nicht nur Chancen, sondern auch neue Risiken, wie die Gefährdung durch Cyberrisiken. Daten, Patente und spezifisches Wissen geraten zunehmend in das Visier von Cyberkriminellen. Dabei sind nicht nur Konzerne, Mittelständler oder Politiker, sondern auch Privatpersonen betroffen. Die Versicherungswirtschaft entwickelt hierzu Versicherungslösungen.

Gemeinsamer Lagebericht

Sparkassen-Versicherung Sachsen

2016 geht als ein insgesamt gutes Jahr in die Geschichte der Sparkassen-Versicherung Sachsen ein. Dem Unternehmen ist es gelungen, im Bereich der Schadenversicherung weiter zu wachsen und den gebuchten Beitrag gegenüber dem Vorjahr um 4 % auf 132 Mio. EUR zu erhöhen. Besonders erfreulich ist das gute Wachstum im privaten HUK/Sach-Geschäft. Hier stiegen die Beiträge wie im Vorjahr um rund 3 Mio. EUR. Das Geschäftsgebiet der Sparkassen-Versicherung Sachsen war 2016 nicht von größeren Ereignisschäden betroffen. In Verbindung mit den Erfolgen aus ertragsverbessernden Maßnahmen der letzten Jahre spiegelt sich dies in der besten Schadenquote seit Gründung der Gesellschaft wider.

Die Entwicklung der Lebensversicherung verlief in 2016 entsprechend der Planung. Der Rückgang bei den gebuchten Beiträgen von 5 % auf 479 Mio. EUR ist unter Berücksichtigung eines sehr guten Neugeschäftes auf hohe Abläufe von Versicherungsverträgen mit einer Laufzeit von 12 Jahren zurückzuführen. Diese sind in 2004 aufgrund einer veränderten Steuergesetzgebung verstärkt abgeschlossen worden.

Wie die gesamte Branche unterliegt die Sparkassen-Versicherung Sachsen seit 1. Januar 2016 dem europaweit einheitlichen Regelwerk von Solvency II. Dieses verpflichtet Unternehmen zu angemessener Eigenmittelvorsorge zum Schutz der Versicherten. Mit den ermittelten Bedeckungsquoten ist die Sparkassen-Versicherung Sachsen sowohl auf Einzelunternehmens- als auch Gruppenebene sehr gut positioniert.

Bedeckungsquote nach Solvency II	2016
Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG ⁽¹⁾	1.391 %
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG	303 %

⁽¹⁾ Für die Berechnungen wurden die Übergangsmaßnahme für Versicherungstechnische Rückstellungen und die Volatilitätsanpassung angewendet.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verfügt über ein umfassendes Beschwerdemanagementsystem, welches den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Beschwerdemanagement von Versicherungsunternehmen gerecht wird. Ziel der Mindestanforderungen ist die Stärkung des Verbraucherschutzes und Sicherstellung des rechtlich korrekten und fairen Umgangs der Versicherungsunternehmen mit ihren Kunden. Bestandteil dieser Anforderungen ist u. a. die jährliche Berichtspflicht an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zum gesamten Beschwerdeaufkommen und ausgewählten Kennzahlen zur Beschwerdebearbeitung.

Als eines der ersten öffentlichen Versicherungsunternehmen in Deutschland hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen 2014 den Beitritt zum Verhaltenskodex des Gesamtverbands

der Deutschen Versicherungswirtschaft für den Vertrieb von Versicherungsprodukten erklärt. Dieser Verhaltenskodex ist eine freiwillige Selbstverpflichtung der Versicherungswirtschaft zur Sicherstellung einer hohen Qualität der Kundenberatung. Die Wirksamkeit des Wertesystems wird im Zwei-Jahresrhythmus durch unabhängige Wirtschaftsprüfer geprüft und die Ergebnisse der Prüfung im Internet publiziert. 2017 wird sich die Versicherungsgesellschaft einer zweiten Wirksamkeitsprüfung stellen. Die hohe Zufriedenheit der Kunden ist wesentlicher Bestandteil der Unternehmensstrategie der Sparkassen-Versicherung Sachsen.

Zusammenarbeit mit Verbundpartnern

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen definiert sich als Serviceversicherer und Teil der Sparkassen-Finanzgruppe. Sie ist integriert in einen leistungsstarken Verbund aus deutschlandweit rund 400 Sparkassen, sieben Landesbank-Konzernen, der DekaBank, neun Landesbausparkassen, elf Erstversicherungsgruppen und zahlreichen weiteren Finanzdienstleistungsunternehmen. Kooperationen sowie die Zusammenarbeit mit starken Partnern zur Abdeckung aller Kundenbedürfnisse und zur Hebung von Synergien sind für die Sparkassen-Versicherung Sachsen selbstverständlich.

Das Servicenetz der Sparkassen-Versicherung Sachsen ist dicht geknüpft. Insbesondere die sächsischen Sparkassen mit ihrem engen Zweigstellennetz sind starke Partner und unverzichtbare Mitstreiter bei der Betreuung der Kunden des Unternehmens und beim Vertrieb von Versicherungsprodukten.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die Sparkassen-Versicherung Sachsen insgesamt 830 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

per 31.12.	2016	2015	2014	2013	2012
Innendienst	442	431	430	416	421
Außendienst	353	356	367	392	414
Auszubildende/ BA-Studenten/ Trainees	35	43	33	35	39
Gesamt	830	830	830	843	874

Gemeinsamer Lagebericht

Dank des Vorstands

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen hat sich seit ihrer Gründung 1992 zu einem wirtschaftlich stabilen Unternehmen entwickelt. Geprägt wird dieser Erfolg maßgeblich von dem entgegengebrachten Vertrauen der Kunden und Geschäftspartner. Der Vorstand bedankt sich herzlich für die oft langjährige Verbundenheit und gute Zusammenarbeit.

Besonderer Dank richtet sich an den Außendienst und die sächsischen Sparkassen. Die Zusammenarbeit wird getragen von einem gegenseitig respekt- und vertrauensvollen Umgang.

Wir danken auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichst für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2016. Darüber hinaus richtet sich unser Dank an den Betriebsrat und die Interessenvertretung des selbständigen Außendienstes für die zielorientierte Zusammenarbeit und das entgegengebrachte Vertrauen.

Prognosebericht

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen konnte sich 2016 wieder gut im Markt platzieren und ist für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt.

Wir erwarten auch im kommenden Jahr insgesamt eine marktüberdurchschnittliche Beitragsentwicklung.

Die S.V. Holding AG rechnet mit einer attraktiven Ausschüttung ihrer Tochtergesellschaften auf dem Niveau der Vorjahre und einem normalen Verlauf der übrigen Geschäftstätigkeit. Bei den Erträgen aus Versicherungsvermittlung wird von weiteren Zuwächsen ausgegangen.

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG

Aufsichtsrat	11
Vorstand	11
Lagebericht	12
Versicherungsarten	25
Bewegung des Bestandes	26
Bilanz	28
Gewinn- und Verlustrechnung	32
Anhang	34
Bestätigungsvermerk	48
Bericht des Aufsichtsrats	49
Überschussverteilung	50

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat	Joachim Hoof	Vorsitzender des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Dresden Vorsitzender
	Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl	Vorsitzender des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart stv. Vorsitzender
	Yvonne Adam	Vertreterin der Arbeitnehmer, Bereich Rechnungswesen, Dresden
	Frank Hillme	Vertreter der Arbeitnehmer, Bereich Leben-Mathematik, Dresden
	Roland Manz	Vorsitzender des Vorstands der Erzgebirgssparkasse, Annaberg-Buchholz
	Roland Oppermann	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart
	Jörg Plate	Vertreter der Arbeitnehmer, Vorsitzender des Betriebsrats, Dresden
	Reingard Pöhnitzsch	Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Döbeln, Döbeln
	Dr. Frederic Roßbeck	Vorsitzender des Vorstands der Feuersozietät, Berlin/ Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg Versicherung AG, Potsdam
Vorstand	Gerhard Müller	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Büdenbender	
	Friedrich Scholl	

Lagebericht

Überblick

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen ist das Unternehmen insgesamt mit dem Geschäftsergebnis zufrieden. Die gebuchten laufenden Beiträge lagen planmäßig unter dem Vorjahresniveau. Ursache für den Rückgang sind Beitragsabgänge aus kurzlaufenden Verträgen und gestiegene Vertragsabläufe. Das Einmalbeitragsgeschäft hat sich positiv entwickelt. Beim Neugeschäft konnte ein leichtes Plus bei der Versicherungssumme erreicht werden. Der laufende Beitrag fiel geringer aus als im Vorjahr. Der Versicherungsbestand nahm weiter zu.

Die Kostenquoten sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Das Unternehmen zählt seit Jahren zu einem der kostengünstigsten Serviceversicherer.

Das nun schon seit Jahren andauernde niedrige Zinsniveau der Kapitalmärkte hat zur Folge, dass das laufende Kapitalanlageergebnis im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken ist.

Alle von der Gesellschaft betriebenen Lebensversicherungsarten sind auf Seite 25 aufgeführt.

Ertragslage

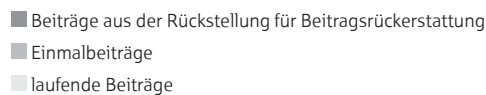
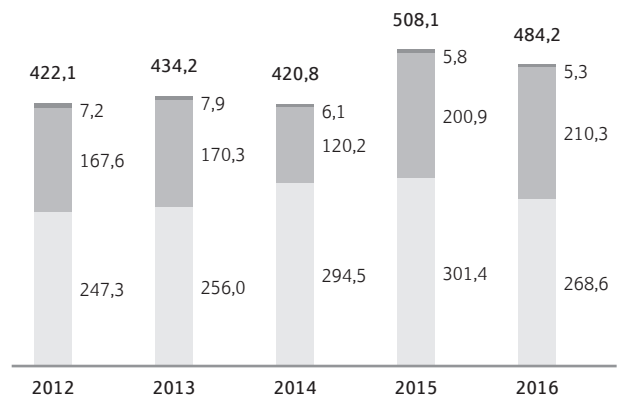
Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Geschäft verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % auf 478,5 (Vj. 502,0) Mio. EUR. Die laufenden Beiträgen sanken um 10,9 % auf 268,6 (Vj. 301,4) Mio. EUR. Bei den Einmalbeiträgen konnte eine Steigerung auf 210,0 (Vj. 200,6) Mio. EUR erzielt werden, dies entspricht einem Plus von 4,7 % zum Vorjahr.

Der Markt weist bei den gebuchten Bruttobeiträgen gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 1,5 % aus, wobei sich die laufende Beiträge um 0,3 % und die Einmalbeiträge um 4,4 % verringerten.

Die gesamte Beitragseinnahme einschließlich der als Versicherungsbeiträge verwendeten Überschussanteile (5,3 Mio. EUR) lag mit 484,2 (Vj. 508,1) Mio. EUR um 4,7 % unter dem Vorjahreswert. Der Markt weist hier ein Minus von 1,8 % aus.

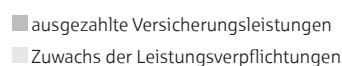
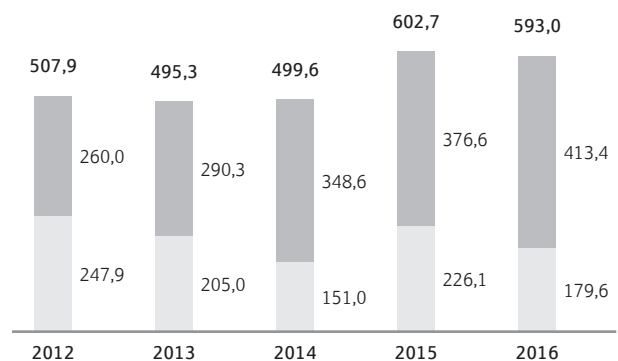
Beitragseinnahmen in Mio. EUR



Versicherungsleistungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 593,0 (Vj. 602,7) Mio. EUR an Leistungen erbracht. Davon entfielen 413,4 (Vj. 376,6) Mio. EUR auf unmittelbare Auszahlungen an die Versicherten oder Bezugsberechtigten. Im Einzelnen wurden an Ablaufleistungen 285,4 (Vj. 249,9) Mio. EUR aufgewandt. Auf Todesfälle entfielen 37,6 (Vj. 33,1) Mio. EUR und auf Rentenzahlungen 42,7 (Vj. 41,4) Mio. EUR. Für Rückkäufe wurden 47,7 (Vj. 52,2) Mio. EUR ausgezahlt. Auf Rückstellungen für künftige Leistungsverpflichtungen entfielen 179,6 (Vj. 226,1) Mio. EUR. Die Deckungsrückstellung ist um 180,7 Mio. EUR auf 3 549,8 (Vj. 3 369,1) Mio. EUR gestiegen.

Versicherungsleistungen in Mio. EUR



Lagebericht

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrugen 46,8 (Vj. 40,5) Mio. EUR. Sie setzten sich aus 37,7 (Vj. 32,5) Mio. EUR Abschlussaufwendungen und 9,2 (Vj. 8,0) Mio. EUR Verwaltungsaufwendungen zusammen.

Die auf die Beitragssumme des Neugeschäfts bezogene Abschlusskostenquote lag bei 4,5 (Vj. 4,2) %. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem in 2015 eingeführten Provisionsmodell, welches neben einer Abschlussprovision auch eine laufende Provision verteilt auf fünf Jahre vorsieht.

Die Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen lagen bei 1,9 % (Vj. 1,6 %). Die Verwaltungskostenquote ist aufgrund von planmäßigen Investitionen gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im Berichtsjahr wurde in geringem Umfang in Rückdeckung übernommenes Geschäft gezeichnet. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 0,4 (Vj. 0,3) Mio. EUR.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen betrugen wie im Vorjahr 109,6 Mio. EUR.

Die laufende Durchschnittsverzinsung nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 % auf 3,0 %. Eine geringere Durchschnittsverzinsung folgt aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und der Spreadeinengung auf den Kapitalmärkten. Die Investition in Kapitalanlagen guter und sehr guter Bonität führt aufgrund geringerer Risikozuschläge künftig tendenziell zu einer sinkenden Durchschnittsverzinsung.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen stieg marginal um 0,1 Mio. EUR auf 148,3 Mio. EUR. Bei gleichzeitig gestiegenem Kapitalanlagebestand ergab sich eine Absenkung der Nettoverzinsung von 4,3 % im Vorjahr auf 4,1 % im Berichtsjahr. Zwar sind die Verluste aus Abgang im Berichtsjahr angestiegen (9,5 Mio. EUR, Vj. 0,4 Mio. EUR), dem standen aber die in gleicher Weise gestiegene Gewinne aus Abgang (51,3 Mio. EUR, Vj. 43,0 Mio. EUR) sowie der Rückgang der außerplanmäßigen Abschreibungen (0,4 Mio. EUR, Vj. 1,4 Mio. EUR) entgegen. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre gesehen, ergibt sich für den Betrachtungszeitraum eine Nettoverzinsung von 4,4 %.

Steuern

Die Gesellschaft hat durch den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages seit 4. Dezember 2014 eine ertragsteuerliche Organschaft mit der S.V. Holding AG, Dresden. Aufgrund dieses Vertrages wird der Ertragsteueraufwand ab Geschäftsjahr 2014 als Körperschaft- und Gewerbesteuer-Organschaftsumlage ausgewiesen.

Jahresergebnis

Im Berichtsjahr konnte ein Rohüberschuss in Höhe von 53,1 (Vj. 58,3) Mio. EUR erwirtschaftet werden. Vom Rohüberschuss wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 25,1 (Vj. 33,1) Mio. EUR zugeführt und 26,6 (Vj. 23,5) Mio. EUR den Versicherungsnehmern direkt gutgeschrieben.

Das Jahresergebnis beträgt 1 395 (Vj. 1 653) TEUR. Nach Zuführung in die gesetzliche Rücklage in Höhe von 314 (Vj. 572) TEUR werden wie im Vorjahr 1 081 TEUR vollständig an die S.V. Holding AG abgeführt. Eine entsprechende Verbindlichkeit gegenüber der S.V. Holding AG wurde eingestellt.

Finanzlage

Ziel der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG ist es, jederzeit alle vertraglichen Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern, auch in der Zukunft, erfüllen zu können. Dafür werden die Kapitalanlagen langfristig an den Fälligkeiten unserer vertraglichen Versicherungsleistungen ausgerichtet. Das Vermögen wird dabei mit einer höchst möglichen Sicherheit und Rentabilität angelegt, unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung sowie unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Vorgaben. Dies, zusammen mit einer angemessenen Liquiditätsreserve, garantiert allen Kunden und Vertragspartnern die jederzeitige Zahlungsfähigkeit. Die Liquiditätslage wird regelmäßig überprüft und ständig an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr stets gewährleistet und steht auch im laufenden Geschäftsjahr außer Frage.

Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt 47,3 (Vj. 47,0) Mio. EUR. Im Verhältnis zur Deckungsrückstellung beträgt die Eigenkapitalquote 1,4 (Vj. 1,5) %.

Zum 01.01.2016 wurde die Solvabilitätsquote I durch die Bedeckungsquote nach Solvency II abgelöst. Die geltenden Solvabilitätsanforderungen wurden hinreichend erfüllt.

Lagebericht

Vermögenslage

Versicherungsbestand

Am Jahresende bestanden 549 820 (Vj. 542 250) Lebensversicherungsverträge mit einer Versicherungssumme von 12 065,0 (Vj. 11 659,3) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 271,4 (Vj. 304,6) Mio. EUR. Die Zuwachsraten

betragen bei der Stückzahl 1,4 %, der Versicherungssumme 3,5 % und beim laufenden Beitrag -10,9 %. Die Bestandsstruktur zeigt einen Trend hin zu mehr Risikoversicherungen und Fondsgebundener Lebensversicherungen. Der summenmäßige Anteil von Kapital- und Rentenversicherungen am Gesamtbestand belief sich auf 59,2 (Vj. 60,9) %.

Der Bestand setzte sich wie folgt zusammen:

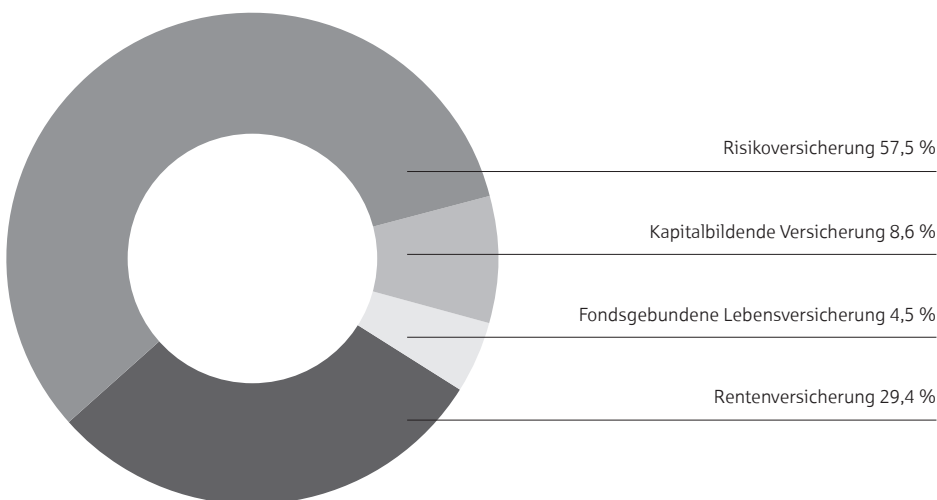
	31.12.2016 Versicherungssumme		31.12.2015 Versicherungssumme	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Kapitalbildende Versicherung	1 828,6	15,2	1 791,0	15,4
Risikoversicherung	4 610,3	38,2	4 291,2	36,8
Rentenversicherung	5 316,6	44,0	5 314,7	45,5
Fondsgebundene Lebensversicherung	309,5	2,6	262,4	2,3
	12 065,0	100,0	11 659,3	100,0

Im Berichtszeitraum wurde ein Neuzugang von 51 367 (Vj. 51 636) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 1 499,8 (Vj. 1 489,4) Mio. EUR, einem laufenden Beitrag von 27,3 (Vj. 29,2) Mio. EUR und einem Einmalbeitrag von 208,3 (Vj. 198,7) Mio. EUR erzielt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung bei den Verträgen von -0,5 %, bei der Versicherungssumme von 0,7 %, beim laufenden Beitrag von -6,5 % und bei den Einmalbeiträgen von 4,8 %.

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) weist für den Markt beim Neuzugang eine Veränderung in der Stückzahl von -0,7 %, der versicherten Summe von 3,1 %, beim laufenden Beitrag von 2,8 % und beim Einmalbeitrag von -4,1 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts betrug im Geschäftsjahr 835,0 (Vj. 780,3) Mio. EUR, das entspricht einer Steigerung um 7,0 %.

Struktur des Neugeschäfts (nach Versicherungssumme)



Lagebericht

Der Abgang belief sich auf 43 912 (Vj. 43 816) Verträge mit einer Versicherungssumme von 1 099,9 (Vj. 1 077,8) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 60,6 (Vj. 25,9) Mio. EUR. Auf Abläufe entfielen 24 775 (Vj. 24 109) Verträge mit einer Versicherungssumme von 527,7 (Vj. 508,1) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 42,9 (Vj. 9,3) Mio. EUR. Durch Todesfälle war ein Abgang von 3 699 (Vj. 3 338) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 43,1 (Vj. 34,8) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 1,2 (Vj. 1,2) Mio. EUR zu verzeichnen. Zu vorzeitigem Abgang kam es bei 15 438 (Vj. 16 369) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 529,1 (Vj. 534,9) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 16,5 (Vj. 15,4) Mio. EUR.

Die Stornoquote, d.h. das Verhältnis von Rückkäufen, Umwandlungen in beitragsfreie Versicherungen und sonstigen vorzeitigen Abgängen bezogen auf den mittleren Bestand der laufenden Beiträge, lag bei 5,7 (Vj. 5,1) %. Bezogen auf die Versicherungssumme betrug die Stornoquote 4,5 (Vj. 4,7) %.

Kapitalanlagen

Entwicklung der einzelnen Anlagearten:

Kapitalanlagebestand	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung Mio. EUR
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	0,9	0,0	0,9	0,0	0,0
Beteiligungen	0,6	0,0	1,0	0,0	-0,4
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	772,4	21,2	566,2	16,1	206,2
Festverzinsliche Wertpapiere	1 376,5	37,8	1 308,3	37,3	68,2
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1,9	0,1	2,7	0,1	- 0,8
Namensschuldverschreibungen	604,8	16,6	688,9	19,6	- 84,1
Schuldscheinforderungen und Darlehen	813,9	22,3	869,2	24,8	- 55,3
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2,3	0,1	2,5	0,1	- 0,2
übrige Ausleihungen	19,4	0,5	19,5	0,6	- 0,1
Andere Kapitalanlagen	50,0	1,4	50,0	1,4	-
	3 642,7	100,0	3 509,2	100,0	133,5

Der Bestand an Kapitalanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % auf 3 642,7 Mio. EUR angewachsen. Der Anstieg setzte sich im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 460,1 Mio. EUR zusammen. Dem stehen Abgänge sowie Abschreibungen in Höhe von 326,5 Mio. EUR gegenüber.

Im Jahr 2016 wurden stille Reserven zur Finanzierung der Zinszusatzreserve als auch zur Beteiligung der Versiche-

rungsnehmer an den Bewertungsreserven gehoben. Die Wiederanlage erfolgte in Wertpapiere und sonstige Ausleihungen innerhalb des Investmentgrade-Ratings. Aus der Wiederanlage und der Neuanlage (460,1 Mio. EUR) ergab sich eine Bruttoneuanlagequote von 12,6 % des Bestandes. Darin sind Zugänge bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 184,2 Mio. EUR enthalten. Der Masterfonds wurde um 209,5 Mio. EUR aufgestockt. Die

Lagebericht

Aufstockung verteilte sich auf alle drei Risikoklassen (Aktien, Renten, Immobilien).

Verbundene Unternehmen

Die Gesellschaft ist entsprechend den §§ 15 ff. AktG mit der S.V. Holding AG, Dresden, die 100 % des Aktienkapitals besitzt, sowie der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Dresden, die ihrerseits 51 % der Anteile der S.V. Holding AG hält, verbunden. Die restlichen 49 % des Aktienkapitals besitzt die BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München. Diese wiederum wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München, und der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, gehalten.

Weiter ist sie mit der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, deren Aktienkapital sich zu 100 % im Besitz der S.V. Holding AG befindet, nach den §§ 15 ff. AktG verbunden.

Vermittlungsgeschäft

Für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, wurden Schaden- und Unfallversicherungen vermittelt. Über die S.V. Holding AG bestehen weitere Landesdirektionsverträge mit der Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken, zur privaten Krankenversicherung, mit der ÖRAG Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, zur Rechtsschutzversicherung, mit der S-PensionsManagement GmbH, Düsseldorf, zur betrieblichen Altersvorsorge, mit der SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart, zur Transport- und technischen Versicherung, mit der Union Reiseversicherung AG, Düsseldorf, zur Reise-Versicherung, mit dem Bayerischen Versicherungsverband VersicherungsAG, München, zur Kautions- und Bürgschaftsversicherung sowie Haftpflichtversicherung Heilwesen, mit der Cardif Allgemeine Versicherung, Stuttgart, und der ProTect Versicherung AG, Düsseldorf, zur Arbeitseinkommensverlustversicherung.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Der Umgang mit Risiken ist für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG von maßgeblicher Bedeutung. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Bereits heute verfügt die Gesellschaft über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen. Das Risikomanagement der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG gewährleistet, dass im Sinne der aufsichtsrechtlichen Anforderungen gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und

adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich konsequent an dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), den Vorgaben der Europäischen Union und EIOPA und den Auslegungsentscheidungen der BaFin. Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht dabei im Vordergrund. Die gezielte Abwägung von Risiko und Ertrag trägt damit wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei.

Die Struktur der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG stellt eine Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sicher. Dabei wird auf eine klare Trennung zwischen Risikoaufbau und deren Bewertung und Steuerung gelegt, die zusätzlich durch flankierende Maßnahmen abgesichert wird. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind eindeutig in einer Verantwortungsmatrix definiert.

Die Vorgaben zur allgemeinen sowie strategischen Risikohandhabung und -steuerung sind in einer Risikostrategie dokumentiert und werden im jährlichen Strategieaudit kritisch analysiert. Die Gesellschaft verfolgt einen primär dezentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem die Risikoidentifikation und -bewertung sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung überwiegend den operativen Funktionseinheiten obliegt.

Das Zentrale Risikomanagement verantwortet in der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG die ordnungsgemäße und wirksame Ausgestaltung und Umsetzung des Risikomanagementsystems, dessen Weiterentwicklung, die Steuerung und Koordination des Risikomanagementprozesses sowie die interne und externe Berichterstattung. Weiterhin fördert es die Risikokultur im Unternehmen. Darüber hinaus wird durch das Zentrale Risikomanagement die Risikomanagement-Funktion im Rahmen der Geschäftsorganisation ausgeübt.

Das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation der Gesellschaft ist das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt dabei ausschließlich bei den Mitgliedern des Vorstands. Neben dem Vorstand gehören dem Risikokomitee die verantwortlichen Inhaber der Solvency II Schlüsselfunktionen Risikomanagement, Compliance, Versicherungsmathematik und Revision sowie weitere Führungskräfte an. Damit können alle Risikomanagementfragen durch Beratung und Entscheidungsvorbereitung mit Verantwortlichen der höchsten Führungsebene diskutiert werden.

In den Sitzungen des Risikokomitees erfolgt gegenüber dem Vorstand die Berichterstattung zum Risikomanagementprozess, zu den Risikocontrollingmodellen, zu Kapitalanlagen und zum Kapitalanlagerisikomanagement. Auf operativer Ebene wird das Risikokomitee von den Steuerungskreisen Leben und Komposit unterstützt. Die Steuerungskreise sind unter anderem für den Aufbau, die Pflege sowie die Anpassung von

Lagebericht

Methoden und Prozessen an Unternehmensspezifika zuständig und sprechen Empfehlungen an das Risikokomitee aus.

Die Risikosituation der Lebensversicherung wird mit Hilfe separater Risikotragfähigkeitskonzepte und Limitsysteme überwacht und gesteuert. Dazu beschließt der Vorstand für die Gesellschaft, ob und in welcher Höhe vorhandenes Kapital zur Bedeckung der bestehenden Risiken zur Verfügung steht (Risikokapital). Die Risikotragfähigkeit ist gewährleistet, wenn das Risikokapital die jeweilige Summe der Gesamtrisiken um mindestens 120 % übersteigt. Zur unterjährigen Kontrolle sind Ampelsysteme und verbindliche Eskalationsprozesse definiert. Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation wird monatlich in mehrdimensionalen Perspektiven herausgearbeitet. Gleichzeitig führen die Konzernunternehmen vierteljährliche Risikoinventuren durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Konzerns auswirken können. Im Rahmen der Risikobewertung wird dargestellt, welche Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen wurden und wie sich diese Maßnahmen auswirken. Die quantitative Risikobewertung erfolgt demnach unter Berücksichtigung der bestehenden Maßnahmen, das heißt nach Steuerung. Darüber hinaus kann es Einzelrisiken geben (z. B. Kapitalanlage), für die eine Betrachtung vor Steuerung zusätzlich durchgeführt wird.

Um die Risiken zu messen, zu kontrollieren und zu steuern, stehen dem Zentralen Risikomanagement und den Fachbereichen folgende qualitative und quantitative Instrumente zur Verfügung:

Allgemeine Instrumente:

- Strategien (Unternehmens-, Risiko-, Kapitalanlagestrategie)
- Jahres- und Mehrjahresplanungen
- Plan-Ist Vergleiche
- Stresstests und Sensitivitätsanalyse
- Asset-Liability-Management
- Ampelsysteme

Darüber hinaus bestehen, entsprechend der jeweiligen Risikokategorie, weitere spezielle Instrumente, um Risiken zu messen, zu kontrollieren und zu steuern.

Risikoart	Instrument
Markt- und Kreditrisiken	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	laufende Ratingüberwachung
	Ausfallstatistiken
	Anlagegrenzen im Direktbestand
	Anlagerichtlinien bei Fonds
	Prozess zur eigenen Kreditrisikoeinschätzung
	Coverage der Landesbank Baden-Württemberg
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsplanung und -stresstests
Versicherungstechnische Risiken	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen
	Zonierungssysteme
	Rückversicherungsmanagement
Operative Risiken	Plan-Ist-Vergleiche
	interne Kontrollsysteme
	Business Continuity Managementsystem
	Kompetenzrichtlinien
	Interne Vorgaben

Das vollumfängliche Gesamtbild der jeweils aktuellen Risikosituation liefern die jährlichen Berichte im Rahmen des Regular Supervisory Reportings (RSR) und zur Solvenz- und Finanzlage (SFCR) sowie der Bericht zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Bericht) gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Eine Ausfertigung des RSR und des ORSA wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgelegt. Ergänzende Analysen und Informationen erhält der Vorstand in monatlicher und quartärllicher Frequenz, wie zum Beispiel in einer Vorstandssitzung bzw. im Risikokomitee oder Ad hoc im Rahmen des Ad hoc-Meldeprozesses. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat vierteljährlich über das Risikoportfolio und in den Aufsichtsratssitzungen über den aktuellen Stand des Risikomanagementsystems.

Das Interne Kontrollsystem (IKS), das Compliance Management System und das Business Continuity Managementsystem (BCM) sind weitere wichtige Bestandteile zur Steuerung der Risikosituation. Die Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften (z.B. interne Vereinbarungen, Arbeitsanweisungen und Richtlinien) wird durch die Compliance-Funktion koordiniert. Der verantwortliche Inhaber

Lagebericht

der Compliance-Funktion ist Mitglied des Risikokomitees. Die Leitlinie für die Compliance-Funktion regelt verbindliche Verhaltensgrundsätze für die Mitarbeiter. Das etablierte BCM besteht u.a. aus einem Notfallstab, einer Notfallbeauftragten sowie einem standardisierten Alarmierungsvorgehen. BCM-Pläne stellen sicher, dass die notwendigen Ressourcen für die kritischsten Geschäftsprozesse (Mitarbeiter, Räumlichkeiten, externe Dienstleister, IT-Anwendungen, Dokumente) zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war maßgeblich geprägt durch das Inkrafttreten von Solvency II, dem derzeit wichtigsten Projekt der europäischen Versicherungsaufsicht. Mit Wirkung zum 01. Januar 2016 wurden diese Neuerungen in deutsches Recht, insbesondere dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), umgesetzt. Das neue VAG wird durch verschiedene Verlautbarungen der Aufsichtsbehörde und durch unmittelbar geltende EU-Rechtsverordnungen ergänzt. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG wendet die neuen prinzipienorientierten Anforderungen auf Basis des Proportionalitätsgedankens und unter Berücksichtigung der aktuellen Risikosituation entsprechend an.

Die Weiterentwicklung des internen Risikomanagementsystems trug den immer komplexer werdenden Anforderungen Rechnung. So wurde das interne Risikocontrollingmodell der Gesellschaft zu einem Risikoradar ausgebaut. In den vier verschiedenen Sichten HGB-Bilanz, Liquidität, Aufsichtsrecht und Ökonomie werden alle identifizierten Risiken zu einer ganzheitlichen Risikobetrachtung zusammengefasst. Ergänzt wird das Risikoradar durch eine Reihe von Frühwarnindikatoren, um kurzfristig auf sich verändernde Marktentwicklungen reagieren zu können.

Um auch weiterhin bestmöglich auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, nehmen die Mitarbeiter der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG regelmäßig an Seminaren zu aufsichtsrechtlichen Themenstellungen und an quantitativen Auswirkungsstudien teil. Über Arbeitsgruppen, Erfahrungsaustausche mit den Aktionärsversicherern und Informationsveranstaltungen (GDV, BaFin, sonstige Anbieter) werden zudem ein laufender Know-how-Aufbau und eine Orientierung an Best Practice Lösungen sichergestellt.

Das Risikomanagementsystem wird jährlich durch die interne Revision geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Der unternehmensinterne Risikobegriff bezieht sich nicht nur auf die Nichterreichung explizit formulierter Ziele, sondern auch darauf, dass sich implizit ergebende Chancen nicht realisiert werden können. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG betrachtet demnach sowohl Risiken als auch Chancen. Insbesondere die weiterhin anhaltende Niedrigzinsphase wird die gesamte Branche in den nächsten Jahren vor Herausforderungen stellen. Die jeweiligen Risiken sind bekannt und werden bewusst gesteuert. Die Risikosituation der Kapitalanlagen ist maßgeb-

lich von der Kapitalmarktsituation geprägt. Investitionen in höchste Qualitäten sowie eine breite Streuung versetzen die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG in die Lage, den aufsichtsrechtlichen Anforderungen jederzeit nachkommen zu können. Somit sieht sich die Gesellschaft in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen dauerhaft zu erfüllen.

Die Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG stellt sich im Detail wie folgt dar:

Ergebnisse der Risikoerhebung

Versicherungstechnische Risiken

Unser Portefeuille ist hinsichtlich der einzelnen Versicherungsarten ausgewogen, wobei die Rentenversicherungen dominieren. Es gibt klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen. Versicherungstechnische Risiken im Bereich der Lebensversicherung können durch wesentliche Änderungen der biometrischen Risiken, wie beispielsweise Sterblichkeit oder Berufsunfähigkeit, entstehen. Als Instrumente des Risikomanagements kommen Szenario- und Sensitivitätsanalysen aktiv zum Einsatz. Ein Lebensversicherungsvertrag sieht – im Unterschied zu Schaden-/Unfallversicherungsverträgen – während der gesamten Vertragslaufzeit nur eingeschränkte Beitragsanpassungsmöglichkeiten bei geänderter Risikosituation vor.

a) Biometrisches Risiko

Da sich eine merkliche Veränderung der biometrischen Risiken normalerweise über einen langen Zeitraum erstreckt, könnte insbesondere bei Verträgen mit langer Vertragslaufzeit eine Finanzierungslücke für die Erfüllung der garantierten Leistungen entstehen. Daher wird regelmäßig die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen überprüft.

Die Beurteilung des Langlebigkeitsrisikos ist für die Deckungsrückstellung in der Rentenversicherung von besonderer Bedeutung. Bei laufenden Rentenversicherungen wurde in den letzten Jahren eine Verringerung der Sicherheitsmargen hinsichtlich der für die Rückstellungsberechnungen verwendeten Sterbetafeln beobachtet. Unter Anwendung der seitens der DAV veröffentlichten Hinweise und Richtlinien zur ausreichenden Reservierung aller Verpflichtungen aus laufenden oder anwartschaftlichen Erlebensfallleistungen wird eine Zusatzrückstellung nach den jeweils neuesten Erkenntnissen berechnet und zu Lasten des Jahresergebnisses in die Deckungsrückstellung eingestellt. Gemäß den DAV-Hinweisen und unseren eigenen Beobachtungen überprüft die Gesellschaft die Höhe der Zusatzrückstellung jährlich und passt sie bei Bedarf an. Damit gehen die neuesten Sterblichkeits- bzw. Langlebigkeitsentwicklungen in die Berechnung der Zuführungen zur Deckungsrückstellung ein. Unser verantwortlicher Aktuar stellt sowohl bei der Tarifkalkulation als

Lagebericht

auch bei der Reservierung aller Risiken durch die Verwendung vorsichtiger biometrischer Rechnungsgrundlagen sicher, dass eine dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden nach allen derzeitigen Erkenntnissen jederzeit gewährleistet ist.

Die Einschätzung des Risikos der Berufsunfähigkeit (BU) wird von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) ebenfalls laufend analysiert. Es wurde festgestellt, dass die Tafel DAV 1997 I weiterhin als Reservierungsgrundlage der BU-Absicherungen ausreichend ist. Für den Bestand an Berufsunfähigkeitsversicherungen der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG sind keine Anhaltspunkte erkennbar, die andere als die von der DAV festgestellten Schlussfolgerungen zulassen.

Darüber hinaus begrenzt eine angemessene Rückversicherungspolitik die biometrischen Risiken.

Mit der Umsetzung des Unisex-Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in deutsches Recht dürfen seit 21.12.2012 nur noch Tarife nach Unisexkalkulation abgeschlossen werden. Die Analyse der Mischungsverhältnisse ergibt im Bereich des Sterblichkeits- und Langleblichkeitsrisikos derzeit eine insgesamt ausgewogene Geschlechtermischung. Im Bereich des Berufsunfähigkeitsrisikos zeigen die Ergebnisse der Bestandsanalyse sowie der Kontrollrechnung die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen. Da sich der Sicherheitspuffer reduziert hat, wurde die Deckungsrückstellung per 31.12.2016 wiederum um einen auf Basis des Fachgrundsatzes der DAV ermittelten Betrag erhöht.

Bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Zusatzrückstellungen für Erlebensfalleistungen (Rentennachreservierung) und für Lebensversicherungen mit eingeschränkter Risikoprüfung sowie für die entsprechenden Teile der Zinszusatzreserve hat die Gesellschaft die verwendeten Storno- bzw. Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten überprüft und weiterhin angemessen berücksichtigt.

b) Rechtliches Risiko

Von Gerichten, Medien und Verbraucherschützern wird unverändert die Transparenz der Bedingungen und Kundeninformationen kritisiert. Die Entwicklungen - auch der neuesten Rechtsprechung zu diesem Thema - und die absehbar noch weiter erhöhten Anforderungen aus der europäischen Gesetzgebung werden aktiv beobachtet, um sich rechtzeitig darauf einstellen zu können.

Nach dem Urteil des EuGH zur fehlenden Konformität des so genannten Policenmodells mit dem Europarecht hat sich im Jahr 2014 auch der BGH mit dem Sachverhalt beschäftigt und im Jahr 2015 weitere Entscheidungen zur Anwendbarkeit und zur Berechnung möglicher Kundenansprüche getroffen. Nach unserer Einschätzung ergeben sich aus den im betroffenen Zeitraum verwendeten Vertragsunterlagen für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG keine erhöhten

Risiken. Die Anzahl an Anfragen und Klagen ist weiterhin sehr gering. Konkrete Auswirkungen durch Urteile aus laufenden Gerichtsverfahren werden im Moment nicht gesehen.

c) Zinsgarantierisiko

Das Zinsgarantierisiko in der Lebensversicherung besteht darin, dass die gegenüber den Versicherungsnehmern abgegebenen Garantien über die Verzinsung ihrer Verträge nicht erfüllt werden können. Unsere derzeitigen Maßnahmen sind nach den bestehenden Erfahrungen so festgelegt, dass alle langfristigen Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen erfüllt werden können. Die Kapitalmärkte bewegen sich im Bereich der festverzinslichen Papiere weiterhin auf einem anhaltend sehr niedrigen Niveau.

Durch den weiteren Ausbau unseres Risikomanagements im Bereich der Aktiva und Passiva werden die Rahmenbedingungen des Kapitalmarktes laufend beobachtet. Die über mehrere Jahre gehenden Planungsrechnungen bestätigen, dass die durchschnittliche Mindestverzinsung der zugeordneten Kapitalanlagen die Garantieverzinsung der versicherungstechnischen Passiva übersteigt. Der durchschnittliche bilanzielle Bestandsrechnungszins liegt mit 2,17 % der Deckungsrückstellung um 0,25-Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert und damit deutlich unter dem Durchschnittswert in der deutschen Versicherungsbranche. Die notwendige Garantieverzinsung wurde durch die Kapitalerträge erwirtschaftet. Die Senkung des Höchstrechnungszinssatzes für das Neugeschäft von 1,25 % auf 0,90 % wurde zum 01.01.2017 umgesetzt. Um der anhaltenden Niedrigzinsphase Rechnung zu tragen, wurde bei einem Großteil der für das Neugeschäft offenen Tarife ein Garantiezins unterhalb des Höchstrechnungszinses gewählt. Im Neugeschäftsmix 2017 wird ein durchschnittlicher Garantiezins von 0,50 % - 0,70 % angestrebt.

Seit März 2011 ist über die Deckungsrückstellungsverordnung der Aufbau einer Zinszusatzreserve festgelegt. Durch den für 2016 vorgeschriebenen Vergleichszins in Höhe von 2,54 % wurde per 31.12.2016 für die Teilbestände mit einem Garantiezins von 4,00 %, 3,50 %, 3,25 % und 2,75 % die Zusatzrückstellung von 90,7 Mio. Euro im Vorjahr auf 128,4 Mio. Euro erhöht. Dabei blieben Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten unberücksichtigt, außer bei den von Rentennachreservierung betroffenen Verträgen des Neubestandes, bei denen diese bereits verwendet werden. Die Anpassung der Methode trägt der kollektiven Stärkung der Deckungsrückstellung der betroffenen Teilkollektive und der Darstellung der Vermögenslage besser Rechnung. Durch die Begrenzung der zusätzlichen Reservierung auf Zinsaufwendungen für Vertragsjahre, in denen der Vertrag nicht bereits nach vorsichtigen Annahmen abgegangen ist, sinkt die Zinszusatzreserve per 31.12.2016 um ca. 13 Prozentpunkte gegenüber der Bewertungsmethode des Vorjahres. Die Finanzierung des Betrages erfolgte im Wesentlichen durch die Hebung von Aktivreserven und aus dem laufenden Kapitalanlageergebnis. Da auch weiterhin von einem Anhalten der Niedrigzinsphase ausgegangen wird, impliziert dies

Lagebericht

einen weiteren Ausbau der Zinszusatzreserve mit steigenden Beträgen in den nächsten Jahren. Szenariorechnungen haben gezeigt, dass auf Grund unserer Bestandszusammensetzung noch bis zu den Jahren 2024/2025 mit einem Ausbau der Zusatzreserve zu rechnen ist, danach ergibt sich ein Rückfluss der Rückstellung.

d) Kostenrisiko

Das Kostenrisiko spiegelt die negative Abweichung der tatsächlichen von den kalkulierten Kosten wider. Bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG reichten wie in den Vorjahren die Teile der Beiträge bzw. der Deckungsrückstellung, die zur Deckung von Kosten einkalkuliert sind aus, um die tatsächlich entstandenen Kosten zu decken. Dies wurde im Jahr 2015 nicht zuletzt durch die konsequente Umsetzung der Anforderungen des Lebensversicherungsreformgesetzes (LVRG) in der Kalkulation und den Vergütungsregelungen erreicht. Dem möglichen Entstehen eines Kostenrisikos wird mit Analysen der Abschluss- und Verwaltungskosten, durch die Zerlegung des Rohüberschusses nach Ergebnisquellen und laufende Beobachtung der Kostenentwicklung sowie einem entsprechend kostenbewussten Verhalten in der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG entgegengewirkt.

e) Stornorisiko

Das Stornorisiko beschreibt die unerwartete Kündigung von Lebensversicherungsverträgen und wird bei der Berechnung der Rückkaufswerte angemessen berücksichtigt. Es ist sichergestellt, dass die Deckungsrückstellung jeder Versicherung mindestens so hoch ist, wie der jeweilige vertraglich oder gesetzlich garantierte Rückkaufswert. Risiken durch erhöhtes Storno – speziell bei sprunghaftem Zinsanstieg an den Kapitalmärkten – ergeben sich somit besonders beim Liquiditätsbedarf. Laufende Liquiditätsuntersuchungen tragen hier zur Risikominderung und Steuerung bei.

Insgesamt betrachtet kann aus heutigen Gesichtspunkten die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber dem Kunden als gesichert angesehen werden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die ausstehenden Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern beliefen sich auf 2,5 Mio. EUR. Davon bestanden 0,3 Mio. EUR Forderungen mit mehr als 90 Tage zurückliegendem Fälligkeitszeitpunkt. Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre lag unter 0,3 %. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurden entsprechende Wertberichtigungen gebildet. Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft werden als nicht bestandsgefährdend eingestuft. Aus Rückversicherungsbeziehungen bestanden zum Bilanzstichtag keine Forderungen.

Risiken aus Kapitalanlagen

Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren eines Lebensversicherungsunternehmens ist das Management von Kapitalanlagerisiken. Daher misst die Gesellschaft diesem Bereich der Geschäftstätigkeit eine hohe Bedeutung bei. Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auftreten.

Durch laufende Beobachtung der Entwicklung auf den Kapitalmärkten und erstellte Marktprognosen werden alle Anlageentscheidungen ständig überprüft. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht für Kapitalanlagen werden mit Hilfe quantitativer Grenzen und qualitativer Vorgaben gesteuert.

Mit einer angemessenen Diversifikation nach kennzahlenorientierten Kriterien und inhaltlichen Vorgaben wird den Risiken entgegengewirkt. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG investiert in ein breit diversifiziertes Portfolio überwiegend guter bis sehr guter Bonitäten. Die Anlagen verteilen sich ausgewogen auf Staatsanleihen, Pfandbriefe und Anleihen von Emittenten aus dem Finanzsektor. Darüber hinaus stabilisieren zusätzliche Assetklassen wie Unternehmensanleihen, Immobilien und Aktien den Kapitalanlagenbestand. Zur weiteren Beimischung werden zukünftig auch Investitionen in Infrastrukturprojekte ausgebaut und in Private Equity getätigt. Die Kapitalanlagestrategie der Gesellschaft sieht für 2017 eine konsequente Fortsetzung der bisherigen konservativen Anlagepolitik vor.

Um den engen Zusammenhang zwischen Kapitalanlagen und Versicherungstechnik abbilden zu können, werden über Asset-Liability-Betrachtungen die wichtigsten Steuerungsgrößen in regelmäßigen Abständen analysiert und in der strategischen Ausrichtung der Kapitalanlagen berücksichtigt.

Insgesamt stehen zur Pufferung dieser Risiken stille Reserven der Kapitalanlagen sowie ein ausreichend hoher Bestand an Eigenkapital zur Verfügung. Bei Eintreten der unter dem Punkt a) Marktrisiken geschilderten Stressszenarien werden die Anforderungen der versicherungstechnischen Verpflichtungen erfüllt und übertroffen. Es ist gewährleistet, dass die Gesellschaft ihre gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen bedienen kann.

Im Rahmen der budgetorientierten Risikosteuerung wurde für Risiken der Kapitalanlagen mit GuV-Wirkung ein Risikobudget i.H.v. 60 Mio. Euro festgelegt. Im zu steuernden Szenario (VaR, 95 %) betrug die Auslastung des Budgets per 31.12.2016 0,0 Mio. Euro.

a) Marktrisiken

Marktrisiken können durch ungünstige Entwicklungen bei Zinsen oder Kursen von Wertpapieren sowie bei Währungs- oder Wertänderungen bei Immobilien entstehen. Um ein mögliches Risikovolumen ermitteln zu können, werden in regelmäßigen

Lagebericht

Abständen verschiedene Szenarien von Kursentwicklungen bei Aktien sowie Zinsänderungen analysiert.

Zur Überprüfung der Marktrisiken werden unterschiedliche Stresstests durchgeführt. Die Stresstests wurden bestanden.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 24 % würde zu einer Verminderung der Marktwerte um 65,9 Mio. Euro führen. Da der überwiegende Teil des Aktienengagements im Masterfonds eingebettet ist, kommt es nur dann zu Abschreibungen, sofern der Masterfonds als Ganzes dauerhaft und maßgeblich unterhalb des Buchwertes notiert.

Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere würde das unterstellte Stressszenario mit einem Marktwertrückgang um 10 % zu einer Verminderung der Marktwerte um 398,9 Mio. Euro führen. Da die Papiere zu Nennwerten bzw. Anschaffungskosten wie Anlagevermögen bewertet werden, ergäbe sich daraus keine ergebniswirksame Konsequenz. Die stillen Reserven auf festverzinsliche Wertpapiere liegen derzeit maßgeblich über dem zu erwartenden Marktwertrückgang.

Im Immobiliensegment führt das unterstellte Szenario mit einem Marktwertrückgang um 10 % zu einer Verminderung der Marktwerte um 13,3 Mio. EUR. Die Papiere im Immobiliensegment, die dem Währungs- bzw. dem Wertänderungsrisiko unterliegen, sind durch Sicherungsgeschäfte abgesichert.

Es besteht deshalb nach heutigen Erkenntnissen keine Gefährdung der Garantien aus den eingegangenen Verpflichtungen durch das Marktrisiko. Eine laufende Überprüfung und Aktualisierung der Risikoeinschätzung ist sichergestellt.

b) Kreditrisiken

Kreditrisiken können eintreten, wenn Schuldner oder Kontrahenten insolvent werden. Durch die Überprüfung der entsprechenden Kontrahenten- und Emittentenlimite wird das Kreditrisiko überwacht. Um das Kreditrisiko zu minimieren, erfolgen die Investitionen breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Die Kapitalanlagen sind überwiegend in Anlagen des besseren Investmentgrade-Bereichs investiert. Nachfolgende Tabellen geben die Aufteilung der Kapitalanlagen des Gesamtbestandes nach Art des Emittenten und des Ratings wieder.

Art des Emittenten	Mio. EUR	in %
öffentliche Schuldner	1 745,0	47,9
Pfandbriefe	820,4	22,5
Kreditinstitute ohne Pfandbriefe	499,1	13,7
Unternehmensanleihen	191,1	5,3
PublikumsfondsAktien	167,7	4,6
Rest	219,4	6,0
Summe	3 642,7	100,0

Rating	Mio. EUR	in %
AAA	1 583,0	43,5
AA	1 214,6	33,3
A	212,8	5,8
BBB	229,7	6,3
High Yields	20,0	0,6
ohne Rating	382,6	10,5
Summe	3 642,7	100,0

Die Anlagen ohne Rating umfassen die strategischen Beteiligungen, die Hypothekendarlehen, die Immobilien sowie einzelne Anlagen des Masterfonds.

Von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG werden Nachrangpapiere im Kapitalanlagebestand gehalten. Wir gehen derzeit davon aus, dass keine Nachträge ausfallen werden.

Für das bestehende Portfolio besteht aus unserer Sicht keine Gefahr einer dauernden Wertminderung.

c) Liquiditätsrisiken

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken wird die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen nach den Bedürfnissen der Passivseite ausgerichtet, wobei die Wahrung der strukturellen Liquidität der nächsten Jahre von besonderem Gewicht ist. Die kurzfristige Liquidität wird mittels einer Liquiditätsplanung gesteuert, die alle prognostizierten Zahlungsströme des laufenden Jahres erfasst. Um unerwarteten Liquiditätsanforderungen – auch in erheblichem Ausmaß – begegnen zu können, ist stets ein Teil der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen investiert, die jederzeit schnell und ohne größere Kursrisiken veräußert werden können. Zusätzlich werden Liquiditätsstresstests durchgeführt, um die Sensitivität des Bestands in ungünstigen Marktphasen zu analysieren.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können im Zusammenhang mit unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen auftreten. Insbesondere können solche Risiken durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen oder durch externe Einflüsse entstehen. Unter operationellen Risiken werden z.B. die Störung oder der Ausfall des Verwaltungsgebäudes, von technischen Systemen bzw. der Informationstechnik wie auch dolose Handlungen und Bearbeitungsfehler zusammengefasst. Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen ergeben. Die gesetzgeberischen Aktivitäten sowie die aktuelle Rechtsprechung werden daher laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen reagieren zu können. Mit Hilfe eines Trainings-/Schulungstools werden

Lagebericht

die Mitarbeiter für compliance relevante Sachverhalte weiter sensibilisiert.

Das wesentliche Instrument zur Begrenzung der operativen Risiken ist das Interne Kontrollsystem (IKS). Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, Abstimmungs- und Plausibilitätsprüfungen sowie hierarchisch abgestufte Vollmachten und Berechtigungen wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden oder auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die Führungskräfte der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG sind gehalten, neben der Beschreibung der risikobehafteten Geschäftsprozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen auch die Auswirkungen auf Wirtschaftlichkeit, Daten und Compliance zu bewerten. Die Nettorisiken nach Wirkung der Kontrollmaßnahmen sind zu überwachen und ab einem definierten Schadenerwartungswert ist das Zentrale Risikomanagement zu informieren. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird planmäßig und fortlaufend durch die Interne Revision überwacht.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG misst der Informationssicherheit große Bedeutung bei. Daher existieren für die Sicherheit und Stabilität der IT-Systeme umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Anforderungen nach dem BSI-Grundschutz abdecken. Im Focus stehen die Maßnahmen für schutzbedürftige Daten durch den Einsatz von entsprechenden Technologien der technischen Infrastruktur, Notfall- und Vorsorgepläne sowie organisatorische und personelle Maßnahmen. Bestehende Notfallkonzepte werden anhand potentieller Szenarien überprüft, um eine bestmögliche Sicherheit der IT-Systeme zu gewährleisten. Dies schließt aufgrund geographischer Gegebenheiten auch die Standortwahl der zentralen IT-Technik und eines Backup-Rechenzentrums ein. Dieses vollredundante Rechenzentrum wurde bis zur Jahresmitte 2016 aufgebaut und produktiv geschaltet.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG verwendet die IT-Anwendungslandschaft der SV Sparkassen-Versicherung Holding AG, Stuttgart. In gemeinsamen Gremien werden die strategische Weiterentwicklung der Systeme und die Beauftragung des gemeinsamen IT-Dienstleisters – SV Informatik GmbH (SVI) – abgestimmt. Damit und durch konsequente Projektsteuerung sowie durch Überprüfung der Projektfortschritte werden finanzielle, technische und fachliche Störungen weitestgehend vermieden. Die zu erbringenden Dienstleistungen der SVI sind vertraglich vereinbart. In regelmäßigen Kundengesprächen werden der Gesellschaft Risikoberichte übergeben und der aktuelle Status besprochen und überwacht. Derzeit bestehen keine nennenswerten Risiken.

Strategische Risiken

Das strategische Risiko spiegelt sich in möglichen Verlusten wider, die sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder aus einer fehlenden Anpassung der Geschäftsstrategie an ein verändertes Wirtschaftsumfeld ergeben können. Eine umfassende Palette an laufenden Maßnahmen, wie zum Beispiel Vertriebspartnerbefragungen, Testkäufe oder Standards im Verkauf, kommen in der Gesellschaft zum Einsatz, um strategische Risiken konsequent zu managen. Darüber hinaus werden die strategischen Risiken in Vorstands- und Führungskräfte-Sitzungen/-klausuren bzw. im Risikokomitee regelmäßig diskutiert.

Reputationsrisiken

Unter Reputationsrisiko wird die mögliche Beschädigung des Rufes der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verstanden. Mögliche Ursachen können zum Beispiel Verschlechterung von Ratings oder Medienkritik sein. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wird eine intensive Öffentlichkeits- und Pressearbeit betrieben. In der Aufbau- und Ablauforganisation hat die Gesellschaft zudem zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren.

Chancenbericht

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen vereint Lebens- und Schaden-/Unfallversicherung unter einem Dach. Mit den Versicherungsaktivitäten der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG werden profitable Wachstumspotenziale erschlossen. Das geschäftliche und ideelle Fundament bilden die traditionsreiche Verbundenheit mit der Region, die Zusammenarbeit mit den sächsischen Sparkassen und Agenturen und das Selbstverständnis als Serviceversicherer. Die Gesellschaft übernimmt Risiken aus den unterschiedlichsten Bereichen des privaten und gewerblichen Lebens und bietet den Kunden umfangreichen finanziellen Schutz. Um die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG vor den daraus entstehenden Risiken zu schützen, wurde ein umfangreiches Risikomanagementsystem etabliert. Damit ist die Gesellschaft gut gerüstet, um sich bietende Chancen zu ergreifen.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG orientiert sich konsequent an den Bedürfnissen und Vorstellungen der Menschen in der Region. Dies ist für die Gesellschaft ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal und eröffnet Wachstumschancen im Markt. Dazu sollen unsere Kunden und Vertriebspartner mit attraktiven und innovativen Produkten überzeugt werden. Die Notwendigkeit, biometrische Risiken abzusichern sowie private und betriebliche Altersvorsorge können dabei zu einem stabilen Neugeschäft führen.

Lagebericht

Beim Kauf von Versicherungen nutzen unsere Kunden zunehmend klassische und digitale Kanäle parallel. Gemeinsam mit unseren starken regionalen Vertriebspartnern sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um den Kundenservice kontinuierlich zu verbessern. Damit wird angestrebt in Zukunft genau dort für unsere Kunden da sein, wo sie den Versicherungsschutz nachfragen. So entsteht getreu unserem Motto menschlich & digital aus der regionalen Nähe auch eine digitale Nähe zu unseren Kunden.

Zur vertiefenden Einschätzung der Chancen wird an dieser Stelle auf unsere Ausführungen im Ausblick sowie den Prognosebericht verwiesen.

Zusammenfassende Darstellung und Ausblick

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und zukünftige Risiken zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern. Das zentrale Risiko für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG besteht im Bereich Kapitalanlagen. Des Weiteren können bei einem Lebensversicherungsunternehmen durch signifikante Veränderungen biometrischer Risiken Finanzierungslücken entstehen. Aus heutiger Sicht können Gefährdungen, welche die Finanzlage wesentlich beeinträchtigen, durch die internen Steuerungsprozesse vermieden werden.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr uneingeschränkt gegeben. Den ermittelten Risiken mit GuV-Wirkung (VaR, 95 %) in Höhe von 5,2 Mio. Euro stand ein Risikokapital von 211,5 Mio. Euro gegenüber. Die strategische Zielstellung zur Risiko-Bedeckungsquote von mindestens 120 % wurde zum 31.12.2016 deutlich übererfüllt.

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Bedeckungsanforderungen unter Solvency II wurden für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG im Geschäftsjahr 2016 erfüllt. Im Rahmen der Berechnungen wendete die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG die Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen und die Volatilitätsanpassung an.

Bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG wird die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen laufend untersucht. Sobald die Sicherheitsspannen für die versicherten biometrischen Risiken nicht mehr ausreichend sind, werden der Deckungsrückstellung zusätzliche Beträge zugeführt.

Um den engen Zusammenhang zwischen Kapitalanlage und Leistungsversprechungen an die Kunden abbilden zu können und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu überprüfen, werden im Rahmen des Asset-Liability-Managements der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG in regelmäßigen Abständen für einen mehrjährigen Zeitraum mit Hilfe von Simulationsmodellen unter vernünftigen Annahmen

die korrespondierenden bilanziellen Risiken der Aktiv- und der Passivseite analysiert.

In Bezug auf die bestehenden Chancen gilt es im Wesentlichen, Maßnahmen zur Steigerung des Neugeschäfts und zur Optimierung der Prozesse nachhaltig umzusetzen.

Zusammengefasst sind für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG keine Entwicklungen oder Risiken erkennbar, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst war der Aufsichtsrat der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG verpflichtet, bis zum 30. September verbindliche Zielgrößen für den Anteil von Frauen im Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft festzusetzen. Die Umsetzung der verbindlichen Zielquoten soll bis 30. Juni 2017 abgeschlossen sein.

Der Aufsichtsrat der SLS weist aktuell einen Anteil von Frauen von 22 % auf. Für den Aufsichtsrat ergeben sich Abhängigkeiten zu dem zur Verfügung stehenden Kandidatenkreis. Von Seiten der Aktionäre kommen für eine Wahl in den Aufsichtsrat regelmäßig Vorstandsvorsitzende der sächsischen Sparkassen, Vorstandsvorsitzende bzw. Vorstandsmitglieder der Aktionärsunternehmen sowie Präsidenten/-innen bzw. stellvertretende Präsidenten/-innen der entsprechenden Sparkassenverbände in Betracht. Für die Wahl der Arbeitnehmervertreter/-innen zeichnet die Belegschaft verantwortlich. Unter Berücksichtigung dieser Abhängigkeiten hat der Aufsichtsrat beschlossen, den Status quo des Frauenanteils von 22 % fortzuschreiben und diesen zu erhöhen, wenn die Gegebenheiten und die persönliche Eignung es zulassen. Gleiches gilt unter Berücksichtigung der laufenden Dienstverträge für den Vorstand des Unternehmens, der aktuell einen Anteil an Männern von 100 % aufweist.

Für die beiden oberen Führungsebenen hat der Vorstand im Rahmen seiner Zuständigkeit eine Fortschreibung des Status quo beschlossen. Demnach beläuft sich die aufgrund der Geschäftsorganisation unternehmensübergreifend festgesetzte Mindestzielquote von Frauen an Führungsaufgaben in der ersten Führungsebene auf 14 % und in der zweiten Führungsebene auf 60 %. Gleichzeitig gilt der Grundsatz, dass eine Erhöhung des Frauenanteils in der ersten Führungsebene auch über den Status quo hinaus angestrebt wird, wenn die Gegebenheiten wie etwaig zu besetzende Funktionen und die persönliche Eignung von Bewerberinnen dies zulassen.

Lagebericht

Prognosebericht

Bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG werden weiterhin Chancen gesehen, die regional starke Position im Bereich der privaten und betrieblichen Vorsorge und Vermögensbildung zu stärken. Öffentliche Grundsatzdiskussionen zur Lebensversicherung und zur Festlegung des Höchstrechnungszinses beeinflussen den Absatz der klassischen Lebensversicherung. Produkte ohne oder mit reduziertem Garantiezins und fondsgebundene Produkte gewinnen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld weiter an Bedeutung. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG reagiert auf diesen Trend mit der Einführung einer neuen - kapitaleffizienten - klassischen Rentenversicherung. Im kommenden Jahr sehen wir zudem in der Absicherung biometrischer Risiken und in der fondsgebundenen Versicherung Potentiale, um unsere Marktanteile auszubauen.

Im gesamten Lebensversicherungsmarkt werden zwischenzeitlich deutlich gestiegene Vertragsabläufe und damit gestiegene Versicherungsleistungen verzeichnet. Insofern liegt der vertriebliche Fokus der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG weiter verstärkt in der Ablaufberatung und der Nutzung der Ablaufpotentiale. Dabei soll an die bereits erzielten Erfolge bei der Wiederanlage in den nächsten Jahren angeknüpft werden.

Das Neugeschäft im Jahr 2016 war durch einen weiteren Anstieg bei Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag geprägt. Die erwartete Entwicklung wurde damit deutlich übertroffen. Für 2017 rechnet die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG im Bereich der Einmalbeiträge aufgrund der Abhängigkeiten vom mittelfristigen Zinsniveau mit einem etwas geringeren Wert als 2016.

Das Geschäft gegen laufenden Beitrag fällt 2016 geringer aus als erwartet. Für das nächste Jahr wird von einem ähnlichen Niveau wie 2016 ausgegangen.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG rechnet derzeit nicht mit größeren Rückkäufen oder Beitragsfreistellungen in 2017, so dass sich eine nahezu unveränderte Stornoquote ergibt.

Die Zielstellungen beim gebuchten Beitrag wurden durch die Einmalbeitragsentwicklung deutlich überschritten.

Aufgrund der erwarteten Entwicklung bei den Einmalbeiträgen wird für 2017 jedoch mit einem Beitragsrückgang von rd. 4 % (Markt 0,5 %) gegenüber 2016 gerechnet.

Durch geplante Investitionen werden die Kostenquoten in 2017 voraussichtlich leicht ansteigen. Es wird aber weiterhin von einer marktunterdurchschnittlichen Entwicklung ausgegangen.

Zum 01.01.2016 wurde die Solvabilitätsquote I durch die Bedeckungsquote nach Solvency II abgelöst. Auf Basis der Prognosen erwartet die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, dass die neuen Solvabilitätsanforderungen im Jahr 2017 erfüllt werden.

Die Kapitalanlagestrategie ist weiterhin auf langfristige Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Ertragskraft ausgerichtet. Die Neuanlage erfolgt vorwiegend in Investmentfonds. Für die Wiederanlage ist der Kauf risikoarmer Zinstitel mit einem Rating von mindestens AA geplant. Hohe Reserven auf Aktiv- und Passivseite stellen die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Kunden sicher.

Die Niedrigzinsphase wirkt sich trotz der langen Laufzeiten in unseren Kapitalanlagen auch auf die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen aus. 2016 liegt sie daher erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert. Für 2017 wird ein weiterer Rückgang der Durchschnittsverzinsung erwartet. Aufgrund der anhaltend niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten musste die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG auch 2016 eine Zinszusatzreserve bilden. Für 2017 werden weitere deutliche Zuführungen zur Rückstellung eingeplant. Bei einem unveränderten Zinsniveau wird der Zuführungsbetrag durch die erweiterte Berücksichtigung von Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten für alle von der Zinszusatzreserve betroffenen Teilbestände auf dem Niveau von 2016 liegen. Die Finanzierung der Zinszusatzreserve wird durch eine nachhaltige Kapitalanlage sowie durch eine ausgewogene Nutzung der Bewertungsreserven innerhalb der Kapitalanlagen sichergestellt.

Diese Aussagen stehen unter dem Vorbehalt, dass die Geschäftsentwicklung nicht von nachteiligen rechtlichen oder steuerlichen Neuregelungen sowie unvorhersehbaren Kapitalmarktentwicklungen – insbesondere bei Staatsanleihen – beeinflusst wird.

Versicherungsarten

Einzelversicherungen

- Kapitalversicherung
- Vermögensbildungsversicherung
- Risikoversicherung
- Risikoversicherung mit Beitragsrückgewähr
- Renten- und Pensionsversicherung
- Rentenversicherung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG)
- Berufsunfähigkeitsversicherung
- Erwerbsminderungsversicherung
- Fondsgebundene Lebensversicherung
- Fondsgebundene Rentenversicherung

Kollektivversicherungen

- Kapitalversicherung
- Risikoversicherung
- Risikoversicherung mit Beitragsrückgewähr
- Bausparrisikoversicherung
- Restkreditversicherung
- Saldenversicherung
- Renten- und Pensionsversicherung
- Rentenversicherung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG)
- Berufsunfähigkeitsversicherung
- Erwerbsminderungsversicherung

Zusatzversicherungen

- Unfall-Zusatzversicherung
- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- Risiko-Zusatzversicherung
- Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung

Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2016

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				Einzelversicherungen	
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)	Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikovers. und sonstige Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	542 250	304 642		11 659 346	136 489	52 850
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang						
a) eingelöste Versicherungsscheine	51 367	22 537	205 709	1 401 145	15 467	4 227
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos. 2)	-	4 812	2 570	98 656	-	426
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				5 406		
3. Übriger Zugang	115	-	-	335	-	-
4. Gesamter Zugang	51 482	27 349	208 279	1 505 542	15 467	4 653
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	3 699	1 144		43 093	2 168	553
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	24 775	42 910		527 660	2 603	1 971
3. Rückkauf u. Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	11 108	14 123		323 907	1 564	1 068
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 326	2 383		204 542	1 131	563
5. Übriger Abgang	4	2		660	-	-
6. Gesamter Abgang	43 912	60 562		1 099 862	7 466	4 155
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	549 820	271 429		12 065 026	144 490	53 348

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			Einzelversicherungen		
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Risikoversicherungen	
					Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikovers. und sonstige Lebensversicherungen	Anzahl der Versicherungen
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	542 250	11 659 346	136 489	1 421 313	41 715	3 591 874
davon beitragsfrei	(189 406)	(2 138 952)	(36 252)	(258 228)	(2 077)	(46 562)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	549 820	12 065 026	144 490	1 449 536	44 350	3 880 944
davon beitragsfrei	(219 139)	(2 450 115)	(42 512)	(303 168)	(2 379)	(49 629)

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	29 495	771 467	686	17 274	25 963	620 894
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	28 437	744 982	594	15 632	25 185	605 450

D. Bestand an in Rückdeckung übernommenen Lebensversicherungen

1. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres:	71 156 TEUR
2. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres:	68 121 TEUR

Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
41 715	31 887	269 156	190 610	11 718	7 594	83 172	21 701
5 312	5 053	15 989	10 608	2 612	1 875	11 987	774
-	160	-	2 923	-	204	-	1 099
-	-	115	-	-	-	-	-
5 312	5 213	16 104	13 531	2 612	2 079	11 987	1 873
79	76	1 232	484	33	11	187	20
1 012	680	12 475	39 693	29	149	8 656	417
779	990	4 841	10 854	639	636	3 285	575
807	517	1 185	1 222	6	-	1 197	81
-	-	-	-	1	2	3	-
2 677	2 263	19 733	52 253	708	798	13 328	1 093
44 350	34 837	265 527	151 888	13 622	8 875	81 831	22 481

Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen	
Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
269 156	5 228 368	11 718	262 393	83 172	1 155 398
(107 190)	(1 146 363)	(4 118)	(48 932)	(39 769)	(638 867)
265 527	5 226 644	13 622	309 468	81 831	1 198 434
(130 203)	(1 361 097)	(4 404)	(53 775)	(39 641)	(682 446)

Risiko- und Zeitrenten-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
2 332	118 383	514	14 916
2 162	108 463	496	15 437

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				439 688,00	565
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			880 847,46		889
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		123 000,00			74
2. Beteiligungen		475 488,55			903
			598 488,55		977
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		772 401 215,67			566 200
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1 376 532 063,44			1 308 312
3. Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen		1 874 275,69			2 695
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	604 787 633,32				688 911
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	813 870 581,67				869 213
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2 366 519,71				2 530
d) übrige Ausleihungen	19 436 362,57	1 440 461 097,27			19 436
5. Andere Kapitalanlagen		50 000 000,00			50 000
			3 641 268 652,07		3 507 297
				3 642 747 988,08	3 509 163

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				135 287 846,92	123 433
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	2 441 025,29				2 407
b) noch nicht fällige Ansprüche	19 396 584,00	21 837 609,29			23 465
2. Versicherungsvermittler		8 855 689,00			7 586
			30 693 298,29		33 458
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			-		441
III. Sonstige Forderungen davon verbundenen Unternehmen: EUR 4 583 666,54 (8 391 633,92)			5 934 239,81		9 746
				36 627 538,10	43 645
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			3 089 527,66		3 564
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			29 730 047,42		31 542
III. Andere Vermögensgegenstände			10 363 527,13		9 171
				43 183 102,21	44 277
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			37 905 886,89		39 714
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			557 622,20		836
				38 463 509,09	40 550
				3 896 749 672,40	3 761 633

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		31 188 804,75		31 189
II. Kapitalrücklage		650 773,13		651
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	2 080 991,06			1 766
2. andere Gewinnrücklagen	13 364 728,25	15 445 719,31		13 365
IV. Bilanzgewinn		-		-
			47 285 297,19	46 971
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			-	26 000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	17 237 577,00			40 979
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	220 883,00	17 016 694,00		246
II. Deckungsrückstellung		3 414 549 225,00		3 245 674
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	15 932 218,00			11 096
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3 091 667,00	12 840 551,00		2 747
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		167 984 227,13		165 981
			3 612 390 697,13	3 460 737
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung			135 287 846,92	123 433
E. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		19 599 128,00		18 238
II. Steuerrückstellungen		20 000,00		72
III. Sonstige Rückstellungen		10 632 510,47		9 041
			30 251 638,47	27 351
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rück- deckung gegebenen Versicherungsgeschäft			375 652,00	377

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
G. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	56 790 571,73			66 589
2. Versicherungsvermittlern	8 036 040,63			4 390
		64 826 612,36		70 979
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1 380 746,46		825
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon:				
aus Steuern:				
EUR 608 791,27 (585 812,94)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit:				
EUR 720,11 (413,10)				
verbundene Unternehmen:				
EUR 1 081 100,00 (1 589 627,32)		4 951 181,87		4 960
			71 158 540,69	76 764
			3 896 749 672,40	3 761 633

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C. II. und D. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 88 Absatz 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach den genehmigten bzw. zur Genehmigung eingereichten Geschäftsplänen berechnet worden.

Dresden, den 13. Februar 2017

Der Verantwortliche Aktuar
Martin Wurster

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Absatz 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Dresden, den 01. März 2017

Der Treuhänder
Ulrich Franzen

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	478 894 716,25			502 294
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	11 958 650,70			11 482
		466 936 065,55		490 812
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	23 741 921,00			3 069
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 25 275,00			- 18
		23 716 646,00		3 051
			490 652 711,55	493 863
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			5 261 497,00	5 855
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf				
aa) fremden Grundstücken	71 215,03			53
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	109 541 076,78			109 546
		109 612 291,81		109 599
b) Erträge aus Zuschreibungen		2 811,24		1
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		51 315 973,11		42 960
			160 931 076,16	152 559
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			16 307 397,14	27 452
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			319 650,94	67
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	359 118 933,17			335 507
bb) Anteil der Rückversicherer	2 855 485,00			4 762
		356 263 448,17		330 745
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	4 835 872,00			603
bb) Anteil der Rückversicherer	345 123,00			71
		4 490 749,00		532
			360 754 197,17	331 277
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen Deckungsrückstellung			180 730 643,89	208 034

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			25 122 533,96	33 104
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	37 659 268,79			32 494
b) Verwaltungsaufwendungen	9 173 832,58			7 967
c) davon ab:		46 833 101,37		40 461
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		7 416 597,43		5 242
			39 416 503,94	35 219
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2 682 321,39		2 570
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		438 148,82		1 385
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		9 482 387,30		421
			12 602 857,51	4 376
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			12 885 116,76	21 162
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			32 463 241,43	34 819
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			9 497 238,13	11 805
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		33 453 252,68		32 972
2. Sonstige Aufwendungen		40 044 410,31		41 662
			-6 591 157,63	-8 690
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2 906 080,50	3 115
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon Organschaftsumlage: EUR 1 483 795,00 (1 384 674,32)		1 483 535,38		1 443
5. Sonstige Steuern davon Organschaftsumlage: EUR 26 266,36 (12 270,07)		27 017,16		19
			1 510 552,54	1 462
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			1 081 100,00	1.081
7. Jahresüberschuss			314 427,96	572
8. Einstellung in Gewinnrücklagen in die gesetzliche Rücklage			314 427,96	572
9. Bilanzgewinn			-	-

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten und gemäß ihrer Nutzungsdauer um planmäßig lineare Abschreibungen reduziert bilanziert.

Grundstücke wurden mit den Anschaffungskosten bilanziert, Bauten mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und eventuelle außerplanmäßige Abschreibungen. Der Zeitwert der Grundstücke und Gebäude wurde entweder nach dem von der Aufsichtsbehörde empfohlenen vereinfachten Ertragswertverfahren für die Bestimmung von Anrechnungswerten im Sicherungsvermögen ermittelt oder durch ein Gutachten nachgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgte in zwei Fällen durch Anwendung der Equity-Methode. Für eine Beteiligung fand ein externes Wertgutachten Verwendung. Bei den übrigen Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde der Zeitwert mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sind mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert worden. Ihr Zeitwert wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Wertpapierkursen angesetzt. Am Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung der im Umlaufvermögen befindlichen Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den auf fremde Währung lautenden Wertpapieren und Anteilen wurden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet. Zum Bilanzstichtag wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger mit dem Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank umgerechnet. Die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung sind gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst worden.

Grundschooldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sowie übrige Ausleihungen und Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit den um Abschrei-

bungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode auf Basis der Zinsstrukturkurve bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen, Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen wurden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivverzinsung ermittelten Zinsforderung aktiviert. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode auf Basis der Zinsstrukturkurve bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst.

Andere Kapitalanlagen wurden mit den Anschaffungskosten aktiviert. Der Zeitwert wurde mit dem Barwertverfahren auf Basis der Zinsstrukturkurve ermittelt, angepasst um bonitätsabhängige Spreads.

Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341c HGB wurde im Geschäftsjahr 2011 von Nennwertbilanzierung auf Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten umgestellt. Bei allen Rentenpapieren wurden Agio- und Disagiobeträge durch Amortisationen mit der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler pauschal wertberichtigt. Außerdem erfolgten bei Forderungen gegenüber ausgeschiedenen Vermittlern Einzelwertberichtigungen.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen.

Sonstige Aktivposten wurden, sofern keine pauschale Wertberichtigung vorgenommen wurde, mit den Nominalwerten angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung exakt nach der Zahlweise und dem jeweiligen Fälligkeitstermin ermittelt. Die nicht übertragbaren periodenabhängigen Kosten und rechnungsmäßigen Inkassokosten wurden abgesetzt.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung und die Forderungen an Versicherungsnehmer (Aktiva D.I.1.b) sind mit Ausnahme der fondsgebundenen Lebensversicherung für jede Versicherung einzelvertraglich,

Anhang

prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet. Bei der fondsgebundenen Lebensversicherung wurde die Deckungsrückstellung retrospektiv berechnet. Verwaltungskostenrückstellungen wurden für fondsgebundene Rentenversicherungen mit Bindung an ein Garantiezertifikat gebildet. Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherung entspricht dem Wert der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice. Die in der Bilanz unter den Posten C. II. und D. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen sind unter Beachtung von § 341f HGB sowie der aufgrund § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden. Für die Zinszusatzreserve wurde der Deckungsrückstellung ein Betrag in Höhe von 37 690 TEUR zugeführt, per 31.12.2016 beträgt die gesamte Zinszusatzreserve innerhalb der Deckungsrückstellung 128 417 TEUR. Darüber hinaus enthält die Deckungsrückstellung pauschale Beträge u.a. zur Anpassung der Deckungsrückstellung an aktuelle Rechnungsgrundlagen, für kapitalbildende Versicherungen mit eingeschränkter Gesundheitsprüfung und für die Stärkung der Deckungsrückstellung im Bereich der Unisex-Berufsunfähigkeitsversicherungen. Die Rechnungsgrundlagen wurden für Rentenversicherungen aktualisiert. Die Anpassung erfolgte entsprechend den seit 2004 veröffentlichten DAV-Richtlinien und der Verlautbarung der BaFin für den Altbestand nach dem zur Genehmigung eingereichten Ergänzungsgeschäftsplan. Bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen bis Tarifwerk 1994 ist Grundlage für die Aktualisierung der Rechnungsgrundlagen das BAV-Rundschreiben VerBAV 12/98 sowie der genehmigte Geschäftsplan für den Altbestand. Bei kapitalbildenden Versicherungen mit eingeschränkter Gesundheitsprüfung wurde eine Rückstellung aus noch nicht verbrauchten Risikobeiträgen gebildet. Insgesamt sind somit 17 976 TEUR in der Deckungsrückstellung enthalten.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes wurden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafeln 1987R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 1994R mit einem Rechnungszins von 4 % und die DAV-Sterbetafel 2004R B12, bei laufender Rentenzahlung DAV-Sterbetafel 2004R B20, mit unternehmensindividuell bestimmten Werten für Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen

- bei Kapitalversicherungen – abgeschlossen bis einschließlich Dezember 2014 – die DAV-Sterbetafeln 1994T bzw. die Unisex-Sterbetafeln abgeleitet aus DAV-Sterbetafel 1994T sowie ein Rechnungszins von 4 %, 3,25 %, 2,75 %, 2,25 % bzw. 1,75 % und ein Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme
- bei Kapitalversicherungen – abgeschlossen ab Januar 2015 –

die Unisex-Sterbetafeln abgeleitet aus DAV-Sterbetafel 1994T sowie ein Rechnungszins von 1,25 % und ein Zillmersatz von 25 ‰ der Beitragssumme

- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen bis einschließlich Juli 2004 – die DAV-Sterbetafeln 1994R mit einem Rechnungszins von 4 %, 3,25 % bzw. 2,75 % und einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 2004R B12, bei laufender Rentenzahlung DAV-Sterbetafel 2004R B20, mit unternehmensindividuell bestimmten Werten für Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit
- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen ab August 2004 bis einschließlich Dezember 2014 – die DAV-Sterbetafel 2004R bzw. die Unisex-Sterbetafeln abgeleitet aus der DAV-Sterbetafel 2004R mit einem Rechnungszins von 2,75 %, 2,25 %, 1,75 % bzw. 0,75 % und einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme
- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen ab Januar 2015 – die Unisex-Sterbetafeln abgeleitet aus der DAV-Sterbetafel 2004R mit einem Rechnungszins von 1,25 %, 1,00 % bzw. 0,75 % und einem Zillmersatz von bis zu 25 ‰ der Beitragssumme
- bei Rentenversicherungen nach AVmG – abgeschlossen ab Januar 2006 – die Unisex-Sterbetafel abgeleitet aus der DAV-Sterbetafel 2004R mit einem Rechnungszins von 2,75 %, 2,25 %, 1,75 % bzw. 1,25 % und einem Abschlusskostensatz von bis zu 9 ‰ der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren zugrunde.

Für die Berechnung der Zinszusatzreserve wurde ein Referenzzins von 2,54 % verwendet. Dabei blieben Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten unberücksichtigt, außer bei den von Rentennachreservierung betroffenen Verträgen des Neubestandes, bei denen diese bereits verwendet werden. Die Anpassung der Methode trägt der kollektiven Stärkung der Deckungsrückstellung der betroffenen Teilkollektive und der Darstellung der Vermögenslage besser Rechnung. Durch die Begrenzung der zusätzlichen Reservierung auf Zinsaufwendungen für Vertragsjahre, in denen der Vertrag nicht bereits nach vorsichtigen Annahmen abgegangen ist, sinkt die Zinszusatzreserve per 31.12.2016 um ca. 13 Prozentpunkte gegenüber der Bewertungsmethode des Vorjahres.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVFM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern der DGVFM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de.

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die

Anhang

gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird für jeden bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfall einzeln in Höhe der zu erwartenden Leistung angesetzt. Für jeden Versicherungsfall, der bis zum Abschlussstichtag eingetreten, jedoch erst nach der Bestandsfeststellung bekannt geworden ist, wurde in Höhe der unter Risiko stehenden Summe eine Spätschadenrückstellung gebildet. Für unbekannte Spätschäden wurde ein Pauschalzuschlag auf der Grundlage der eingetretenen Vorjahresspätschäden berücksichtigt.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 mit 1 % der in Frage kommenden Rückstellungen gebildet.

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurde nach Vorgabe des Vorversicherers bilanziert.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Bei Pensionsrückstellungen erfolgte die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach § 253 Abs. 1, 2 und 6 HGB mit dem Teilwertverfahren bzw. der PUC-Methode und der Deferred Compensation mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 4,01 %. Bei gehaltsabhängigen Pensionszusagen wurden eine erwartete Gehaltssteigerung von 1,90 % sowie eine Rentendynamik von 1,90 % zugrunde gelegt. Der Ansatz einer Fluktuationsrate war aufgrund der Besonderheiten in der Struktur der Pensionsverpflichtungen nicht relevant. Der Gesetzgeber hat für die Berechnung der Rückstellungen von Altersversorgungsverpflichtungen den Durchschnittszeitraum, der für die Höhe des Rechnungszinses maßgebend ist, von 7 auf 10 Jahre verlängert. Ab 2016 ist die Pensionsrückstellung auf Basis des 10-Jahres-Durchschnittszinses maßgebend. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des 10-jährigen und des 7-jährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf 2 086 TEUR.

Die Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurde unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf der Grundlage des IDW-RS HFA 3 für geregelte Fälle mit einem Zinssatz von 1,59 % und für unregelmäßige Fälle von 1,81 % sowie einem Entgelttrend von 2,50 % p.a. gebildet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen des Bestandes von zwei Jahren wurde berücksichtigt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die entsprechenden Wertpapiere wurden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die Bewertung des Verpflichtungsumfanges für Dienstjubiläen wurde im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 3,24 % vorgenommen. Es wurde eine Fluktuation von 5,00 %, eine erwartete Gehaltssteigerung von 2,50 % und eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag gebildet und bei einer Restlaufzeit von über einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz abgezinst.

Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gegenüber einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich Nachschussverpflichtungen in Höhe von 1 336,4 TEUR. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des Beteiligungsunternehmens wurde bereits eine Rückstellung für Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 183,5 TEUR gebildet.

Gegenüber einem Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus nicht eingezahltem Stammkapital in Höhe von 420 TEUR.

Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Vorkäufen in Höhe von 124 Mio. EUR nominal.

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds kann Sonderbeiträge in Höhe von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 3 345,1 TEUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds über die Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 31 506 TEUR. Die Inanspruchnahme ist von einem Sanierungsfall abhängig. Derzeit ist kein Konkurs einer Lebensversicherung bekannt. Deshalb wird die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme als gering eingestuft.

Die Gesellschaft hat aufgrund der Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts für ihre gewerbsmäßig tätigen Versicherungsvermittler mit einer uneingeschränkten Haftungsübernahme einen Gruppenvertrag zur Vermögens-

Anhang

schaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Dieser bezieht sich auf die

Grunddeckung Außendienst:

- auf die Grunddeckung von 1,23 Mio. EUR für Vermögensschäden; Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (2,46 Mio. EUR)
- Für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen steht eine separate Versicherungssumme von 200 TEUR, begrenzt auf 400 TEUR je Versicherungsjahr, zur Verfügung.

erweiterte Deckung Außendienst:

- auf einen erweiterten Versicherungsschutz von 3,77 Mio. EUR für Vermögensschäden im Anschluss an 1,23 Mio. EUR für Vermögensschäden aus der Grunddeckung; die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (7,54 Mio. EUR); dieser Versicherungsschutz gilt für alle im Firmenkundengeschäft tätigen selbständigen Vermittler und deren im Firmenkundengeschäft tätigen selbständigen Außendienstmitarbeiter.

Grunddeckung nebenberufliche Vermittler Innendienst:

- auf die Grunddeckung von 1,5 Mio. EUR für Vermögensschäden; Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (3 Mio. EUR)

Latente Steuern

Latente Steuern werden bei der S.V. Holding AG als Organträgerin nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Unterschieden zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung der Pensionsrückstellungen.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die Gesellschaft least selbst genutzte Teile des Verwaltungsgebäudes An der Flutrinne 12 in Dresden zur Durchführung des laufenden Geschäftsbetriebes. Aus diesem Vertrag werden keine Risiken erwartet.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zu- gänge TEUR	Umbu- chungen TEUR	Ab- gänge TEUR	Zu- schrei- bungen TEUR	Ab- schrei- bungen TEUR	Bilanzwerte Geschäfts- jahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	565	89	-	-	-	214	440
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	889	-	-	-	-	8	881
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	74	49	-	-	-	-	123
2. Beteiligungen	903	-	-	-	3	430	475
3. Summe B II.	977	49	-	-	3	430	598
B III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	566 200	209 500	-	3 299	-	-	772 401
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 308 312	184 177	-	115 957	-	-	1 376 532
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2 695	-	-	820	-	-	1 874
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	688 911	1 099	-	85 222	-	-	604 788
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	869 212	64 836	-	120 178	-	-	813 871
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2 530	429	-	593	-	-	2 366
d) übrige Ausleihungen	19 436	-	-	-	-	-	19 436
5. Andere Kapitalanlagen	50 000	-	-	-	-	-	50 000
6. Summe B III.	3 507 297	460 041	-	326 069	-	-	3 641 269
Insgesamt	3 509 728	460 179	-	326 069	3	652	3 643 188

Anhang

Angaben zur Bilanz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteil %	Geschäfts-jahr	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
S-FinanzManagement Leipzig GmbH, Leipzig	50,0	2015	25 000	4 343
S-Mobil GmbH, Dresden	49,0	2015	100 000	-279 124
SIV Mittelsachsen GmbH, Freiberg	5,0	2015	250 000	75 552
SC Assekuranz Makler GmbH	49,0	2016	100 000	Neugründung

Betrachtet wurde der letzte vorliegende Jahresabschluss der Unternehmen.

Beteiligungen	Anteil %
Protektor Lebensversicherungs-AG, Mannheim	0,15
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH	4,93
UBB Vermögensverwaltungs GmbH	5,00
Beteiligungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung der öffentlichen Versicherer mbH, Düsseldorf	2,60

Zeitwert der Kapitalanlagen

	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Reserven TEUR
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	881	976	95
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	123	123	-
2. Beteiligungen	475	475	-
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	772 401	838 247	65 846
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 376 532	1 718 920	342 388
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1 874	2 080	206
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	604 788	738 671	133 883
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	813 871	999 912	186 041
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2 367	3 833	1 466
d) übrige Ausleihungen	19 436	21 398	1 962
5. Andere Kapitalanlagen	50 000	59 895	9 895
Insgesamt	3 642 748	4 384 530	741 782

Anhang

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen beträgt 4 384 530 TEUR (saldierte stille Reserven: 741 782 TEUR).

In den saldierten stillen Reserven der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen sind nicht vorgenommene Abschreibungen in Form von stillen Lasten in Höhe von 11 402 TEUR enthalten. Davon teilen sich die Hauptpositionen wie folgt auf:

	Buchwert TEUR	nicht vorgenommene Abschreibungen TEUR
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3 114	133
andere festverzinsliche Wertpapiere	183 392	7 036
sonstige Ausleihungen	100 999	4 228
Insgesamt	287 505	11 397

Bei den anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den sonstigen Ausleihungen wird aufgrund der Art der Besicherung, der jeweiligen Emittenten bzw. Garanten von einer Bedienung des Nominalwerts zur Fälligkeit ausgegangen. Von den nicht vorgenommenen Abschreibungen entfallen 6 380 TEUR auf Staats- und Kommunalanleihen sowie internationale Organisationen, 702 TEUR auf Pfandbriefe und 3 311 TEUR auf Kreditinstitute mit Investmentgradestatus bzw. mit Systemrelevanz. Auf ein Infrastrukturengagement entfallen aufgrund der Anlaufphase erwartungsgemäß 133 TEUR stille Lasten. 875 TEUR stille Lasten verteilen sich auf Wertpapiere mit 28 450 TEUR Buchwert und sind von der Höhe her nur marginal.

Die Ermittlung der maßgebenden Bewertungsreserven, welche nach § 153 VVG in die Überschussbeteiligung einzubeziehen sind, wurde monatlich jeweils zum 2. Arbeitstag durchgeführt. Die Bewertungsreserven werden dem Versicherungsvertrag nach einem verursachungsorientierten Verfahren anteilig rechnerisch zugeordnet. Bei Beendigung

des Vertrages, spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird der dem Vertrag für diesen Zeitpunkt aktuell zugeordnete Betrag der Bewertungsreserven zur Hälfte zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet.

Um auch im Jahr 2016 zum Schutz des Gesamtbestandes die Auszahlung unerwartet hoher Bewertungsreserven zu vermeiden, wurde innerhalb des Beschlusses zur Gewinndeklaration festgelegt, dass ein Teil der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven in Form einer Sockelbeteiligung erfolgt. Die Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven ist der Höhe nach an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und betrug im Jahr 2016 90 % der Schlussüberschussanteile.

Die Investitionen in Investmentfonds sind in einem Masterfonds gebündelt. Dieser ist in drei Risikoklassen aufgeteilt. Die Renten- und Aktiensegmente wurden in 2016 weiter deutlich ausgebaut, während das Immobiliensegment vergleichsweise geringer aufgestockt wurde. Alle Segmente weisen stille Reserven zum Jahresende aus.

	Buchwert TEUR	Reserven TEUR	Ausschüttung TEUR
Rentensegment	409 723	6 803	4 670
Aktiensegment	236 892	34 223	5 200
Immobiliensegment	118 071	24 619	8 590
Insgesamt	764 686	65 645	18 460

Anhang

Die Rücknahmemöglichkeiten der einzelnen Immobilienfonds differiert. Bei fünf Fonds mit einem Wert von 60,2 Mio. EUR ist eine jederzeitige Rückgabe der Anteile möglich. Innerhalb von höchstens sechs Monaten können bei weiteren fünf Fonds (21,6 Mio. EUR Vermögen) die Anteile zurückgegeben werden. Zwei Fonds sind entweder auf dem Zweitmarkt veräußerbar oder haben eine 10jährige Wartefrist (23,7 Mio. EUR Vermögen). Alle Fondsverträge beinhalten eine Klausel, welche den Fondsmanager berechtigt die Rücknahme auszusetzen, beispielsweise bei unzureichender Liquidität.

Währungsreserven

Zum Bilanzstichtag befanden sich mit einem Buchwert in Höhe von 45 176 TEUR Pfandbriefe in dänischen Kronen (DKK) im Bestand. Darauf bestanden stille Reserven aus Fremdwährungen in Höhe von 91,9 TEUR.

Nicht zum Zeitwert bilanzierte strukturierte Produkte

Bilanzposition	Struktur	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
B.III.2.	Floater	10 000	9 200
	Kündigungsrecht	56 405	59 286
B.III.4.a	Floater	70 000	71 788
	Kündigungsrecht	36 248	37 419
B.III.4.b	Floater	20 000	19 968
	Kündigungsrecht	19 751	20 303

Derivative Finanzinstrumente

Die Vorkäufe (Forwards) über Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in Höhe von nominal 124 000 TEUR werden mit den am Bewertungsstichtag herrschenden Forwardswapsätzen analog zur Bewertung von festverzinslichen Finanztiteln mittels der Spotsätze bewertet. Der Zeitwert der Vorkäufe entspricht dabei der Differenz zwischen den Zeitwerten der jeweiligen Basisinstrumente am Stichtag und den diskontierten Terminpreisen. Für die Vorkaufsrechte ergibt sich ein Zeitwert in Höhe von 6 560 TEUR.

Anhang

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen

Bezeichnung des Fonds	Bilanzwert EUR	Stück
Deka-RentenReal	61 552,91	1 642
Deka-Zielfonds 2015–2019	190 809,80	4 183
Deka-Zielfonds 2020–2024	509 768,70	10 984
Deka-Zielfonds 2025–2029	553 457,86	9 674
Deka-Zielfonds 2030–2034	657 742,18	9 596
Deka-GlobalChampions CF	345 838,95	2 196
Deka-GlobalChampions TF	91 445,16	621
Deka Sachwerte CF	70 606,00	701
Deka-Zielfonds 2035–2039	278 790,88	5 453
Deka-Zielfonds 2040–2044	313 751,79	6 208
Deka-Zielfonds 2045–2049	108 105,63	2 139
Deka-Zielfonds 2050–2054	82 195,28	1 657
Deka-EuropaBond CF	165 630,06	1 439
DekaSelect: Nachhaltigkeit	16 095,51	149
Deka-Dividenden Strategie CF	1 210 555,10	7 756
Deka-BasisAnlage A20	125 987,42	1 186
Deka-BasisAnlage A40	2 151 625,87	19 419
Deka-BasisAnlage A60	5 425 376,98	46 071
Deka-BasisAnlage A100	1 292 535,26	8 421
Deka-Dividenden Discount CF	1 800,45	15
Deka-Euroland Balance CF	3 345 583,16	59 193
DekaFonds CF	1 421 482,93	14 012
AriDeka CF	159 306,66	2 461
DekaTresor	22 182,67	255

Bezeichnung des Fonds	Bilanzwert EUR	Stück
Deka-EuropaBond TF	546 943,82	12 970
WestInvest InterSelect	55 594,23	1 195
JPM Europe Equity A (dist)	451 507,86	9 826
DekaLux-MidCap TF (A)	41 160,71	619
Deka-EuropaValue CF	10 813,92	239
Deka-BasisStrategie Renten CF	191 363,79	1 799
DekaStruktur: 2 ErtragPlus	1 953 263,57	44 636
DekaStruktur: 2 Wachstum	4 116 303,34	104 767
DekaStruktur: 2 Chance	7 357 889,19	172 114
DekaStruktur: 2 ChancePlus	42 310 218,78	955 515
Templeton Growth (Euro) Fund Class A (acc)	166 932,35	9 705
IFM AktienfondsSelect	221 865,76	2 603
Deka-Global ConvergenceRenten TF	7 757,17	195
Deka-LiquiditätsPlan CF	13 663,86	14
Deka-Commodities CF (A)	13 265,92	293
Deka-Commodities TF (A)	100 252,87	2 349
Deka-LiquiditätsPlan TF	293 930,29	303
DekaStruktur: V ErtragPlus	1 091 162,31	11 613
DekaStruktur: V Wachstum	2 401 339,47	25 368
DekaStruktur: V Chance	2 217 889,10	21 487
DekaStruktur: V ChancePlus	21 880 039,25	167 240
Deka-ZielGarant 2018–2021	994 670,28	9 430
Deka-ZielGarant 2022–2025	1 459 463,83	13 336
Deka-ZielGarant 2026–2029	2 013 380,77	18 333

Anhang

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Bezeichnung des Fonds	Bilanzwert EUR	Stück
Deka-ZielGarant 2030–2033	1 442 647,33	13 543
Deka-ZielGarant 2034–2037	994 434,89	9 557
Deka-ZielGarant 2038–2041	609 783,04	5 959
Deka-ZielGarant 2042–2045	471 771,32	4 617
Deka-ZielGarant 2046–2049	365 045,32	3 391
Deka-ZielGarant 2050–2053	347 990,75	3 824
Franklin Global Fundamental Strategies Fund A(acc)	1 539 440,83	122 469
DekaLuxTeam-EmergingMarkets	108 624,99	1 011
Rainbow Certificate (01.12.2008/2020)	4 426 458,00	31 400
Millenium Certificate (01.12.2009/2021)	5 008 924,80	39 120
Millenium Certificate (01.12.2010/2022)	11 459 826,00	86 620
	135 287 846,92	2 122 894

Andere Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um vorausgezahlte Versicherungsleistungen.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die sonstige Rechnungsabgrenzung beinhaltet vorausgezahlte Aufwendungen, die das Folgejahr betreffen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 31 189 TEUR. Es ist eingeteilt in 61 000 auf den Namen lautende Stückaktien. Das Aktienkapital hält mit 100 % die S.V. Holding AG, Dresden. Die Mitteilung nach § 20 AktG ist der Gesellschaft ordnungsgemäß zugegangen.

Gesetzliche Rücklage

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	1 767
Einstellung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	314
Bilanzwert Geschäftsjahr	2 081

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die S.V. Holding AG, Dresden, hatte der Gesellschaft im Jahr 2006 zur Stärkung der Kapitalausstattung ein Nachrangdarlehen in Höhe von 26 000 TEUR gewährt. Dieses war zum 14.08.2016 fällig und wurde zurückgezahlt.

Anhang

Deckungsrückstellung

Gliederung der Deckungsrückstellung	Sterbetafel	Zinssatz in %	Zillmersatz in ‰ bis zu	Anteil an der Rückstellung in %
Kapitalbildende Versicherung	ADST 86	3,50	35 der Versicherungssumme	1,40
	DAV 94T	4,00	40 der Beitragssumme	4,40
	DAV 94T	3,25	40 der Beitragssumme	3,30
	DAV 94T	2,75	40 der Beitragssumme	3,80
	DAV 94T	2,25	40 der Beitragssumme	3,20
	DAV 94T	1,75	40 der Beitragssumme	1,20
	SVS-ST13Tuni	1,75	40 der Beitragssumme	2,90
	SVS-ST13Tuni	1,25	25 der Beitragssumme	2,60
Rentenversicherung	ADST 87R	3,50	35 der zehnfachen Jahresrente	0,40
	DAV 94R	4,00	40 der Beitragssumme	9,00
	DAV 94R	3,25	40 der Beitragssumme	9,20
	DAV 94R	2,75	40 der Beitragssumme	1,20
	DAV 2004R	2,75	40 der Beitragssumme	9,90
	DAV 2004R	2,25	40 der Beitragssumme	17,00
	DAV 2004R	1,75	40 der Beitragssumme	2,90
	SVS-ST13Runi	1,75	40 der Beitragssumme	6,30
	SVS-ST13Runi	1,25	25 der Beitragssumme	0,60
	SVS-ST13Runi	0,75	40 der Beitragssumme	7,60
	SVS-ST06Runi	2,75	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	2,10
	SVS-ST07Runi	2,25	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	3,80
	SVS-ST06Runi	1,75	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	0,40
	SVS-ST06Runi	1,25	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	0,10
	Summe			

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	165 981
Zuführung	25 122
Entnahme für die Versicherungsnehmer	23 119
Bilanzwert Geschäftsjahr	167 984

Anhang

Von dem zum 31.12.2016 ausgewiesenen Betrag der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen gemäß § 28 Abs. 8 RechVersV auf

	TEUR
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	7 838
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	750
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	5 567
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	119
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe b	12 029
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	88 242
g) den ungebundenen Teil	53 439

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt worden.

Für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wurde der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert des erreichten Anspruchs auf den Schlussüberschussanteil am Ende des Geschäftsjahres unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 4,50 % berechnet. Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wurde

nach dem in § 28 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 4,50 % berechnet. Der darin enthaltene eigentliche Zinssatz erfüllt die Bedingungen des § 28 RechVersV.

Neben der Entnahme aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erhielten die Versicherungsnehmer zusätzlich im Geschäftsjahr 26,6 (Vj. 23,5) Mio. EUR direkt gutgeschrieben.

Die Überschussanteile für die Versicherten sind auf den Seiten 50–71 dargestellt. Ebenso sind dort die Beträge zur Auffüllung der einzelvertraglich gebildeten Zusatzrückstellung für die Rentenversicherungen enthalten.

Rückstellungen für Altersteilzeit

	TEUR
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	131
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	131
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	607
Gebildete Rückstellungen für Altersteilzeit	476

Eine Verrechnung der Aufwendungen und Erträge wurde aufgrund Geringfügigkeit nicht vorgenommen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten u.a. Provisionsrückstellungen in Höhe von 5 448 TEUR, Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen mit 3 200 TEUR und Altersteilzeitverpflichtungen mit 476 TEUR.

Anhang

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

In dieser Position sind u.a. die den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Überschussanteile mit 49 472 TEUR enthalten, die bis zur Fälligkeit der Versicherungsleistung verzinslich angesammelt werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren existieren nicht.

Versicherungstechnische Positionen

Beiträge

Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts	2016 TEUR	2015 TEUR
Einzelversicherungen laufende Beiträge	246 234	279 658
Einmalbeiträge	204 169	195 667
Kollektivversicherungen laufende Beiträge	22 352	21 716
Einmalbeiträge	5 786	4 910
	478 541	501 951
mit Gewinnbeteiligung	464 516	489 793
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	14 025	12 158
	478 541	501 951

In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft

Anteile der Rückversicherer an	2016 TEUR	2015 TEUR
verdienten Bruttobeiträgen	11 984	11 500
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	3 201	4 833
Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	7 416	5 242
Rückversicherungssaldo zu unseren Gunsten (-)/ zu unseren Lasten (+)	1 367	1 425

Anhang

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2016 TEUR	2015 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	23 423	19 006
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	596	441
3. Löhne und Gehälter	18 165	17 275
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2 838	2 732
5. Aufwendungen für Altersversorgung	687	635
6. Aufwendungen insgesamt	45 709	40 089

Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne

Gemäß dem in 2014 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages mit der S.V. Holding AG, Dresden, wird der nach Zuweisung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbleibende Überschuss bis auf einen Betrag zur Einstellung in die gesetzliche Rücklage vollständig an die S.V. Holding AG abgeführt.

Sonstige Angaben

Die Sparkassen-Versicherung Lebensversicherung AG ist ein Erstversicherer mit Sitz in Dresden und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Dresden unter der Nummer HRB 8092 registriert.

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 281 Innendienst-Mitarbeiter und 17 Außendienst-Mitarbeiter angestellt.

Für das Berichtsjahr hat der Vorstand von der Gesellschaft 1 479 TEUR bezogen. Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 82 TEUR.


Aufsichtsrat und Vorstand sind auf Seite 11 aufgeführt.


Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Dresden, einbezogen. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.


Für das Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer 157 TEUR für Abschlussprüfungsleistungen, 4 TEUR für Steuerberatungsleistungen und 48 TEUR für sonstige Leistungen berechnet.

Dresden, den 05. April 2017

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG


Gerhard Müller


Hans-Jürgen Büdenbender


Friedrich Scholl

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und

rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 06. April 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Möller
Wirtschaftsprüfer

Reinhardt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ständig überwacht und sich über deren Lage und Entwicklung durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands unterrichten lassen.

Gegenstand der regelmäßigen Erörterungen waren unter anderem die Wirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase, der Umsetzungsstand zu den Anforderungen aus Solvency II sowie der ORSA-Bericht, die Risikosituation des Unternehmens, die Umsetzung der EU-Audit-Reform, der Bericht der internen Revision, die Bestellung einer Nachfolgerin für ein in 2017 ausscheidendes Vorstandsmitglied sowie die Vergütungssysteme der Sparkassen-Versicherung Sachsen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten

Büchern, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung in Übereinstimmung befunden worden. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsbericht, aufgrund dessen der Abschluss mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde, Kenntnis genommen und diesen in Gegenwart des Abschlussprüfers in der Aufsichtsratssitzung am 28. April 2017 erörtert. Einwendungen haben sich nicht ergeben.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands. Der Jahresabschluss ist hiermit festgestellt.

Dresden, den 28. April 2017

Der Aufsichtsrat

Joachim Hoof
Vorsitzender

Überschussverteilung

Überschussanteile für die Versicherten im Jahr 2017

Für das im Geschäftsjahr 2017 beginnende bzw. endende Versicherungsjahr werden die nachstehend aufgeführten Überschussanteile vergütet. Dabei werden die genannten Schlussüberschussanteile für alle bis zum 31.12.2017 eintretenden Leistungsfälle gewährt.

Die Vergleichszahlen des Vorjahres 2016 werden nur dann – in Klammern () – genannt, wenn sie von den Zahlen des Geschäftsjahres 2017 abweichen.

Die laufende Gesamtverzinsung, die wir unseren Versicherungsnehmern in Anbetracht der Entwicklung an den Finanzmärkten bieten können, beträgt bei laufender Beitragszahlung 2,50 (2,75) %.

Im Tarifwerk 1992 gilt abweichend davon geschäftsplanmäßig eine laufende Gesamtverzinsung von generell 3,50 %.

Bei unterjährig veränderten Verträgen werden die anteiligen Überschüsse für den Zeitraum vom letzten Jahrestag bis zum Valuta der Vertragsänderung berechnet. Dabei kommt die zum Valuta der Vertragsänderung gültige Überschussdeklaration zur Anwendung. Für den Zeitraum von der Vertragsänderung bis zum folgenden Jahrestag werden die Überschüsse nach der zum Jahrestag gültigen Überschussdeklaration berechnet. Finden mehrere unterjährig veränderte Verträge im gleichen Versicherungsjahr statt, so gilt obige Aussage für den Zeitraum zwischen zwei Vertragsänderungen entsprechend. Die Zuteilung aller Überschüsse des vorangegangenen Versicherungsjahres erfolgt zum Jahrestag.

Seit Beginn des Jahres 2008 beteiligen wir unsere Kunden gemäß § 153 VVG an den Bewertungsreserven. Bei Vertragsbeendigung, d. h. bei Ablauf des Vertrages, Tod oder Rückkauf, bei aufgeschobenen Rentenversicherungen spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Bewertungsreserven schwanken sehr stark; sie können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten unserer Kunden. Fondsgebundene Versicherungen erhalten gemäß VVG grundsätzlich keine Beteiligung an den Bewertungsreserven. Im Jahr 2017 wird eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt.

1 Einzel- und Gruppen-Kapital-Versicherungen (ohne Risikoversicherungen) und Vermögensbildungsversicherungen

1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird

der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals, welches auch evtl. geleistete Zuzahlungen berücksichtigt. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Risikoüberschussanteil RI wird – in den Tarifwerken 1992 bis 2012 getrennt für Männer (RIM) und Frauen (RIF) – in Prozent des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist beim Tarifwerk 1992 auf 6 ‰, beim Tarifwerk 1994 auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt.

Der Kostenüberschussanteil VK wird in Prozent des Tarifjahresbeitrages angegeben. Bei Versicherungen nach den Tarifwerken 2004 bis 2008 wird der Kostenüberschussanteil VK erstmals nach einer Wartezeit von drei Versicherungsjahren ausgeschüttet, bei den Tarifwerken ab 2010 nach einer Wartezeit von fünf Jahren.

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2017 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der jährliche Überschussanteil wird – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Mehrleistung (vgl. Ziffer 3) – in der Regel zur Erhöhung der Versicherungsleistungen bei Tod und Ablauf (Bonus) verwendet. Der Bonus wird im Todes- (außer bei den Tarifen 3, 3T und 3Z) und Erlebensfall in voller Höhe gezahlt. Bei Rückkauf und bei den Tarifen 3, 3T und 3Z auch im Todes- bzw. Heiratsfall wird der Barwert des Bonus gewährt. Dieser Bonus ist ebenfalls überschussberechtigter.

Es kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile verzinslich angesammelt werden. Bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile werden diese mit insgesamt 2,50 (2,75) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird (Barüberschussanteile).

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Überschussverteilung

Durch die Vereinbarung einer anfänglichen Todesfallmehrleistung (vgl. Ziffer 3) erhöht sich der Versicherungsschutz schon ab Versicherungsbeginn. Die hierfür jeweils zum Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile vorfinanziert und später (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.) mit diesen verrechnet. Verbleibt nach dieser Verrechnung ein positiver Saldo, so wird dieser entsprechend der getroffenen Vereinbarung weiterverwendet. Ein sich eventuell ergebender negativer Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist.

Auch wenn keine anfängliche Todesfallmehrleistung vereinbart wurde, kann sich aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten ein negativer Saldo ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo (jährlicher Überschussanteil) wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Für die einzelnen Tarifarten/Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Einzel-Kapitalversicherungen (ohne Vermögensbildungsversicherungen), Sammelversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00	30	30	0,60
1994	4,00	0,00	20	18	0,60
2000	3,25	0,00	20	18	0,60
2004, 2005	2,75	0,00	20	18	0,60
2007, 2008, 2010	2,25	0,25 (0,50)	20	18	0,60
2012	1,75	0,75 (1,00)	20	18	0,60
2013, 2014	1,75	0,75 (1,00)	20	20	0,60
2015, 2016	1,25	1,25 (1,50)	40	40	0,60
2017	0,75	1,75	40	40	0,60

Vermögensbildungsversicherungen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00	-	-	-
1994	4,00	0,00	-	-	-
2000	3,25	0,00	-	-	-
2004, 2005	2,75	0,00	-	-	-
2007, 2008, 2010	2,25	0,25 (0,50)	-	-	-
2012, 2013, 2014	1,75	0,75 (1,00)	-	-	-
2015, 2016	1,25	1,25 (1,50)	-	-	-

Gruppen-Kapitalversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00	30	30	0,60
1994	4,00	0,00	20	18	0,00
2000	3,25	0,00	20	18	0,00
2004, 2005	2,75	0,00	20	18	0,00
2007, 2008, 2010	2,25	0,25 (0,50)	20	18	0,00
2012	1,75	0,75 (1,00)	20	18	0,00
2013, 2014	1,75	0,75 (1,00)	20	20	0,00
2015, 2016	1,25	1,25 (1,50)	40	40	0,00
2017	0,75	1,75	40	40	0,00

Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag gelten abweichend folgende Sätze: In den Tarifwerken 1994 bis 2014 beträgt die laufende Gesamtverzinsung 1,50 (1,75) %, nach den Tarifwerken 2015 und 2016 1,25 (1,50) % und nach Tarifwerk 2017 1,00 %.

Überschussverteilung

Ab dem 09.07.2014 abgeschlossene Versicherungen mit einer Beitragszahlungsdauer unter zehn Jahren nach den Tarifwerken 2014 bis 2016 erhalten keinen laufenden Zinsüberschussanteil, nach Tarifwerk 2017 beträgt der laufende Zinsüberschussanteil 0,25 %.

Bei Einzel-Kapitalversicherungen (ohne Vermögensbildungsversicherungen) mit einer Versicherungssumme von mindestens 50.000 EUR beträgt der Kostenüberschussanteilsatz (VK) 3,0 % des Tarifjahresbeitrages.

Bei 2NZ-Tarifen gelten um 0,3 %-Punkte reduzierte VK.

Bei Versicherungen auf verbundene Leben (Tarif 2v) ergibt sich der Risikoüberschussanteilsatz RI als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Für Sterbegeldversicherungen (einschließlich S-Aktiv-Hinterbliebenenvorsorge) beträgt der Risikoüberschussanteilsatz in den Tarifwerken 2000 bis 2012 10 (20) % für Männer und 9 (18) % für Frauen, in den Tarifwerken 2013 und 2014 20 (40) % und in den Tarifwerken ab 2015 35 (40) %.

1.2 Schlussüberschussanteile (SÜA)

1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2017 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Risikobeitrags	Kosten-SÜA in % des Tarifjahresbeitrags
1992	0,20	25,0	0,40
1994	0,00	7,5	0,40
2000	0,45	38,5	0,40
2004, 2005	0,55	38,5	0,65
2007, 2008, 2010	0,50	38,5	5,90
2012, 2013, 2014	0,65	38,5	5,90
2015, 2016, 2017	0,65	38,5	5,90

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Für Vermögensbildungsversicherungen werden keine Schlussüberschussanteile gewährt.

Dieser Schlussüberschussanteilsatz gilt bei Verwendung der laufenden Überschussanteile zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) oder bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten nur Zins-SÜA, aber keine Risiko- und Kosten-SÜA. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken 1992 bis 2013 werden die genannten Sätze um 60 % gekürzt. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken ab 2014 beträgt der Zins-SÜA 0,20 %.

Bei Verrechnung der laufenden Überschussanteile mit den Beiträgen (Barüberschussanteile) werden die genannten Schlussüberschussanteile um 30 % reduziert. Bei Anlage der Überschussanteile in Fonds werden in den Tarifwerken 1992 bis 2013 die genannten Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt.

Die zu ermittelnden Sätze werden dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung (bei Versicherungen mit Abrufphase am Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig. Bei Tod, Heirat (nur beim Tarif 3T) und vorgezogenem

Überschussverteilung

Ablauf wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gezahlt. Stirbt beim Tarif 3T das mitversicherte Kind, so werden Schlussüberschussanteile in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte (beim Tarif 2v der ältere der beiden Versicherten) das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für Hauptversicherung (einschl. evtl. geleisteter Zuzahlungen) und Bonus bzw. das Guthaben aus verzinlich angesammelten Überschussanteilen zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Versicherungssumme (beim Tarif 2tg die noch verbleibende Erlebensfallsumme) mindestens erreicht

oder

- der Versicherte (beim Tarif 2v der ältere der beiden Versicherten) das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf (bei Versicherungen mit Abrufphase frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven ist an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und beträgt im Jahr 2017 90 % der Schlussüberschussanteile.

1.3 Todesfallmehrleistung

Bei beitragspflichtigen Versicherungen nach den Tarifen 2, 2v und GS2 konnte bei Vertragsabschluss vor dem 01.01.2011 vereinbart werden, dass im Todesfall unter Einbeziehung der Leistungen aus den laufenden Überschussanteilen und den Schlussüberschussanteilen eine Todesfallmehrleistung in Prozent der Versicherungssumme (bei wachsenden Versicherungen der Anfangsversicherungssumme) gewährt wird. Bei Versicherungen mit Abrufphase ist die Vereinbarung einer Todesfallmehrleistung nur für die Dauer der Grundphase möglich. Die Todesfallmehrleistung muss mindestens 5 % betragen und darf – in Abhängigkeit von Geschlecht, Tarif,

Dauer und Endalter – die entsprechenden Höchstsätze nicht überschreiten.

2 Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen

Zu Beginn eines jeden Versicherungsmonats werden per Direktgutschrift Risiko- und sonstige Überschussanteile zugeteilt, die das Fondsguthaben erhöhen.

2.1 Tarifwerke 2000 bis 2012

Der Risikoüberschussanteil wird – für Männer und Frauen getrennt – in Prozent des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt. Der Kostenüberschussanteil bemisst sich in Prozent des Beitrages.

Der Risikoüberschussanteil bei fondsgebundenen Lebensversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Todesfallschutz beträgt für Männer 25 % und für Frauen 23 %, bei fondsgebundenen Rentenversicherungen ohne Todesfallschutz 0 %. Der Kostenüberschussanteil ist 0,6 % bei allen fondsgebundenen Tarifen.

2.2 Tarifwerke ab 2013

Der Risikoüberschussanteil wird in Prozent des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt. Der Kostenüberschussanteil bemisst sich in Prozent des Beitrages.

Der Risikoüberschussanteil bei fondsgebundenen Lebensversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Todesfallschutz beträgt 50 %, bei fondsgebundenen Rentenversicherungen ohne Todesfallschutz 0 %. Der Kostenüberschussanteil ist 0,6 % bei allen fondsgebundenen Tarifen.

3 Indexgebundene Rentenversicherungen

Indexgebundene Rentenversicherungen erhalten keine Überschussanteile.

4 Risikoversicherungen

4.1 Risikoversicherungen ohne Restkredit-, Bausparrisiko- und Saldenlebensversicherungen und ohne Risikoversicherungen mit Beitragsrückgewähr

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

4.1.1 Tarifwerk 1992

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risikoversicherung um 100 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

Überschussverteilung

4.1.2 Tarifwerk 1994

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %) und bei Frauen um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %). Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.3 Tarifwerke 2000 und 2004

Bei ab dem 01.01.2003 abgeschlossenen Risikoversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 50 %) und bei Frauen um 30 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 40 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 80 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 100 %) und bei Frauen um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.4 Tarifwerke ab 2005

Zu Vertragsabschluss kann entweder eine Todesfallmehrleistung oder – bei laufender Beitragszahlung – eine Sofortgewinnverrechnung vereinbart werden. Bei der Sofortgewinnverrechnung werden die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet.

Für die Todesfallmehrleistung gelten in Abhängigkeit vom Tarifwerk folgende Sätze:

Tarifwerk 2005	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	30 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	50 %	40 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	80 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	100 %	80 %

Tarifwerke 2007 bis 2012	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	60 %	50 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	120 %	100 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	140 %	120 %

Tarifwerke ab 2013	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)		59 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)		69 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)		118 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)		138 %

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit vom Tarifwerk folgende Sätze:

Überschussverteilung

Tarifwerk 2005	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	10 %	8 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	12 %	10 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	33 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	45 %	40 %

Tarifwerke 2007 bis 2012	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	35 %	30 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	35 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	65 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %	65 %

Tarifwerke ab 2013	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)		35 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)		40 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)		65 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)		70 %

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt (kaufmännisch gerundet) der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2 Restkreditversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

4.2.1 Tarifwerke 2000 bis 2005

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung bei Männern um 80 % und bei Frauen um 60 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2.2 Tarifwerke 2007 bis 2012

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung bei Männern um 120 % und bei Frauen um 100 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2.3 Tarifwerke ab 2013

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung um 118 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.3 Bausparrisikoversicherungen

Ab Beginn des ersten Versicherungsjahres wird über die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) eine Sofortgewinnverrechnung in Prozent des Beitrages gewährt und mit diesem verrechnet.

4.3.1 Tarifwerk 1998

Der Überschussanteilsatz hängt vom Geschlecht der versicherten Person ab; er beträgt für Männer 45 % und für Frauen 40 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.3.2 Tarifwerk 2013

Der Überschussanteilsatz beträgt 45 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.4 Saldenlebensversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

Die Überschussanteile werden mit den fälligen Beiträgen verrechnet (Sofortgewinnverrechnung). Der Überschussanteilsatz beträgt 33 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.5 Risikoversicherungen mit Beitragsrückgewähr

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung um 100 % im Tarifwerk 2005, um 140 % in den Tarifwerken 2007 bis 2010, um 110 % in den Tarifwerken 2012 bis 2014 und um 160 % ab Tarifwerk 2015. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

Überschussverteilung

5 Rentenversicherungen

5.1 Rentenversicherungen (ohne Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen, ohne Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz und ohne Sparkassen Sachsen-Index-Rente)

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung.

In der Rentenphase werden die Überschussanteile zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht – bei den Tarifwerken 1992 bis 2004 – zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

5.1.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

Die Kapitalabfindung ist gleich dem Deckungskapital der Hauptversicherung bei Ablauf der vereinbarten Aufschubzeit. Bei Versicherungen mit Abrufphase ist die Kapitalabfindung gleich dem Deckungskapital der Hauptversicherung bei Ablauf der Grundphase bzw. gleich dem jeweils erreichten Deckungskapital der Hauptversicherung am Ende eines jeden Versicherungsjahres während der Ablaufphase.

5.1.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Kosten- und Risikoüberschussanteil VK wird in Prozent des Tarifjahresbeitrages angegeben. Bei Versicherungen nach den Tarifwerken 2004 bis 2008 wird VK erstmals nach einer Wartezeit von drei Versicherungsjahren ausgeschüttet, bei den Tarifwerken ab 2010 nach einer Wartezeit von fünf Jahren.

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2017 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der zur Auffüllung einer aufgrund der erhöhten Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung notwendige Betrag wird auf die jährlichen Überschussanteile angerechnet. Darüber hinaus werden die Überschussanteile verzinslich angesammelt. Der Auffüllbetrag wird bei Rückkauf, im Todesfall und bei Kapitalabfindung zusammen mit den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgezahlt. Bei Eintritt in die Rentenzahlung erhöht er die Rente nicht.

Laufende Überschussanteile, die am 31.12.1995 (Tarifwerk 1992) bzw. am 31.12.2004 (Tarifwerke 1994, 2000 und 2004) bereits zugeteilt waren, werden nicht zur Bildung dieser Zusatzrückstellung verwendet.

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und mit insgesamt 2,50 (2,75) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird (Barüberschussanteile).

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden oder dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird.

Aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten kann sich ein negativer jährlicher Überschussanteil ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.) und mit den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen verrechnet, bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Es gelten folgende Überschussanteilsätze:

Einzelrentenversicherungen, Sammelrentenversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze	
		ZI in %	VK in %
1992	3,50	0,00	0,60
1994	4,00	0,00	0,50
2000	3,25	0,00	0,50
2004 – 2005	2,75	0,00	0,50
2007 – 2010	2,25	0,25 (0,50)	0,50
2012 – 2014	1,75	0,75 (1,00)	0,50
2015 – 2016	1,25	1,25 (1,50)	0,50
2017	0,50	2,00	0,50

Überschussverteilung

Gruppenrentenversicherungen nach Einzelтарifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze	
		ZI in %	VK in %
1992	3,50	0,00	0,60
1994	4,00	0,00	0,00
2000	3,25	0,00	0,00
2004 – 2005	2,75	0,00	0,00
2007 – 2010	2,25	0,25 (0,50)	0,00
2012 – 2014	1,75	0,75 (1,00)	0,00
2015 – 2016	1,25	1,25 (1,50)	0,00
2017	0,50	2,00	0,00

Gruppenrentenversicherungen nach Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze	
		ZI in %	VK in %
2000	3,25	0,00	0,00
2004 – 2005	2,75	0,00	0,00
2007 – 2010	2,25	0,25 (0,50)	0,00
2012 – 2014	1,75	0,75 (1,00)	0,00
2015 – 2016	1,25	1,25 (1,50)	0,00
2017	0,50	2,00	0,00

Bei Einzelrentenversicherungen mit einer versicherten Anfangsjahresrente von mindestens 3.000 EUR beträgt der Kostenüberschussanteilsatz (VKB) 3,0 % des Tarifjahresbeitrages.

Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken 1994 bis 2013 beträgt die laufende Gesamtverzinsung abweichend maximal 1,50 (1,75) %.

Für Rentenversicherungen der 1. Schicht (BasisRente) nach Tarifwerk 2017 gilt davon abweichend Folgendes: Bei Versicherungen gegen laufenden Beitrag beträgt der Rechnungszins 0,90 % und der ZI-Satz 1,60 %. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag beträgt der Rechnungszins 0,75 % und der ZI-Satz 0,25 %.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen der 3. Schicht gegen Einmalbeitrag mit Kapitalwahlrecht gelten laufzeitabhängig folgende Gesamtzinssätze vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung:

a) nach dem 21.04.2010 und vor dem 10.11.2010 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	1,50 (1,75) %
4 Jahre	1,50 (1,75) %
5 Jahre	1,50 (1,75) %
6 Jahre	1,50 (1,75) %
7 Jahre	1,50 (1,75) %
8 Jahre	1,50 (1,75) %
9 Jahre	1,50 (1,75) %
10 Jahre	1,50 (1,75) %
11 Jahre	1,50 (1,75) %

b) ab dem 10.11.2010 und vor dem 01.01.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	1,50 (1,75) %
4 Jahre	1,50 (1,75) %
5 Jahre	1,50 (1,75) %
6 Jahre	1,50 (1,75) %
7 Jahre	1,50 (1,75) %
8 Jahre	1,50 (1,75) %
9 Jahre	1,50 (1,75) %
10 Jahre	1,50 (1,75) %
11 Jahre	1,50 (1,75) %

c) ab dem 01.01.2012 und vor dem 21.12.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	1,50 (1,75) %
4 Jahre	1,50 (1,75) %
5 Jahre	1,50 (1,75) %
6 Jahre	1,50 (1,75) %
7 Jahre	1,50 (1,75) %
8 Jahre	1,50 (1,75) %
9 Jahre	1,50 (1,75) %
10 Jahre	1,50 (1,75) %
11 Jahre	1,50 (1,75) %

Überschussverteilung

d) ab dem 21.12.2012 und vor dem 27.06.2013 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	1,50 (1,75) %
4 Jahre	1,50 (1,75) %
5 Jahre	1,50 (1,75) %
6 Jahre	1,50 (1,75) %
7 Jahre	1,50 (1,75) %
8 Jahre	1,50 (1,75) %
9 Jahre	1,50 (1,75) %
10 Jahre	1,50 (1,75) %
11 Jahre	1,50 (1,75) %

Für ab dem 27.06.2013 und vor dem 01.01.2014 beantragte Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag mit Kapitalwahlrecht beträgt die laufende Gesamtverzinsung 1,50 (1,75) %.

Für ab dem 01.01.2014 und vor dem 01.01.2015 beantragte Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag beträgt die laufende Gesamtverzinsung 0,75 %.

Für ab dem 01.01.2015 beantragte Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag beträgt die laufende Gesamtverzinsung 1,00 %.

Ab dem 09.07.2014 abgeschlossene Versicherungen mit einer Beitragszahldauer unter zehn Jahren erhalten in den Tarifwerken 2014 bis 2016 keinen laufenden Zinsüberschussanteil. Bei Versicherungen nach Tarifwerk 2017 mit einer Beitragszahldauer unter zehn Jahren beträgt die laufende Gesamtverzinsung 1,00 %.

5.1.1.2 Schlussüberschussanteile (SÜA)

5.1.1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins- und sonstigen Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2017 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	sonstige SÜA in % des Tarifjahresbeitrags
1992	0,20	0,65
1994	0,00	0,65
2000	0,45	0,65
2004	0,55	0,65
2004B, 2005	0,55	3,15
2007, 2008, 2010	0,50	7,10
2012, 2013, 2014	0,65	7,10
2015, 2016, 2017	0,65	4,95

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

In den Tarifwerken 2013 und 2014 beträgt der Zins-SÜA bei einer Aufschubzeit unter zehn Jahren und laufender Beitragszahlung davon abweichend in Abhängigkeit von der Aufschubzeit:

Aufschubzeit	Zins-SÜA
bis 4 Jahre	0,00 %
5 Jahre	0,05 %
6 Jahre	0,05 %
7 Jahre	0,10 %
8 Jahre	0,15 %
9 Jahre	0,20 %

In den Tarifwerken 2015 bis 2017 beträgt der Zins-SÜA bei einer Aufschubzeit unter 20 Jahren und laufender Beitragszahlung davon abweichend in Abhängigkeit von der Aufschubzeit:

Überschussverteilung

Aufschubzeit	Zins-SÜA
bis 4 Jahre	0,00 %
5 Jahre	0,05 %
6 Jahre	0,05 %
7 Jahre	0,10 %
8 Jahre	0,15 %
9 Jahre	0,20 %
10 Jahre	0,30 %
11 Jahre	0,35 %
12 Jahre	0,40 %
13 Jahre	0,40 %
14 Jahre	0,45 %
15 Jahre	0,50 %
16 Jahre	0,50 %
17 Jahre	0,55 %
18 Jahre	0,55 %
19 Jahre	0,60 %

Davon abweichend gilt für die Sparkassen-DepotRente flex Folgendes: Beitragspflichtige Versicherungen erhalten für jedes vollendete Versicherungsjahr eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile in ‰ der Kapitalabfindung. Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2017 eintreten, beträgt der Schlussüberschussanteil 18 ‰ im Tarifwerk 2010 und 22 ‰ in den Tarifwerken ab 2012. Bei gegenüber der Aufschubzeit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird der Schlussüberschussanteilsatz im Verhältnis n/t (n = Aufschubzeit, t = Versicherungsdauer) gestreckt, wobei das Ergebnis kaufmännisch auf eine Nachkommastelle gerundet wird. Es erfolgt keine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

Die genannten Schlussüberschussanteilsätze gelten bei Verwendung der laufenden Überschussanteile zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) oder bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten nur Zins-SÜA, aber keine Risiko- und Kosten-SÜA. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken 1992 bis 2013 werden die genannten Sätze um 60 % gekürzt. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag nach den Tarifwerken ab 2014 beträgt der Zins-SÜA 1,00 % bei einer Aufschubzeit unter zehn Jahren und 1,35 % bei einer Aufschubzeit ab zehn Jahren.

Bei Verrechnung der laufenden Überschussanteile mit den Beiträgen (Barüberschussanteile) werden die Schlussüberschussanteile um 30 % reduziert. Bei Anlage der Überschussanteile in Fonds werden in den Tarifwerken 1992 bis 2013 die genannten Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt. Die zu ermittelnden Sätze werden dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

5.1.1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Diese Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalwahl am Ende der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase am Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig. Beim Rentenübergang der Tarifwerke 1992 bis 2004 werden die Schlussüberschussanteile vorrangig für die individuelle Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Deckungsrückstellung verwendet; in den neueren Tarifwerken werden die Schlussüberschussanteile auch bei Rentenübergang in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für die Hauptversicherung (einschließlich einer eventuell eingeschlossenen Hinterbliebenen-Zusatzversicherung) und die verzinlich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Kapitalabfindung mindestens erreicht

oder

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.1.1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven ist an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und beträgt im Jahr 2017 90 % der Schlussüberschussanteile.

5.1.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Überschussverteilung

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtigt sind – aufzubessern und die ab Rentenbeginn fällig werdende Grundrente ggf. um eine Gewinnrente zu erhöhen. Auf diese Gewinnrente werden die erreichten Zuwachsrenten solange angerechnet, bis sich daraus noch höhere Rentenleistungen ergeben.

Sofern die Überschussanteile nicht ausreichen, um den Betrag der Gewinnrente zu finanzieren, wird ein negativer Saldo aus den Überschussanteilen und dem Gewinnrenten-Beitrag bis zur Tilgung mit dem maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a. fortgeschrieben. Die Tilgung erfolgt mit den am Ende des Versicherungsjahres zugeteilten Überschussanteilen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

a) Zinsüberschussanteilsätze

Tarifwerk	ZR in % für Leibrenten	ZR in % für abgekürzte Leibrenten/ Zeitrenten
1992	0,00	0,00
1994	0,00	0,00
2000	0,00	0,00
2004	0,00 (0,15)	0,00
2004B, 2005	0,00 (0,25)	0,00
2007 – 2010	0,70 (0,95)	0,00 (0,10)
2012 – 2013	1,20 (1,45)	0,05 (0,30)
2014	1,20 (1,45)	0,65 (0,90)
2015 – 2016	1,70 (1,95)	0,50 (0,75)
2017	2,20	0,50

Für aufgeschobene Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag gilt davon abweichend ein ZR-Satz von 0,50 (0,75) % im Tarifwerk 2014 und von 1,00 (1,25) % in den Tarifwerken 2015 und 2016.

Im Tarifwerk 2017 gilt bei aufgeschobenen Rentenversicherungen davon abweichend ein ZR-Satz von 2,45 % für Verträge gegen laufenden Beitrag und von 1,00 % für Verträge gegen Einmalbeitrag.

b) Gewinnrente

Es kann eine Gewinnrente vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

Wird bei Tod der hauptversicherten Person eine Hinterbliebenenrente fällig, so wird für die mitversicherte Person ein neuer Gewinnrenten-Prozentsatz ermittelt, der höher oder niedriger sein kann als der für die hauptversicherte Person zuletzt gültige Gewinnrenten-Prozentsatz.

5.2 Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz (RiesterRente)

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung.

In der Rentenphase werden die Überschussanteile zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

5.2.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

5.2.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Kostenüberschussanteil VK wird erstmals nach Ablauf von zehn Versicherungsjahren ausgeschüttet und in Prozent der bis dahin eingezahlten Beiträge angegeben.

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten entnommen werden. Im Jahr 2017 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der zur Auffüllung einer aufgrund der erhöhten Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung notwendige Betrag wird auf die jährlichen Überschussanteile angerechnet. Darüber hinaus werden die Überschussanteile verzinslich angesammelt. Der Auffüllbetrag wird bei Rückkauf, im Todesfall und bei Kapitalabfindung zusammen mit den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgezahlt. Bei Eintritt in die Rentenzahlung erhöht er die Rente nicht.

Laufende Überschussanteile, die am 31.12.2004 bereits zugeteilt waren, werden nicht zur Bildung dieser Zusatzrückstellung verwendet.

Überschussverteilung

Bei der Anlageform „verzinsliche Ansammlung“ werden die jährlichen Überschussanteile – vermindert um den vereinbarten Betrag – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 2,50 (2,75) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen.

Bei der Anlageform „Fondsansammlung“ werden die jährlichen Überschussanteile – vermindert um den vereinbarten Betrag – in einem Investmentfonds angelegt.

Es gelten folgende Sätze:

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze	
		ZI in %	VK in %
2000	3,25	0,00	0,00
2004 – 2006	2,75	0,00	0,00
2007 – 2010	2,25	0,25 (0,50)	0,00
2012 – 2014	1,75	0,75 (1,00)	0,00
2015 – 2016	1,25	1,25 (1,50)	0,00
2017	0,90	1,60	0,00

5.2.1.2 Schlussüberschussanteile

5.2.1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins- und sonstigen Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2017 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	sonstige SÜA in % des Tarifjahresbeitrags
2000	0,45	-
2004	0,55	-
2004B, 2005, 2006	0,55	-
2007, 2008, 2010	0,50	-
2012, 2013, 2014	0,65	-
2015, 2016, 2017	0,65	-

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

In den Tarifwerken 2013 und 2014 beträgt der Zins-SÜA bei einer Aufschubzeit unter zehn Jahren und laufender Beitragszahlung davon abweichend in Abhängigkeit von der Aufschubzeit:

Aufschubzeit	Zins-SÜA
bis 4 Jahre	0,00 %
5 Jahre	0,05 %
6 Jahre	0,05 %
7 Jahre	0,10 %
8 Jahre	0,15 %
9 Jahre	0,20 %

In den Tarifwerken 2015 bis 2017 beträgt der Zins-SÜA bei einer Aufschubzeit unter 20 Jahren und laufender Beitragszahlung davon abweichend in Abhängigkeit von der Aufschubzeit:

Überschussverteilung

Aufschubzeit	Zins-SÜA
bis 4 Jahre	0,00 %
5 Jahre	0,05 %
6 Jahre	0,05 %
7 Jahre	0,10 %
8 Jahre	0,15 %
9 Jahre	0,20 %
10 Jahre	0,30 %
11 Jahre	0,35 %
12 Jahre	0,40 %
13 Jahre	0,40 %
14 Jahre	0,45 %
15 Jahre	0,50 %
16 Jahre	0,50 %
17 Jahre	0,55 %
18 Jahre	0,55 %
19 Jahre	0,60 %

Die genannten Schlussüberschussanteilsätze gelten bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Bei Anlage der Überschussanteile in Fonds werden in den Tarifwerken 2000 bis 2013 die Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt. Der zu ermittelnde Satz wird dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

5.2.1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Diese Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalauszahlung am Ende der Aufschubzeit in voller Höhe fällig. Bei Rentenübergang werden die Schlussüberschussanteile in den Tarifwerken 2000 und 2004 vorrangig für die individuelle Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Deckungsrückstellung verwendet; in den neueren Tarifwerken werden die Schlussüberschussanteile in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für die Hauptversicherung und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Kapitalabfindung mindestens erreicht

oder

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.2.1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven ist an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und beträgt im Jahr 2017 90 % der Schlussüberschussanteile.

5.2.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtigter sind – zu erhöhen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR in %
2000	0,00
2004	0,00 (0,15)
2004B, 2005	0,00 (0,25)
2007 – 2010	0,70 (0,95)
2012 – 2014	1,20 (1,45)
2015 – 2016	1,70 (1,95)
2017	2,05

Überschussverteilung

5.3 Sparkassen Sachsen-Index-Rente (Tarif KARTI)

5.3.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

5.3.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigt ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Der Kosten- und Risikoüberschussanteil VK wird in Prozent des Tarifjahresbeitrages (VKB) angegeben. VK wird erstmals nach einer Wartezeit von fünf Versicherungsjahren ausgeschüttet.

Aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten kann sich ein negativer jährlicher Überschussanteil ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.) und mit den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen verrechnet, bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Den laufenden Überschussanteilen können jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2017 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung gelten folgende Sätze:

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze	
		ZI in %	VK in %
2017	0,25	2,25	0,00

Für Versicherungen gegen Einmalbeitrag gelten folgende Sätze:

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze	
		ZI in %	VK in %
2017	0,25	1,75	0,00

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Indexbeteiligung verwendet oder als Kapitalzuwachs verzinslich angesammelt.

Falls Indexbeteiligung gewählt wurde, werden die zuzuteilenden laufenden Überschussanteile jährlich für eine einjährige Beteiligung an dem gewählten Index verwendet. Dafür wird jährlich die Höhe der zuzuteilenden Überschussanteile nach der zum Indexstichtag gültigen Überschussbeteiligung ermittelt. Dieser Betrag wird im Jahr 2017 um ein Jahr mit 4,50 % abgezinst. Die so ermittelte Bezugsgröße nimmt an der Indexbeteiligung teil.

Die laufenden Überschussanteile erhöhen als zusätzliche Kapitaleistung die Deckungsrückstellung. Sie werden mit dem Ansammlungszins verzinst und bilden das Überschussguthaben, das wiederum überschussberechtigt ist. Zur Finanzierung des endfälligen Mindestüberschusses wird ein Teil des laufenden Überschussguthabens herangezogen.

Der endfällige Mindestüberschuss steht zum vereinbarten Rentenbeginn zur Verfügung, nicht aber bei Rückkauf oder Tod. Das darüber hinausgehende Überschussguthaben erhöht die garantierte Rente nicht, es wird bei Vertragsbeendigung (Wahl einer Kapitalabfindung statt der Rentenzahlungen, Rückkauf oder Tod) in voller Höhe fällig.

Hat eine unterjährige Vertragsänderung eine Erhöhung des überschussberechtigten Deckungskapitals zur Folge, werden die zusätzlich entstehenden Überschussanteile dem Überschussguthaben zugeführt. Die Erträge aus der Indexbeteiligung erhöhen sich dadurch im Versicherungsjahr der Vertragsänderung nicht.

5.3.1.1.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins- und sonstigen Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2017 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	sonstige SÜA in % des Tarifjahresbeitrags
	2017	0,65

Überschussberechtigt ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Bei laufender Beitragszahlung und einer Aufschubzeit unter 20 Jahren beträgt der Zins-SÜA davon abweichend in Abhängigkeit von der Aufschubzeit:

Überschussverteilung

Aufschubzeit	Zins-SÜA
15 Jahre	0,50 %
16 Jahre	0,50 %
17 Jahre	0,55 %
18 Jahre	0,55 %
19 Jahre	0,60 %

Bei Einmalbeitrag beträgt der Zins-SÜA davon abweichend 0,00 % für Dauern unter zehn Jahren und 0,35 % für Dauern ab zehn Jahren.

5.3.1.1.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Diese Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalauszahlung am Ende der Aufschubzeit und bei Rentenübergang in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt. Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für die Hauptversicherung und die angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile inkl. Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven die Kapitalabfindung mindestens erreicht

oder

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.3.1.1.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven ist an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und beträgt im Jahr 2017 90 % der Schlussüberschussanteile.

5.3.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten

Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtigter sind – zu erhöhen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Es gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR in %
2017	2,45

Davon abweichend beträgt für Verträge gegen Einmalbeitrag der ZR-Satz 1,00 %.

6 Berufsunfähigkeitsversicherungen

6.1 Versicherungen vor Eintritt der Berufsunfähigkeit (BU)

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risikoüberschussanteil per Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Er beträgt 0,00 % beim Tarifwerk 2000 und 0,00 % bei den Tarifwerken 2004 und 2005, 0,25 (0,50) % in den Tarifwerken 2007 bis 2010, 0,75 (1,00) % in den Tarifwerken 2012 bis 2014, 1,25 (1,50) % in den Tarifwerken 2015 bis 2016B und 1,60 % im Tarifwerk 2017.

Der Risikoüberschussanteil RI wird in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben. Er beläuft sich bei den Tarifwerken 2000 und 2004 auf 25 %. Bei den Tarifwerken ab 2005 ist RI abhängig von der jeweiligen Berufsklasse:

Überschussverteilung

a) Tarifwerke 2005 bis 2016

Berufsklasse	RI in %
1	90
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

b) Tarifwerke ab 2016B

Berufsklasse	RI in %
1+	75
1	40
2	40
3+	60
3	40
4	40

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich RI jeweils um 5 %-Punkte.

Die jährlichen Überschussanteile werden – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Berufsunfähigkeitsmehrleistung (vgl. Ziffer 6.1.1) – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 2,50 (2,75) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den fälligen Beiträgen verrechnet wird (Sofortgewinnverrechnung).

Bei den Tarifwerken ab 2007 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Durch die Vereinbarung einer anfänglichen Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) erhöht sich der Versicherungsschutz schon ab Versicherungsbeginn (vgl. Ziffer 6.1.1). Die hierfür jeweils zum Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile vorfinanziert und später (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.) mit diesen verrechnet. Verbleibt nach dieser Verrechnung ein positiver Saldo, so wird dieser entsprechend der getroffenen Vereinbarung weiterverwendet. Ein sich eventuell ergebender negativer Saldo wird solange

fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist.

Auch wenn keine anfängliche BUML vereinbart wurde, kann sich aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten ein negativer Saldo ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 2,50 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo (jährlicher Überschussanteil) wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

6.1.1 Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML)

Bei Eintritt der Berufsunfähigkeit wird eine Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) in Prozent der tariflich vereinbarten Rente gezahlt. Die BUML beträgt bei den Tarifwerken 2000 und 2004 25 %.

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2005 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende BUML-Sätze:

a) Tarifwerke 2005 bis 2012

Berufsklasse	BUML in %
1	100
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

b) Tarifwerke 2013 bis 2016

Berufsklasse	BUML in %
1	120
2	80
3	15
4	5
E	0
S	15

Überschussverteilung

c) Tarifwerke ab 2016B

Berufsklasse	BUML in %
1+	75
1	40
2	40
3+	60
3	40
4	40

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich der angegebene BUML-Satz jeweils um 5 %-Punkte.

6.1.2 Sofortgewinnsätze

Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet werden (Sofortgewinnverrechnung).

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse folgende Sofortgewinnsätze:

a) Tarifwerke 2005 bis 2012

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	50
2	40
3	12
4	4
E	0
S	12

b) Tarifwerke 2013 bis 2016

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	55
2	45
3	12
4	4
E	0
S	12

c) Tarifwerke ab 2016B

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1+	40
1	25
2	25
3+	35
3	25
4	25

6.1.3 Fondsansammlung

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2007 kann auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

6.2 Versicherungen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit (BU)

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf BU-Leistungen wird jedoch der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BU-Rente (BU-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten BUML fällig wird. Die BU-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte BUML sind wiederum überschussberechtig.

Der unter Ziffer 6.1 aufgeführte Zinsüberschussanteil gilt in gleicher Höhe.

7 Erwerbsminderungsversicherungen

7.1 Versicherungen vor Eintritt der Erwerbsminderung

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risikoüberschussanteil per Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Er beträgt 1,25 (1,50) % beim Tarifwerk 2016 und 1,60 % beim Tarifwerk 2017.

Überschussverteilung

Der Risikoüberschussanteil RI wird in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben. RI ist abhängig von der jeweiligen Berufsklasse:

Berufsklasse	RI in %
1+	80
1	80
2	65
3+	55
3	55
4	45

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich RI jeweils um 5 %-Punkte.

7.1.1 Sofortgewinnsätze

Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung werden die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet (Sofortgewinnverrechnung).

In Abhängigkeit von der Berufsklasse gelten folgende Sofortgewinnsätze:

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1+	45
1	45
2	40
3+	35
3	35
4	30

7.2 Versicherungen nach Eintritt der Erwerbsminderung

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf Erwerbsminderungsleistungen wird jedoch der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien Rente (Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente fällig wird. Die Bonusrente ist wiederum überschussberechtigter.

Der unter Ziffer 7.1 aufgeführte Zinsüberschussanteil gilt in gleicher Höhe.

8 Zusatzversicherungen

8.1 Risiko-Zusatzversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

8.1.1 Tarifwerk 1994

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %) und bei Frauen um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %). Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

8.1.2 Tarifwerke 2000, 2004 und 2005

Bei ab dem 01.01.2003 abgeschlossenen Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 50 %) und bei Frauen um 30 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 40 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 80 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 100 %) und bei Frauen um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

8.1.3 Tarifwerke 2007 bis 2012

Bei Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 70 %) und bei Frauen um 50 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 120 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 140 %) und bei Frauen um 100 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 120 %).

Davon abweichend erhöht sich beim Tarif ARg090004200 die fällige Todesfallleistung für Männer um 140 %, für Frauen um 120 %.

Überschussverteilung

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

8.1.4 Tarifwerke ab 2013

Bei Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung um 59 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 69 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung um 118 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 138 %).

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

8.2 Unfall-Zusatzversicherungen (UZV)

Diese Zusatzversicherungen erhalten keine Überschussbeteiligung.

8.3 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung. Die Überschussanteile werden in der Rentenphase zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

8.3.1 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen vor Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. ZI setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen. Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der jährliche Überschussanteil wird vor Rentenbeginn der Hauptversicherung verzinslich angesammelt und mit insgesamt 2,50 (2,75) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Nach Rentenbeginn der Hauptversicherung werden die jährlichen Überschussanteile zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Zuwachsrente, die ebenfalls überschussberechtig ist) verwendet.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZI in %
1992	0,00
1994	0,00
2000	0,00
2004 – 2005	0,00
2007 – 2010	0,25 (0,50)
2012 – 2014	0,75 (1,00)
2015 – 2016	1,25 (1,50)
2017	2,00

Für aufgeschobene Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag gilt davon abweichend ein ZR-Satz von 0,00 % im Tarifwerk 2014, von 0,25 % ab Tarifwerk 2015.

Für Rentenversicherungen der 1. Schicht (BasisRente) nach Tarifwerk 2017 gilt davon abweichend Folgendes: Der ZI-Satz beträgt 1,60 % bei Versicherungen gegen laufenden Beitrag und 0,25 % bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag.

8.3.2 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Gewinnrenten – die ebenfalls überschussberechtig sind – aufzubessern.

Bei Vereinbarung einer Gewinnrente erhöht sich die Rentenzahlung ab Rentenzahlungsbeginn der Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung (vergleiche Buchstabe b). Die hierfür jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschüsse vorfinanziert und aufgezinnt (mit 2,50 (2,75) %) mit diesen verrechnet. Der danach verbleibende Teil der Überschüsse dient dem Aufbau einer Zuwachsrente, die auf die Gewinnrente angerechnet wird.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Überschussverteilung

a) Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR in %
1992	0,00
1994	0,00
2000	0,00
2004	0,00 (0,15)
2004B, 2005	0,00 (0,25)
2007 – 2010	0,70 (0,95)
2012 – 2014	1,20 (1,45)
2015 – 2016	1,70 (1,95)
2017	2,20

Für aufgeschobene Rentenversicherungen gegen laufenden Beitrag gilt davon abweichend ein ZR-Satz von 2,45 %.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag gilt davon abweichend ein ZR-Satz von 0,75 % im Tarifwerk 2014 und von 1,00 (1,25) % ab Tarifwerk 2015.

b) Gewinnrente

Es kann ein individueller Gewinnrenten-Prozentsatz vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

8.4 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ)

8.4.1 Versicherungen vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

8.4.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Risikoüberschussanteil per Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Risikoüberschussanteil RI wird in Abhängigkeit vom erreichten Alter in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben.

Die jährlichen Überschussanteile werden – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Berufsunfähigkeitsmehrleistung (vgl. Ziffer 2) – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 2,50 (2,75) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnermäßigen Zins und einem überrechnermäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Für die einzelnen Tarifwerke werden festgelegt:

a) Tarifwerk 1992

Erreichtes Alter	ZI in %	RI für Männer in %	RI für Frauen in %
von 15 bis 19	0,00	26	56
von 20 bis 24	0,00	26	56
von 25 bis 29	0,00	26	51
von 30 bis 34	0,00	26	46
von 35 bis 39	0,00	32	39
von 40 bis 43	0,00	27	33
von 44 bis 47	0,00	21	27
von 48 bis 50	0,00	15	21
von 51 bis 53	0,00	9	15
von 54 bis 56	0,00	3	8
von 57 bis 59	0,00	0	2
von 60 bis 65	0,00	0	1

b) Tarifwerke 1993 bis 2004

Tarifwerk	ZI in %	RI in %
1993	0,00	23
1994	0,00	23
2000	0,00	25
2004	0,00	25

c) Tarifwerk 2005

Berufsklasse	ZI in %	RI in %
1	0,00	90
2	0,00	65
3	0,00	15
4	0,00	5
E	0,00	0
S	0,00	15

Überschussverteilung

d) Tarifwerke 2007 bis 2010

Berufsklasse	ZI in %	RI in %
1	0,25 (0,50)	90
2	0,25 (0,50)	65
3	0,25 (0,50)	15
4	0,25 (0,50)	5
E	0,25 (0,50)	0
S	0,25 (0,50)	15

e) Tarifwerke ab 2012 bis 2014

Berufsklasse	ZI in %	RI in %
1	0,75 (1,00)	90
2	0,75 (1,00)	65
3	0,75 (1,00)	15
4	0,75 (1,00)	5
E	0,75 (1,00)	0
S	0,75 (1,00)	15

f) Tarifwerke ab 2015 bis 2016

Berufsklasse	ZI in %	RI in %
1	1,25 (1,50)	90
2	1,25 (1,50)	65
3	1,25 (1,50)	15
4	1,25 (1,50)	5
E	1,25 (1,50)	0
S	1,25 (1,50)	15

g) Tarifwerk 2016B

Berufsklasse	ZI in %	RI in %
1+	1,25 (1,50)	75
1	1,25 (1,50)	40
2	1,25 (1,50)	40
3+	1,25 (1,50)	60
3	1,25 (1,50)	40
4	1,25 (1,50)	40

h) Tarifwerk 2017

Berufsklasse	ZI in %	RI in %
1+	1,60	75
1	1,60	40
2	1,60	40
3+	1,60	60
3	1,60	40
4	1,60	40

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich RI jeweils um 5 %-Punkte.

Davon abweichend werden für die BUZ beim Tarif ARg090004200 keine Überschussanteile gewährt.

8.4.1.2 Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML)

Ist eine Barrente mitversichert, so kann bei Abschluss vereinbart werden, dass bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) in Prozent der tariflich vereinbarten Rente gezahlt wird.

Die BUML beträgt bei dem Tarifwerk 1992 einheitlich 30 %. Bei den Tarifwerken 1993, 1994, 2000 und 2004 kann die BUML vertragsindividuell bis zu 25 % betragen; bei den Tarifwerken 2005 bis 2012 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende Höchstgrenzen:

Berufsklasse	max. BUML in %
1	100
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

In den Tarifwerken 2013 bis 2016 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende Höchstgrenzen:

Berufsklasse	max. BUML in %
1	120
2	80
3	15
4	5
E	0
S	15

Überschussverteilung

In den Tarifwerken ab 2016B gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende Höchstgrenzen:

Berufsklasse	max. BUML in %
1+	75
1	40
2	40
3+	60
3	40
4	40

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich der angegebene maximale BUML-Satz jeweils um 5 %-Punkte.

8.4.1.3 Sofortgewinnsätze

Bei Vorliegen von bestimmten Voraussetzungen kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet werden (Sofortgewinnverrechnung).

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse folgende Sofortgewinnsätze:

a) Tarifwerke 2005 bis 2012

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	50
2	40
3	12
4	4
E	0
S	12

b) Tarifwerke 2013 bis 2016

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	55
2	45
3	12
4	4
E	0
S	12

c) Tarifwerke ab 2016B

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1+	40
1	25
2	25
3+	35
3	25
4	25

8.4.2 Versicherungen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf BUZ-Leistungen wird der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Barrente werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BUZ-Rente (BUZ-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten BUML fällig wird. Die BUZ-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte BUML sind wiederum überschussberechtigt.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten die unter Ziffer 8.4.1.1 aufgeführten Zinsüberschussanteile in gleicher Höhe.

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG

Aufsichtsrat	75
Vorstand	75
Lagebericht	76
Versicherungszweige und -arten	88
Gewinnverwendungsvorschlag	89
Bilanz	90
Gewinn- und Verlustrechnung	94
Anhang	96
Bestätigungsvermerk	107
Bericht des Aufsichtsrats	108

Aufsichtsrat	Joachim Hoof	Vorsitzender des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Dresden Vorsitzender
	Dr. Frank Walthes	Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, München stv. Vorsitzender
	Christof Ebert	Vertreter der Arbeitnehmer, Bereich Schaden-Betrieb, Dresden
	Helmar Mielich	Vertreter der Arbeitnehmer, Bereich Schaden-Mathematik, Dresden
	Marko Mühlbauer	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Vogtland, Plauen
	Roland Oppermann	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart
	Kay Rakowski	Vertreter der Arbeitnehmer, Bereich Schaden-Betrieb, Dresden
	Rolf Schlagloth	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Meißen, Meißen
	Dr. Klaus Zehner	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart
Vorstand	Gerhard Müller	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Büdenbender	
	Friedrich Scholl	

Lagebericht

Überblick

Die Gesellschaft blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurück, das von Wachstum und Ertrag geprägt war. Im Privatkundengeschäft wie auch im gewerblichen Segment wurde der Bestand weiter ausgebaut. Die Beitragseinnahmen konnten planmäßig gesteigert werden und führten in Verbindung mit einer unterdurchschnittlichen Schadenbelastung sowie den Erfolgen ertragsverbessernder Maßnahmen zu einem sehr positiven Gesamtergebnis.

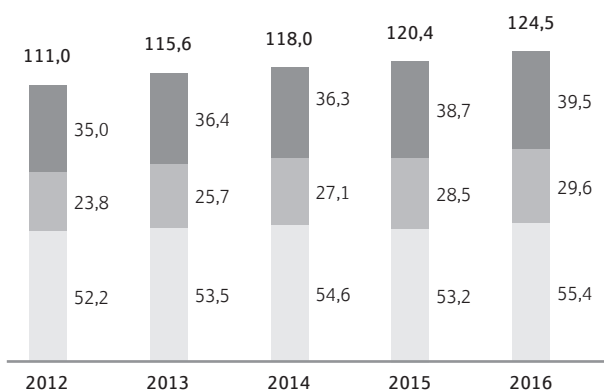
Alle von der Gesellschaft betriebenen Versicherungszweige und -arten sind auf Seite 88 aufgeführt.

Ertragslage

Beiträge

Im selbst abgeschlossenen Geschäft konnten die Beitragseinnahmen um 3,4 % auf 124,5 (Vj. 120,4) Mio. EUR gesteigert werden. Davon entfielen auf das Privatkundengeschäft 66,4 Mio. EUR, was einer Steigerung um 5,8 % entspricht. Durch die Verringerung des Engagements im Großkundensegment fiel der Anstieg im gewerblichen Geschäft mit 58,2 Mio. EUR planmäßig geringer aus (+0,8%). Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft lagen die Beitragseinnahmen bei 7,4 (Vj. 5,9) Mio. EUR. Mit 131,9 (Vj. 126,3) Mio. EUR betrug der Beitragsanstieg im Gesamtgeschäft 4,5 %.

Beitragseinnahmen des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Mio. EUR

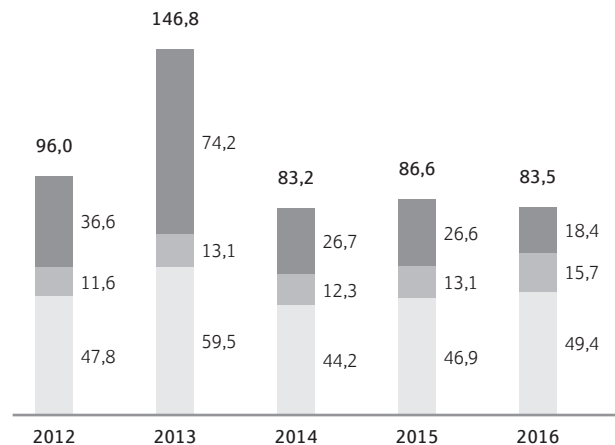


■ Sach- und sonstige Versicherungen
 ■ Allgemeine Haftpflicht- und Unfallversicherung
 ■ Kraftfahrtversicherung

Versicherungsleistungen

Das dritte Jahr in Folge konnte die Gesellschaft eine sehr gute Schadenentwicklung verzeichnen. Die Schadenaufwendungen des Geschäftsjahres verringerten sich gegenüber dem Vorjahr auf 86,3 (Vj. 89,5) Mio. EUR. Auf das selbst abgeschlossene Geschäft entfielen davon 83,5 (86,6) Mio. EUR. Damit wurde mit 67,4 % die geringste Schadenquote seit Bestehen der Gesellschaft erreicht. Im übernommenen Geschäft führte der Aufwand für Versicherungsleistungen des Geschäftsjahres in Höhe von 2,8 (Vj. 2,9) Mio. EUR zu einer Schadenquote von 44,4 (Vj. 55,9) %.

Versicherungsleistungen des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Mio. EUR



■ Sach- und sonstige Versicherungen
 ■ Allgemeine Haftpflicht- und Unfallversicherung
 ■ Kraftfahrtversicherung

Kosten

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen im Berichtszeitraum brutto 32,5 (Vj. 29,8) Mio. EUR und für eigene Rechnung 17,4 (Vj. 16,7) Mio. EUR. Das entspricht einer Brutto-Kostenquote von 24,9 (Vj. 23,9) %, die sich aus einer Abschlusskostenquote von 11,8 (Vj. 11,6) % und einer Verwaltungskostenquote von 13,2 (Vj. 12,3) % zusammensetzt, wobei das Ansteigen der Verwaltungskostenquote auf planmäßige Investitionen zurückzuführen ist. Für eigene Rechnung lag die Kostenquote bei 22,3 (Vj. 21,7) %. Im selbst abgeschlossenen Geschäft betrug die Kostenquote brutto 23,7 (Vj. 22,9) % und für eigene Rechnung 20,2 (Vj. 19,9) %.

Lagebericht

Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung wies vor Schwankungs- und Drohverlustrückstellung einen Ertrag von 8,3 (Vj. 6,3) Mio. EUR auf. Der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen wurden 4,5 (Vj. 0,3) Mio. EUR zugeführt. Die Drohverlustrückstellung wurde um 0,1 Mio. EUR verringert.

Unfallversicherung

In der Unfallversicherung erhöhte sich der Bestand an Versicherungsverträgen um 0,4 % auf 92 401 Stück. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 4,4 % auf 15,4 Mio. EUR an. Auf Grund einer Häufung von großvolumigen Schäden stieg die Schadenquote auf 66,9 (Vj. 51,1) %. Nach Verringerung der Schwankungsrückstellung um 0,1 (Vj. 0,4) Mio. EUR schloss das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung mit einem Ertrag von 1,7 (Vj. 4,5) Mio. EUR.

Haftpflichtversicherung

In der Haftpflichtversicherung wuchs der Bestand auf 127 094 (Vj. 124 985) Verträge an. Die Beitragseinnahmen stiegen um 3,5 % auf 14,2 (Vj. 13,7) Mio. EUR. Die Schadenquote ging auf 38,4 (Vj. 41,5) % zurück. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung wies einen Ertrag von 4,8 (Vj. 3,1) Mio. EUR auf.

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Der Versicherungsbestand wies in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ein Wachstum um 5,0 % auf 109 336 (Vj. 104 082) Verträge auf. Die Beiträge erhöhten sich insgesamt um 3,9 % und betrugen 33,6 (Vj. 32,3) Mio. EUR, wobei die Einnahmen im Privatkundengeschäft mit 4,9 % deutlich mehr als im gewerblichen Geschäft mit 3,1 % gestiegen sind. Die Schadenquote verbesserte sich auf 93,2 (Vj. 97,4) %. Nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,3 (Vj. 0,6) Mio. EUR ergab sich im versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung ein Verlust von 2,1 (Vj. 1,9) Mio. EUR.

Sonstige Kraftfahrtversicherungen

Entsprechend der Entwicklung in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung vollzog sich die Entwicklung in der Fahrzeugvoll- und Teilversicherung. Hier konnte mit insgesamt 77 843 (Vj. 73 282) Verträgen ein Bestandsausbau um 6,2 % erzielt werden. Die Beitragseinnahmen wurden um 4,6 % auf 21,8 (Vj. 20,8) Mio. EUR gesteigert. Durch eine gestiegene durchschnittliche Schadenhöhe verschlechterte sich die Schadenquote auf 83,0 (Vj. 74,2) %. Nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,6 Mio. wies das versicherungs-

technische Netto-Ergebnis wie im Vorjahr einen Verlust von 0,4 Mio. EUR auf.

Feuerversicherung

Durch die Reduzierung des Anteils in der Versicherergemeinschaft Großkunden der öffentlichen Versicherer verringerte sich der Bestand an Verträgen in der Feuerversicherung planmäßig um 4,8 % auf 11 491 (Vj. 12 069) Verträge. Die Beitragseinnahmen gingen entsprechend um 5,5 % auf 6,1 (Vj. 6,5) Mio. EUR zurück. Auf der Schadenseite konnte durch die in 2015 begonnenen Sanierungsmaßnahmen und damit einhergehend das Ausbleiben von Großbränden eine deutliche Entlastung erreicht werden. Die Schadenquote verbesserte sich auf 47,1 (Vj. 110,1) %. Das versicherungstechnische Nettoergebnis schloss nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,7 Mio. EUR mit einem Ertrag von 0,1 (Vj. -0,3) Mio. EUR.

Verbundene Hausratversicherung

Bei einer Anzahl von 97 872 (Vj. 96 464) Versicherungsverträgen wurden in der Verbundenen Hausratversicherung Beitragseinnahmen in Höhe von 7,1 (Vj. 6,9) Mio. EUR erzielt. Das entsprach einem Beitragswachstum von 2,8 %. Die Schadenquote betrug 27,1 (Vj. 27,0) %. Für das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung ergab sich nach Verringerung der Schwankungsrückstellung um 0,3 (Vj. 1,1) Mio. EUR wegen Überschreitens des Sollbetrages ein Ertrag von 2,2 (Vj. 3,5) Mio. EUR.

Verbundene Wohngebäudeversicherung

In der Verbundenen Wohngebäudeversicherung wurde ein Bestandsausbau um 3,8 % auf 39 357 (Vj. 37 917) Verträge erzielt. Beitragsanpassungen im Bestand bewirkten eine Steigerung der Beitragseinnahmen um 7,0 % auf 15,6 (Vj. 14,6) Mio. EUR. Durch die in 2015 begonnenen ertragsverbessernden Maßnahmen sowie das Ausbleiben von Ereignisschäden verbesserte sich die Schadenquote auf 58,2 (Vj. 79,3) %. Der Schwankungsrückstellung wurden 1,7 (Vj. -1,1) Mio. EUR zugeführt. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung lag mit einem Verlust von 2,8 (Vj. 2,8) Mio. EUR auf Vorjahresniveau.

Sonstige Versicherungsweige

In den sonstigen Versicherungsweigen erhöhte sich der Bestand um 3,8 % auf 110 893 (Vj. 106 840) Verträge. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich wie im Vorjahr auf 10,7 Mio. EUR. Davon entfielen auf die übrige Sachversicherung 8,6 Mio. EUR und auf sonstige Versicherungen 2,1 Mio. EUR. Die Schadenquote lag bei 44,6 (Vj. 58,3) %. Die Schwankungsrückstellung wurde um 1,7 (Vj. 0,7) Mio.

Lagebericht

EUR erhöht, die Drohverlustrückstellung um 0,1 Mio. EUR verringert (Vj. um 0,3 Mio EUR erhöht). Nach Rückversicherung ergab sich ein versicherungstechnischer Ertrag von 0,4 (Vj. -0,3) Mio. EUR.

Verlauf des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft ergab sich im Wesentlichen aus Retrozessionsverträgen mit der Deutschen Rückversicherung AG, Düsseldorf. Darüber hinaus wurde in geringem Umfang indirektes Geschäft bei der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft sowie im Rahmen der Beteiligung der Gesellschaft an der Extremus Versicherungs-AG gezeichnet. Die Beitragseinnahmen betragen im Geschäftsjahr 7,4 (Vj. 5,9) Mio. EUR. Die Schadenquote lag bei 44,4 (Vj. 55,9) %. Nach Verringerung der Schwankungsrückstellung um 0,8 Mio. EUR betrug das versicherungstechnische Netto-Ergebnis 1,3 (Vj. 0,1) Mio. EUR.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen sank um 0,7 Mio. EUR auf 3,2 Mio. EUR. Der Rückgang des Nettoergebnisses ist neben dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld vor allem auf Abschreibungen in Höhe von 0,7 Mio. Euro zurück zu führen. Die Nettoverzinsung sank im Geschäftsjahr auf 2,1 (Vj. 2,7) %. Die laufende Durchschnittsverzinsung, berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode, lag bei 2,4 (Vj. 2,7) %.

Jahresergebnis

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 3,5 Mio. EUR. Nach Hinzurechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergibt sich ein Bilanzgewinn von 3,5 (Vj. 4,9) Mio. EUR, über dessen Verwendung die Hauptversammlung beschließt. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist auf Seite 89 aufgeführt.

Finanzlage

Ziel der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG ist es, jederzeit alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllen zu können. Dafür werden die Kapitalanlagen langfristig an den Fälligkeiten unserer vertraglichen Verpflichtungen ausgerichtet. Das Vermögen wird dabei mit einer höchst möglichen Sicherheit und Rentabilität unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung sowie aller gesetzlichen Vorgaben angelegt. In Verbindung mit einer angemessenen Liquiditätsreserve garantiert dies sowohl die kurzfristige als auch dauerhafte Erfüllung aller Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft.

Die Liquiditätslage wird regelmäßig überprüft und ständig an die sich verändernden Situationen angepasst. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr stets gewährleistet und steht auch im laufenden Geschäftsjahr außer Frage.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenkapital ohne im Bilanzgewinn enthaltene Aktionärsdividende) ist mit 37,2 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mio. EUR angewachsen.

Zum 01.01.2016 wurde die Solvabilitätsquote I durch die Bedeckungsquote nach Solvency II abgelöst. Die geltenden Solvabilitätsanforderungen wurden hinreichend erfüllt.

Außerbilanzielle und sonstige finanzielle Verpflichtungen der Gesellschaft sind auf Seite 97 dargestellt.

Vermögenslage

Versicherungsbestand

Der Bestand an Versicherungsverträgen erhöhte sich um 2,9 % auf 666 287 (Vj. 647 653) Verträge.

Der Bestand an Kapitalanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 5,8 % auf 158,5 Mio. EUR gestiegen.

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 25,5 Mio. EUR, was einer Neuanlagequote von 16,1 % des Kapitalanlagebestandes entspricht. Der größte Teil der Bruttoneuanlage floss mit 21,6 Mio. EUR in etwa je zur Hälfte in das Renten- und das Aktiensegment des Masterfonds. Im Berichtsjahr waren Abgänge in Höhe von 16,2 Mio. EUR zu verzeichnen. Auf ein Schulscheindarlehen wurde eine Abschreibung in Höhe von 0,7 Mio. EUR vorgenommen. Zuschreibungen erfolgten nicht.

Lagebericht

Kapitalanlagen

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,2	0,1	0,2	-	-
Beteiligungen	2,0	1,2	2,0	1,3	-
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	77,9	49,1	56,3	37,6	21,6
Festverzinsliche Wertpapiere	23,5	14,9	21,8	14,6	1,7
Namenschuldverschreibungen	29,5	18,6	32,6	21,8	-3,1
Schuldscheinforderungen und Darlehen	23,4	14,8	28,0	18,7	-4,6
übrige Ausleihungen	2,0	1,3	2,0	1,3	-
Einlagen bei Kreditinstituten	-	-	7,0	4,7	-7,0
	158,5	100,0	149,9	100,0	8,6

Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind netto um 9,9 Mio. EUR auf 114,1 (Vj. 104,2) Mio. EUR gestiegen. Auf die Schadenrückstellungen entfielen davon 62,7 (Vj. 57,9) Mio. EUR. Sie erhöhten sich um 4,8 Mio. EUR

Die Schwankungsrückstellung erhöhte sich im selbst abgeschlossenen Geschäft um 4,5 Mio. EUR auf 30,4 (Vj. 25,9) Mio. EUR. Die Zuführungen betragen 5,1 Mio. EUR und ergaben sich hauptsächlich in den Verbundene Wohngebäude, Sturm, Feuer, Fahrzeugversicherung und Extended Coverage. In Höhe von 0,6 Mio. EUR wurden Schwankungsrückstellungen aufgelöst. Davon entfielen 0,4 Mio. EUR auf die Sparten Verbundene Hausrat und Haftpflicht, wo jeweils der Sollbetrag erreicht wurde. Der Sollbetrag der Schwankungsrückstellungen über alle Sparten betrug 47,0 Mio. EUR. Im übernommenen Geschäft wurde die Schwankungsrückstellung um 0,8 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR verringert.

Die Drohverlustrückstellung erreichte im Geschäftsjahr nach einer Auflösung von 0,1 Mio. EUR einen Stand von 5,0 Mio. EUR.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Gesellschaft ist entsprechend den §§ 15 ff. AktG mit der S.V. Holding AG, Dresden, die 100 % des Aktienkapitals besitzt, sowie der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Dresden, die ihrerseits 51 % der Anteile der S.V. Holding AG hält, verbunden. Die restlichen 49 % des Aktienkapitals besitzt die BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München. Diese wiederum wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München, und der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, gehalten.

Weiter ist sie mit der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden, deren Aktienkapital sich zu 100 % im Besitz der S.V. Holding AG befindet, nach den §§ 15 ff. AktG verbunden.

Im Rahmen einer Funktionsausgliederung wurden vor allem die Funktionen Vertrieb, Rechnungswesen, Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung und Vermögensanlagen der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG übertragen. Die Vermittlung von Versicherungen erfolgt im Wesentlichen durch die Außendienstorganisation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG.

Nach den Vorschriften des § 312 AktG erstellte der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen. Dieser schließt mit der Erklärung: „Die Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zu Grunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Der Umgang mit Risiken ist für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG von maßgeblicher Bedeutung. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Bereits heute verfügt die Gesellschaft über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewe-

Lagebericht

sen. Das Risikomanagement der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG gewährleistet, dass im Sinne der aufsichtsrechtlichen Anforderungen gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich konsequent an dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), den Vorgaben der Europäischen Union und EIOPA und den Auslegungsentscheidungen der BaFin. Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht dabei im Vordergrund. Die gezielte Abwägung von Risiko und Ertrag trägt damit wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei.

Die Struktur der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG stellt eine Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sicher. Dabei wird auf eine klare Trennung zwischen Risikoaufbau und deren Bewertung und Steuerung gelegt, die zusätzlich durch flankierende Maßnahmen abgesichert wird. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind eindeutig in einer Verantwortungsmatrix definiert.

Die Vorgaben zur allgemeinen sowie strategischen Risikohandhabung und -steuerung sind in einer Risikostrategie dokumentiert und werden im jährlichen Strategieaudit kritisch analysiert. Die Gesellschaft verfolgt einen primär dezentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem die Risikoidentifikation und -bewertung sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung überwiegend den operativen Funktionseinheiten obliegt.

Das Zentrale Risikomanagement verantwortet in der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG die ordnungsgemäße und wirksame Ausgestaltung und Umsetzung des Risikomanagementsystems, dessen Weiterentwicklung, die Steuerung und Koordination des Risikomanagementprozesses sowie die interne und externe Berichterstattung. Weiterhin fördert es die Risikokultur im Unternehmen. Darüber hinaus wird durch das Zentrale Risikomanagement die Risikomanagement-Funktion im Rahmen der Geschäftsorganisation ausgeübt.

Das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation der Gesellschaft ist das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt dabei ausschließlich bei den Mitgliedern des Vorstands. Neben dem Vorstand gehören dem Risikokomitee die verantwortlichen Inhaber der Solvency II Schlüsselfunktionen Risikomanagement, Compliance, Versicherungsmathematik und Revision sowie weitere Führungskräfte an. Damit können alle Risikomanagementfragen durch Beratung und Entscheidungsvorbereitung mit Verantwortlichen der höchsten Führungsebene diskutiert werden.

In den Sitzungen des Risikokomitees erfolgt gegenüber dem Vorstand die Berichterstattung zum Risikomanagementprozess, zu den Risikocontrollingmodellen, zu Kapitalanlagen und zum Kapitalanlagerisikomanagement. Auf operativer Ebene wird das Risikokomitee von den Steuerungskreisen Leben und Komposit unterstützt. Die Steuerungskreise sind unter anderem für den Aufbau, die Pflege sowie die Anpassung von Methoden und Prozessen an Unternehmensspezifika zuständig und sprechen Empfehlungen an das Risikokomitee aus.

Die Risikosituation für die Schaden- und Unfallversicherung wird mit Hilfe separater Risikotragfähigkeitskonzepte und Limitsysteme überwacht und gesteuert. Dazu beschließt der Vorstand für die Gesellschaft, ob und in welcher Höhe vorhandenes Kapital zur Bedeckung der bestehenden Risiken zur Verfügung steht (Risikokapital). Die Risikotragfähigkeit ist gewährleistet, wenn das Risikokapital die jeweilige Summe der Gesamtrisiken übersteigt um mindestens 140 % übersteigt. Zur unterjährigen Kontrolle sind Ampelsysteme und verbindliche Eskalationsprozesse definiert. Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation wird monatlich in mehrdimensionalen Perspektiven herausgearbeitet. Gleichzeitig führen die Konzernunternehmen vierteljährliche Risikoinventuren durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Konzerns auswirken können. Im Rahmen der Risikobewertung wird dargestellt, welche Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen wurden und wie sich diese Maßnahmen auswirken. Die quantitative Risikobewertung erfolgt demnach unter Berücksichtigung der bestehenden Maßnahmen, das heißt nach Steuerung. Darüber hinaus kann es Einzelrisiken geben (z.B. Kapitalanlage), für die eine Betrachtung vor Steuerung zusätzlich durchgeführt wird.

Um Risiken zu messen, zu kontrollieren und zu steuern, stehen dem Zentralen Risikomanagement und den Fachbereichen folgende qualitative und quantitative Instrumente zur Verfügung.

Allgemeine Instrumente:

- Strategien (Unternehmens-, Risiko-, Kapitalanlagestrategie)
- Jahres- und Mehrjahresplanungen
- Plan-Ist Vergleiche
- Stresstests und Sensitivitätsanalysen
- Asset-Liability-Management
- Ampelsysteme

Darüber hinaus bestehen entsprechend der jeweiligen Risikokategorie weitere spezielle Instrumente, um Risiken zu messen, zu kontrollieren und zu steuern.

Lagebericht

Risikoart	Instrument
Markt- und Kreditrisiken	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	laufende Ratingüberwachung
	Ausfallstatistiken
	Anlagegrenzen im Direktbestand
	Anlagerichtlinien bei Fonds
	Prozess zur eigenen Kreditrisikoeinschätzung
	Coverage der Landesbank Baden-Württemberg
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsplanung und -stresstests
Versicherungstechnische Risiken	Szenario- und Sensitivitätsanalysen
	mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen
	Zonierungssysteme
	Rückversicherungsmanagement
Operative Risiken	Plan-Ist Vergleiche
	interne Kontrollsysteme
	Business Continuity Managementsystem
	Kompetenzrichtlinien
	Interne Vorgaben

Das vollumfängliche Gesamtbild der jeweils aktuellen Risikosituation liefern die jährlichen Berichte im Rahmen des Regular Supervisory Reportings (RSR) und zur Solvenz- und Finanzlage (SFCR) sowie der Bericht zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA-Bericht) gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Eine Ausfertigung des RSR und des ORSA wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgelegt. Ergänzende Analysen und Informationen erhält der Vorstand in monatlicher und quartärlischer Frequenz, wie zum Beispiel in einer Vorstandssitzung bzw. im Risikokomitee oder ad hoc im Rahmen des Ad hoc-Meldeprozesses. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat vierteljährlich über das Risikoportfolio und in den Aufsichtsratssitzungen über den aktuellen Stand des Risikomanagementsystems.

Das Interne Kontrollsystem (IKS), das Compliance-Management-System und das Business Continuity Managementsystem (BCM) sind weitere wichtige Bestandteile zur Steuerung der Risikosituation. Die Einhaltung aller einschlägigen gesetzlichen und sonstigen Vorschriften (z.B. interne Vereinbarungen, Arbeitsanweisungen und Richtlinien) wird durch die Compliance-Funktion koordiniert. Der verantwortliche Inhaber der Compliance-Funktion ist Mitglied des Risikokomitees.

Die Leitlinie für die Compliance-Funktion regelt verbindliche Verhaltensgrundsätze für die Mitarbeiter. Das etablierte BCM besteht u.a. aus einem Notfallstab, einer Notfallbeauftragten sowie einem standardisierten Alarmierungsvorgehen. BCM-Pläne stellen sicher, dass die notwendigen Ressourcen für die kritischsten Geschäftsprozesse (Mitarbeiter, Räumlichkeiten, externe Dienstleister, IT-Anwendungen, Dokumente) zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war maßgeblich geprägt durch das Inkrafttreten von Solvency II, dem derzeit wichtigsten Projekt der europäischen Versicherungsaufsicht. Mit Wirkung zum 01. Januar 2016 wurden diese Neuerungen in deutsches Recht, insbesondere dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), umgesetzt. Das neue VAG wird durch verschiedene Verlautbarungen der Aufsichtsbehörde und durch unmittelbar geltende EU-Rechtsverordnungen ergänzt. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG wendet die neuen prinzipienorientierten Anforderungen auf Basis des Proportionalitätsgedankens und unter Berücksichtigung der aktuellen Risikosituation entsprechend an.

Die Weiterentwicklung des internen Risikomanagementsystems trug den immer komplexer werdenden Anforderungen Rechnung. So wurde das interne Risikocontrollingmodell der Gesellschaft zu einem Risikoradar ausgebaut. In den vier verschiedenen Sichten HGB-Bilanz, Liquidität, Aufsichtsrecht und Ökonomie werden alle identifizierten Risiken zu einer ganzheitlichen Risikobetrachtung zusammengefasst. Ergänzt wird das Risikoradar durch eine Reihe von Frühwarnindikatoren, um kurzfristig auf sich verändernde Marktentwicklungen reagieren zu können.

Um auch weiterhin bestmöglich auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, nehmen die Mitarbeiter der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG regelmäßig an Seminaren zu aufsichtsrechtlichen Themenstellungen und an quantitativen Auswirkungsstudien teil. Über Arbeitsgruppen, Erfahrungsaustausche mit den Aktionärsversicherern und Informationsveranstaltungen (GDV, BaFin, sonstige Anbieter) werden zudem ein laufender Know-how-Aufbau und eine Orientierung an Best Practice Lösungen sichergestellt.

Das Risikomanagementsystem wird jährlich durch die interne Revision geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Der unternehmensinterne Risikobegriff bezieht sich nicht nur auf die Nichterreichung explizit formulierter Ziele, sondern auch darauf, dass implizit ergebende Chancen nicht realisiert werden können. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG betrachtet demnach sowohl Risiken als auch Chancen. Die jeweiligen Risiken sind bekannt und werden bewusst gesteuert. Die Risikosituation der Kapitalanlagen ist maßgeblich von der Kapitalmarktsituation geprägt. Investitionen in höchste Qualitäten sowie eine breite Streuung versetzen die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG in die Lage, den aufsichtsrechtlichen An-

Lagebericht

forderungen jederzeit nachkommen zu können. Somit sieht sich die Gesellschaft in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen dauerhaft zu erfüllen.

Die Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG stellt sich im Detail wie folgt dar:

Ergebnisse der Risikoerhebung

Versicherungstechnische Risiken

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG betreibt die Sparten Kraftfahrt-, Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherung. Das Portefeuille der Gesellschaft ist in den einzelnen Versicherungssparten ausgewogen, wobei der Schwerpunkt in der Kraftfahrtversicherung liegt. Es gibt klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen. Als Instrumente des Risikomanagements kommen mathematisch-naturwissenschaftliche Modellrechnungen, weiterentwickelte Zonierungssysteme sowie die Optimierung des Rückversicherungsschutzes aktiv zum Einsatz.

Die versicherungstechnische Risikosituation eines Schaden- und Unfallversicherers ist wesentlich geprägt durch das Prämienrisiko, das Reserverisiko und das Rückversicherungsrisiko. Mit Hilfe verschiedener Vorkehrungen erreicht die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, dass die beschriebenen Risiken transparent und somit kontrollierbar gemacht werden.

a) Prämienrisiko

Das Prämienrisiko besteht darin, dass die kalkulierten Prämien für die Schadenbelastung und Kosten nicht ausreichend sind. Um das Prämienrisiko beherrschbar zu gestalten, basiert die Kalkulation unserer Produkte auf einer breiten Basis ausgewählter Rechnungsgrundlagen und mathematisch-statistischer Verfahren. Es werden u. a. Daten des Verbandes öffentlicher Versicherer (VöV) sowie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) zur Kalkulation herangezogen.

Zur Risikosteuerung des Portefeuilles gibt es in allen Sparten Annahme- und Zeichnungsrichtlinien. Ein Fachcontrolling analysiert und bewertet kontinuierlich die Schaden- sowie auch die produktspezifischen Beitrags- und Kostenentwicklungen. Aus den Erkenntnissen und der Abschätzung der künftigen Entwicklung werden Maßnahmen sowie ggf. ein Re-Underwritingprogramm abgeleitet. Darüber hinaus sind in nahezu allen Verträgen Beitragsanpassungsmöglichkeiten bei geänderter Risikosituation vorgesehen. Im Geschäftsjahr wurde aufgrund der Schadenentwicklung in der Verbundenen Wohngebäude Versicherung eine erneute Beitragsanpassung umgesetzt. Für die Sparten der Feuerversicherung wurde in 2016 die in den Vorjahren begonnene Portefeuilleumstrukturierung konsequent weitergeführt.

Mit der Existenzversicherung bietet die Gesellschaft ein Produkt in der Unfallversicherung an, das für den Versicherer einen Verzicht auf das ordentliche Kündigungsrecht enthält und mit gleichbleibenden Beiträgen über die Vertragslaufzeit kalkuliert ist. Dadurch sind die Prämien zu Beginn der Vertragslaufzeit höher und zum Ende der Laufzeit niedriger als zur Deckung des Schadenaufwandes benötigt. Um den aus den biometrischen Risiken herrührenden Verpflichtungsüberhang angemessen zu berücksichtigen, wird eine Beitragsdeckungsrückstellung gebildet.

Mit der Einführung des Produktes Sorglos Leben (Personenschutzbrief) gegen Einmalbeitrag im Geschäftsjahr wird ein Produkt mit einem lebenslangen Versicherungsschutz angeboten. Es erfolgt eine einmalige Beitragszahlung bis zum Ablauf des Versicherungsjahres, in dem die versicherte Person das 80. Lebensjahr vollendet hat. Danach schließt sich ein beitragsfreier Versicherungsteil an, für dessen künftige Verpflichtungen eine Beitragsdeckungsrückstellung gebildet wird.

b) Reserverisiko

Das Reserverisiko besteht darin, dass insbesondere im Long-Tail-Geschäft die Auszahlungen für eingetretene Schäden die dafür gebildeten Rückstellungen übersteigen.

Die versicherungstechnischen Einzelschadenrückstellungen für bekannte Schäden bemisst die Gesellschaft kaufmännisch auskömmlich durch eine bestmögliche Einschätzung aller Umstände (z.B. medizinische und wirtschaftliche Entwicklung). Bei großen Personenschäden werden zudem Rehaexperten hinzugezogen. Bei Veränderung des Sachverhaltes werden Anpassungen vorgenommen. Darüber hinaus werden auf Basis aktueller Methoden zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekannte Schäden gebildet.

Die Rückstellungen werden durch systematische Analysen mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden bewertet und überwacht. Abwicklungsergebnisse werden laufend kontrolliert. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden umgesetzt.

In den letzten Jahren entwickelten sich die Brutto-Schadenquoten mit und ohne Kumulereignissen sowie die Brutto-Abwicklungsergebnisse der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG im selbst abgeschlossenen Geschäft wie folgt:

Lagebericht

	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
Geschäftsjahresschadenquote in % der verdienten Beiträge incl. Kumulereignisse	67,4	72,3	70,7	127,0	86,4	77,1	95,2	83,3	82,5	90,8	79,1
Geschäftsjahresschadenquote in % der verdienten Beiträge excl. Kumulereignisse	66,9	71,1	70,7	78,0	84,5	75,8	83,4	83,3	80,6	82,7	75,6
Abwicklungsergebnis in % der Eingangsschadenrückstellung	6,3	7,3	5,4	8,1	8,3	5,4	11,4	8,2	11,4	14,4	12,8

Kumulsschadenereignisse ab 0,5 Mio EUR

Zusätzlich werden nach den handelsrechtlichen Berechnungsvorgaben Schwankungsrückstellungen sowie Drohverlustrückstellungen gebildet.

c) Rückversicherungsrisiko

Das Rückversicherungsrisiko besteht in der Fehleinschätzung unserer Exposure und dem Ausfall von Rückversicherern.

Mit einer sicherheitsorientierten Rückversicherungsstrategie wird bei den versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung aus Kumulereignissen wie auch Schwankungen aus größeren Einzelschäden begrenzt.

Ein wesentliches Risiko – insbesondere als regionaler Versicherer – ist das Zufalls- und Konzentrationsrisiko aus Elementarschadenereignissen. Naturkatastrophen dieses und der vergangenen Jahre deuten darauf hin, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Intensität solcher Schadenereignisse weiterhin zunehmen werden. Um das Risiko der Fehleinschätzung zu minimieren, führt die Gesellschaft regelmäßig zusammen mit verschiedenen Rückversicherungspartnern Analysen und Bewertungen unseres Elementarschadenexposure durch.

Um auch bei Großschäden, Kumulereignissen und im Long-Tail-Geschäft das Risiko von Forderungsausfällen bei den Rückversicherern zu begrenzen, werden fortlaufend deren Bonität und die aktuellen Ratings beobachtet. Zusätzlich diversifiziert die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG das Elementarschadenrückversicherungsprogramm auf mehrere Rückversicherer und platziert einen Großteil der sonstigen Rückversicherung bei den gruppeninternen Rückversicherern.

Insgesamt betrachtet kann aus heutigen Gesichtspunkten die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber dem Kunden als gesichert angesehen werden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die ausstehenden Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 4,1 Mio. EUR. Davon bestanden 1,7 Mio. EUR Forderungen mit mehr als 90 Tage zurückliegendem Fälligkeitszeitpunkt. Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre lag bei

6,8 %. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurden entsprechende Wertberichtigungen gebildet. Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft werden als nicht bestandsgefährdend eingestuft. Aus Rückversicherungsbeziehungen bestanden zum Bilanzstichtag Forderungen in Höhe von 4,4 Mio. EUR. Forderungsausfälle waren in der Vergangenheit nicht zu verzeichnen. Das Rückversicherungsgeschäft wird ausschließlich mit Rückversicherern getätigt, die über sehr gute Bonitäten verfügen.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auftreten.

Durch laufende Beobachtung der Entwicklung auf den Kapitalmärkten und erstellte Marktprognosen werden alle Anlageentscheidungen ständig überprüft. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht für Kapitalanlagen werden mit Hilfe quantitativer Grenzen und qualitativer Vorgaben gesteuert.

Mit einer angemessenen Diversifikation nach kennzahlenorientierten Kriterien und inhaltlichen Vorgaben wird diesen Risiken entgegengewirkt. Die strategische Ausrichtung richtet sich im Wesentlichen an den Liquiditätserfordernissen der Passivseite auf der einen und dem vorhandenen Risikokapital auf der anderen Seite aus. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG investiert in ein breit diversifiziertes Portfolio überwiegend guter bis sehr guter Bonitäten. Die Anlagen verteilen sich ausgewogen auf Staatsanleihen, Pfandbriefe und Anleihen von Emittenten aus dem Finanzsektor. Darüber hinaus stabilisieren zusätzliche Assetklassen wie Aktien und Unternehmensanleihen den Kapitalanlagenbestand. Zur weiteren Beimischung werden zukünftig auch Investitionen in Infrastrukturprojekte getätigt. Die Kapitalanlagestrategie der Gesellschaft sieht für 2017 eine konsequente Fortsetzung der bisherigen konservativen Anlagepolitik vor.

Insgesamt stehen zur Pufferung dieser Risiken stille Reserven der Kapitalanlagen sowie ein ausreichend hoher Bestand an Eigenkapital zur Verfügung. Bei Eintreten der unter dem Punkt a) Marktrisiken geschilderten Stressszenarien werden die Anforderungen der versicherungstechnischen Verpflichtungen erfüllt und übertroffen. Es ist gewährleistet, dass die

Lagebericht

Gesellschaft ihre gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen bedienen kann.

Im Rahmen der budgetorientierten Risikosteuerung wurde für Risiken der Kapitalanlagen mit GuV-Wirkung ein Risikobudget i. H. v. 10 Mio. Euro festgelegt. Im zu steuernden Szenario (VaR, 99,5 %) betrug die Auslastung des Budgets per 31.12.2016 3,1 Mio. Euro.

a) Marktrisiken

Marktrisiken können durch ungünstige Entwicklungen bei Zinsen oder Kursen von Wertpapieren entstehen. Um ein mögliches Risikovolumen ermitteln zu können, werden in regelmäßigen Abständen verschiedene Szenarien analysiert.

Zur Überprüfung der Marktrisiken wurden unterschiedliche Stresstests durchgeführt. Die Stresstests wurden bestanden.

Ein unterstelltes Szenario mit einem Rückgang der Aktienkurse um 24 % würde zu einer Verminderung der Marktwerte um 7,8 Mio. Euro führen. Da die Aktienengagements im Masterfonds eingebettet sind, kommt es nur dann zu Abschreibungen, sofern der Masterfonds als Ganzes dauerhaft und maßgeblich unterhalb des Buchwertes notiert.

Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere würde das unterstellte Stressszenario mit einem Marktwertrückgang um 10 % zu einer Verminderung der Marktwerte um 14,1 Mio. Euro führen. Da die Papiere zu Nennwerten bzw. Anschaffungskosten wie Anlagevermögen bewertet werden, ergäbe sich daraus keine ergebniswirksame Konsequenz.

Es besteht deshalb nach heutigen Erkenntnissen keine Gefährdung der Garantien aus den eingegangenen Verpflichtungen durch das Marktrisiko. Eine laufende Überprüfung und Aktualisierung der Risikoeinschätzung ist sichergestellt.

b) Kreditrisiken

Kreditrisiken können eintreten, wenn Schuldner oder Kontrahenten insolvent werden. Durch die Überprüfung der entsprechenden Kontrahenten- und Emittentenlimite wird das Kreditrisiko überwacht. Um das Kreditrisiko zu minimieren, erfolgen die Investitionen breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Die Kapitalanlagen sind überwiegend in Anlagen des besseren Investmentgrade-Bereichs investiert. Nachfolgende Tabellen geben die Aufteilung der Kapitalanlagen des Gesamtbestandes nach Art des Emittenten und des Ratings wieder.

Art des Emittenden	Mio. EUR	in %
öffentliche Schuldner	62,0	39,1
Pfandbriefe	34,7	21,9
Kreditinstitute ohne Pfandbriefe	26,8	16,9
Unternehmensanleihen	5,5	3,5
Publikumsfonds Aktien	26,1	16,5
Rest	3,4	2,1
	158,5	100,0

Rating	Mio. EUR	in %
AAA	72,1	45,5
AA	23,7	15,0
A	12,9	8,1
BBB	18,5	11,6
High Yields	2,0	1,3
ohne Rating	29,3	18,5
	158,5	100,0

Die Anlagen ohne Rating umfassen die strategischen Beteiligungen sowie das Aktiensegment im Masterfonds.

Von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG werden Nachrangpapiere im Kapitalanlagebestand gehalten. Derzeit wird davon ausgegangen, dass keine Nachträge ausfallen werden.

Für das Portfolio besteht aus unserer Sicht keine Gefahr einer dauernden Wertminderung.

c) Liquiditätsrisiken

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken wird die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen nach den Bedürfnissen der Passivseite ausgerichtet, wobei die Wahrung der strukturellen Liquidität der nächsten Jahre von besonderem Gewicht ist. Die kurzfristige Liquidität wird mittels einer Liquiditätsplanung gesteuert, die alle prognostizierten Zahlungsströme des laufenden Jahres erfasst. Um unerwarteten Liquiditätsanforderungen – auch in erheblichem Ausmaß – begegnen zu können, ist stets ein Teil der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen investiert, die jederzeit schnell und ohne größere Kursrisiken veräußert werden können. Zusätzlich werden Liquiditätsstresstests durchgeführt, um die Sensitivität des Bestands in ungünstigen Marktphasen zu analysieren.

Lagebericht

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können im Zusammenhang mit unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen auftreten. Insbesondere können solche Risiken durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen oder durch externe Einflüsse entstehen. Unter operationellen Risiken werden z.B. die Störung oder der Ausfall des Verwaltungsgebäudes, von technischen Systemen bzw. der Informationstechnik wie auch dolose Handlungen und Bearbeitungsfehler zusammengefasst. Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen ergeben. Die gesetzgeberischen Aktivitäten sowie die aktuelle Rechtsprechung werden daher laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen reagieren zu können. Mit Hilfe eines Trainings- /Schulungstools werden die Mitarbeiter für compliance relevante Sachverhalte weiter sensibilisiert.

Das wesentliche Instrument zur Begrenzung der operationellen Risiken ist das Interne Kontrollsystem (IKS). Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, Abstimmungs- und Plausibilitätsprüfungen sowie hierarchisch abgestufte Vollmachten und Berechtigungen wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden oder auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die Führungskräfte der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG sind gehalten, neben der Beschreibung der risikobehafteten Geschäftsprozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen auch die Auswirkungen auf Wirtschaftlichkeit, Daten und Compliance zu bewerten. Die Nettorisiken nach Wirkung der Kontrollmaßnahmen sind zu überwachen und ab einem definierten Schadenerwartungswert ist das Zentrale Risikomanagement zu informieren. Die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems wird planmäßig und fortlaufend durch die Interne Revision überwacht.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG misst der Informationssicherheit große Bedeutung bei. Daher existieren für die Sicherheit und Stabilität der IT-Systeme umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Anforderungen nach dem BSI-Grundschutz abdecken. Im Focus stehen die Maßnahmen für schutzbedürftige Daten durch den Einsatz von entsprechenden Technologien der technischen Infrastruktur, Notfall- und Vorsorgepläne sowie organisatorische und personelle Maßnahmen. Bestehende Notfallkonzepte werden anhand potentieller Szenarien überprüft, um eine bestmögliche Sicherheit der IT-Systeme zu gewährleisten. Dies schließt aufgrund geographischer Gegebenheiten auch die Standortwahl der zentralen IT-Technik und eines Backup-Rechenzentrums ein. Dieses vollredundante Rechenzentrum wurde bis zur Jahresmitte 2016 aufgebaut und produktiv geschaltet.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG verwendet die IT-Anwendungslandschaft der SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart. In gemein-

samen Gremien werden die strategische Weiterentwicklung der Systeme und die Beauftragung des gemeinsamen IT-Dienstleisters – SV Informatik GmbH (SVI) – abgestimmt. Damit und durch konsequente Projektsteuerung sowie durch Überprüfung der Projektfortschritte werden finanzielle, technische und fachliche Störungen weitestgehend vermieden. Die zu erbringenden Dienstleistungen der SVI sind vertraglich vereinbart. In regelmäßigen Kundengesprächen werden der Gesellschaft Risikoberichte übergeben und der aktuelle Status besprochen und überwacht. Derzeit bestehen keine nennenswerten Risiken.

Strategische Risiken

Das strategische Risiko spiegelt sich in möglichen Verlusten wider, die sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder aus einer fehlenden Anpassung der Geschäftsstrategie an ein verändertes Wirtschaftsumfeld ergeben können. Eine umfassende Palette an laufenden Maßnahmen, wie zum Beispiel Vertriebspartnerbefragungen, Testkäufe oder Standards im Verkauf, kommen in der Gesellschaft zum Einsatz, um strategische Risiken konsequent zu managen. Darüber hinaus werden die strategischen Risiken in Vorstands- und Führungskräfte-Sitzungen/-Klausuren bzw. im Risikokomitee regelmäßig diskutiert.

Reputationsrisiko

Unter Reputationsrisiko wird die mögliche Beschädigung des Rufes der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verstanden. Mögliche Ursachen können zum Beispiel Verschlechterung von Ratings oder Medienkritik sein. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wird eine intensive Öffentlichkeits- und Pressearbeit betrieben. In der Aufbau- und Ablauforganisation hat die Gesellschaft zudem zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren.

Chancenbericht

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen vereint Lebens- und Schaden-/Unfallversicherung unter einem Dach. Mit den Versicherungsaktivitäten der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG werden profitable Wachstumspotenziale erschlossen. Das geschäftliche und ideelle Fundament bilden die traditionsreiche Verbundenheit mit der Region, die Zusammenarbeit mit den sächsischen Sparkassen und Agenturen und das Selbstverständnis als Serviceversicherer. Die Gesellschaft übernimmt Risiken aus den unterschiedlichsten Bereichen des privaten und gewerblichen Lebens und bietet den Kunden umfangreichen finanziellen Schutz. Um die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG vor den daraus entstehenden Risiken zu schützen, wurde ein umfangreiches Risikomanagementsystem etabliert. Damit

Lagebericht

ist die Gesellschaft gut gerüstet, um sich bietende Chancen zu ergreifen.

Für die zukünftige Geschäftsentwicklung der Gesellschaft besitzen Schadenereignisse und Naturkatastrophen einen maßgeblichen Einfluss. Die Experten der Gesellschaft analysieren dazu regelmäßig die einzelnen Schäden und Katastrophen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen werden Produktlösungen optimiert, um die Marktposition weiter auszubauen. Mit erfolgreichen Neuentwicklungen wird zusätzliches profitables Geschäft generiert. Durch die weitere zunehmende Sensibilisierung für Gefahren durch Unwetter und Unfälle und der weitere Ausbau und die Optimierung der Vertriebswege wird zudem gestiegenes Neugeschäftspotenzial gesehen.

Beim Kauf von Versicherungen nutzen unsere Kunden zunehmend klassische und digitale Kanäle parallel. Gemeinsam mit unseren starken regionalen Vertriebspartnern sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um den Kundenservice kontinuierlich zu verbessern. Damit wird angestrebt in Zukunft genau dort für unsere Kunden da sein, wo sie den Versicherungsschutz nachfragen. So entsteht getreu unserem Motto menschlich & digital aus der regionalen Nähe auch eine digitale Nähe zu unseren Kunden.

Zur vertiefenden Einschätzung der Chancen wird an dieser Stelle auf unsere Ausführungen im Ausblick sowie den Prognosebericht verwiesen.

Zusammenfassende Darstellung und Ausblick

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und zukünftige Risiken zu erkennen, angemessen zu bewerten und zu steuern. Die zentralen Risiken für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG bestehen in den Bereichen Elementarversicherungen und Kapitalanlagen. Aus heutiger Sicht können Gefährdungen, welche die Finanzlage wesentlich beeinträchtigen, durch die internen Steuerungsprozesse vermieden werden.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr uneingeschränkt gegeben. Den ermittelten Risiken mit GuV-Wirkung (VaR, 99,5 %) in Höhe von 19,5 Mio. Euro stand ein Risikokapital von 67,3 Mio. Euro gegenüber. Die strategische Zielstellung zur Risiko-Bedeckungsquote von mindestens 140 % wurde zum 31.12.2016 übererfüllt.

Die aktuellen aufsichtsrechtlichen Bedeckungsanforderungen unter Solvency II wurden für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG erfüllt.

In Bezug auf die bestehenden Chancen gilt es im Wesentlichen, Maßnahmen zur Steigerung des Neugeschäfts und zur Optimierung der Prozesse nachhaltig umzusetzen.

Zusammengefasst sind für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG keine Entwicklungen oder Risiken erkennbar, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst war der Aufsichtsrat der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG verpflichtet, bis zum 30. September 2015 verbindliche Zielgrößen für den Anteil von Frauen im Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft festzusetzen. Die Umsetzung der verbindlichen Zielquoten soll bis 30. Juni 2017 abgeschlossen sein.

Der Aufsichtsrat der SAS weist aktuell einen Anteil von Frauen von 0 % auf. Für den Aufsichtsrat ergeben sich Abhängigkeiten zu dem zur Verfügung stehenden Kandidatenkreis. Von Seiten der Aktionäre kommen für eine Wahl in den Aufsichtsrat regelmäßig Vorstandsvorsitzende der sächsischen Sparkassen, Vorstandsvorsitzende bzw. Vorstandsmitglieder der Aktionärsunternehmen sowie Präsidenten/-innen bzw. stellvertretende Präsidenten/-innen der entsprechenden Sparkassenverbände in Betracht. Für die Wahl der Arbeitnehmervertreter/-innen zeichnet die Belegschaft verantwortlich. Unter Berücksichtigung dieser Abhängigkeiten hat der Aufsichtsrat beschlossen, den Status quo fortzuschreiben und Frauenanteil zu erhöhen, wenn die Gegebenheiten und die persönliche Eignung es zulassen. Gleiches gilt unter Berücksichtigung der laufenden Dienstverträge für den Vorstand des Unternehmens, der aktuell einen Anteil an Männern von 100 % aufweist.

Für die beiden oberen Führungsebenen hat der Vorstand im Rahmen seiner Zuständigkeit eine Fortschreibung des Status quo beschlossen. Demnach beläuft sich die aufgrund der Geschäftsorganisation unternehmensübergreifend festgesetzte Mindestzielquote von Frauen an Führungsaufgaben in der ersten Führungsebene auf 14 % und in der zweiten Führungsebene auf 60 %. Gleichzeitig gilt der Grundsatz, dass eine Erhöhung des Frauenanteils in der ersten Führungsebene auch über den Status quo hinaus angestrebt wird, wenn die Gegebenheiten wie etwaig zu besetzende Funktionen und die persönliche Eignung von Bewerberinnen dies zulassen.

Prognosebericht

Der strategische Fokus der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG liegt auch für 2017 im Ausbau des Privatkundengeschäfts. Die konsequente Weiterentwicklung der Produktkonzepte sowie innovative Neuprodukte werden unsere Position im Privatkundengeschäft weiter stärken.

Die für 2016 erwartete Beitragssteigerung im selbst abgeschlossenen Geschäft konnte mit +3,4 % erreicht werden. Für 2017 erwartet die Sparkassen-Versicherung Sachsen

Lagebericht

Allgemeine Versicherung AG in der Schaden- und Unfallversicherung für das selbst abgeschlossene Geschäft eine Steigerung der Beitragseinnahmen um 4,6 % (Markt +2,1 %¹). Unter Berücksichtigung des einmaligen Effektes eines Ende 2016 neu eingeführten Produktes gegen Einmalbeitrag ergibt sich eine Steigerung um 7 %. Im Privatkundengeschäft gehen wir in allen Sparten auch ohne Einmalbeiträge von überdurchschnittlichen Wachstumsraten aus. Diese liegen mit insgesamt +6 % deutlich über dem gewerblichen Geschäft (+3 %). Das geringere Wachstum spiegelt den in 2017 fortgesetzten Abbau des Industrieportefeuilles sowie die Umstrukturierungen im gewerblichen Kraftfahrtgeschäft wider.

Im übernommenen Geschäft wurde die erwartete Beitragsentwicklung ebenfalls erreicht. 2017 erwarten wir ein moderates Wachstum in diesem Geschäftsfeld.

Auf der Schadenseite konnte 2016 an die gute Entwicklung von 2015 angeknüpft werden. Für 2017 gehen wir davon aus, dass die ertragsorientierten Bestandsmaßnahmen im gewerblichen Geschäft sowie die Veränderung der Bestandszusammensetzung zu einer Schadenquote auf dem Niveau von 2016 führen werden. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG blieb 2016 weitestgehend von Groß- und Ereignisschäden verschont. Für 2017 gehen wir hier von einer mittleren Schadenerwartung aus.

Aufgrund geplanter Investitionen werden die Kostenquoten in 2017 voraussichtlich leicht ansteigen. Es wird aber weiterhin von einer marktunterdurchschnittlichen Entwicklung ausgegangen.

Die combined ratio f.e.R. wird 2017 damit leicht über dem Niveau von 2016 liegen. Insgesamt werden die Substanz und die Erträge des Unternehmens durch die Maßnahmen weiter gestärkt werden.

Zum 01.01.2016 wurde die Solvabilitätsquote I durch die Bedeckungsquote nach Solvency II abgelöst. Auf Basis der Prognosen erwartet die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, dass die neuen Solvabilitätsanforderungen im Jahr 2017 problemlos erfüllt werden.

Die derzeitige Niedrigzinsphase führt aufgrund der verhältnismäßig kurzen Laufzeiten der Kapitalanlagen zu sinkenden Erträgen. 2017 soll die Neuanlage daher unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit verstärkt in Investmentfonds und alternative Assetklassen erfolgen. Es wird davon ausgegangen, dass dadurch sowohl die laufende Durchschnittsverzinsung als auch die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen auf dem Niveau von 2016 stabilisiert werden. Da das Kapitalanlageergebnis insgesamt eine eher untergeordnete Rolle spielt, werden daraus kurzfristig keine bedeutenden Auswirkungen erwartet.

Diese Aussagen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Geschäftsentwicklung nicht von nachteiligen rechtlichen oder steuerlichen Neuregelungen sowie außergewöhnlichen Elementar- und Großschadensereignissen beeinflusst wird.

¹ GDV: Geschäftsaussichten in der Versicherungswirtschaft, Stand November 2016

Versicherungszweige und -arten

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raub-Versicherung

Leitungswasser-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen ¹

Transportversicherung ¹

Kredit- und Kautionsversicherung ¹

Extended Coverage-Versicherung

Betriebsunterbrechungsversicherung

Beistandsleistungsversicherung

Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Schadenversicherung

¹ Diese Versicherungszweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn ergibt sich wie folgt:

	EUR
Jahresüberschuss	3 452 757,14
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	36 558,71
Bilanzgewinn	3 489 315,85

Der Hauptversammlung wird folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende	1 079 000,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	2 400 000,00
Vortrag auf neue Rechnung	10 315,85

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		225 000,00			225
2. Beteiligungen		1 963 384,64			1 963
			2 188 384,64		2 188
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		77 855 598,96			56 308
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		23 547 339,31			21 839
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	29 533 015,25				32 607
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	23 410 135,12				27 965
c) übrige Ausleihungen	2 000 000,00	54 943 150,37			2 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten		-			7 000
			156 346 088,64		147 719
III. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			2 892,05		5
				158 537 365,33	149 912
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			4 120 043,09		4 433
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR - (161 294,26)			4 440 040,28		2 400
III. Sonstige Forderungen davon verbundene Unternehmen: EUR 240 511,18 (137 652,40)			271 441,16		248
				8 831 524,53	7 081

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			24 354,22		25
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			7 668 448,85		6 631
				7 692 803,07	6 656
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			987 351,28		1 198
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			22 324,13		5
				1 009 675,41	1 203
				176 071 368,34	164 852

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		6 150 000,00		6 150
II. Kapitalrücklage		13 578 194,68		13 578
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage		1 449,74		1
2. andere Gewinnrücklagen		15 075 240,13		12 275
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag: EUR 36 558,71 (57 242,96)		3 489 315,85		4 916
			38 294 200,40	36 920
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			-	4 000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	15 287 793,68			13 549
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3 260 810,73	12 026 982,95		3 065
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	3 193 000,00			2 414
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1 589 699,00	1 603 301,00		1 207
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	121 242 559,51			117 301
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	58 578 154,79	62 664 404,72		59 424
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	584 200,00			612
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	175 260,00	408 940,00		183
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		31 581 677,00		27 853
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	5 812 786,40			6 372
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	46 700,00	5 766 086,40		59
			114 051 392,07	104 163

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3 052 665,00		2 744
II. Steuerrückstellungen		882 750,00		1 020
III. Sonstige Rückstellungen		2 405 402,00		1 849
			6 340 817,00	5 613
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			4 150 257,78	4 340
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		2 262 045,67		1 473
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		6 817 637,77		2 528
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 2 083 274,77 (2 053 862,35) verbundene Unternehmen: EUR 1 941 927,42 (3 258 215,51)		4 155 017,65		5 815
			13 234 701,09	9 816
			176 071 368,34	164 852

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. III. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und § 341 g HGB sowie der auf Grund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Dresden, den 10. Februar 2017

Der Verantwortliche Aktuar
Martin Wurster

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	131 928 005,15			126 270
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	52 106 797,37			48 013
		79 821 207,78		78 257
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-1 738 565,99			-1 351
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	- 196 273,50			- 416
		-1 542 292,49		- 935
			78 278 915,29	77 322
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			26 923,74	- 30
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			227 275,77	248
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	74 413 416,93			84 619
bb) Anteil der Rückversicherer	27 856 455,71			32 919
		46 556 961,22		51 700
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	3 941 536,25			-4 657
bb) Anteil der Rückversicherer	- 845 750,02			-6 067
		4 787 286,27		1 410
			51 344 247,49	53 110
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung			396 272,00	375
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen			- 546 197,82	115
			- 149 925,82	490
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			389 829,49	408
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		32 478 777,79		29 846
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		15 026 467,19		13 101
			17 452 310,60	16 745

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			593 002,02	674
9. Zwischensumme			8 903 651,02	6 113
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			-3 728 321,00	- 591
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			5 175 330,02	5 522
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen EUR - (-)	188 027,82			180
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3 757 717,05			3 840
c) Gewinne aus Abgang von Kapitalanlagen	129 821,34			-
		4 075 566,21		4 020
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	230 658,10			158
b) Abschreibungen	650 138,79			-
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	895,74			9
		881 692,63		167
		3 193 873,58		3 853
3. Technischer Zinsertrag		- 122 437,74		- 109
			3 071 435,84	3 744
4. Sonstige Erträge		997 647,32		1 181
5. Sonstige Aufwendungen		3 298 331,96		2 984
			- 2 300 684,64	-1 803
6. Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit			5 946 081,22	7 463
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2 482 427,71		2 601
8. Sonstige Steuern davon Organschaftsumlage: EUR 8 345,37 (949,76)		10 896,37		4
			2 493 324,08	2 605
9. Jahresüberschuss			3 452 757,14	4 858
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			36 558,71	57
12. Bilanzgewinn			3 489 315,85	4 915

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgte in drei Fällen durch Anwendung der Equity-Methode. Für eine Beteiligung fand ein externes Wertgutachten Verwendung. Von einer Beteiligung liegt eine Wertmitteilung der Gesellschaft vor. Bei den übrigen Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde der Zeitwert mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen sind mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Ihr Zeitwert wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Wertpapierkursen angesetzt. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen und verbrieft Einlagen bei Kreditinstituten sind ebenfalls mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten ausgewiesen. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt. Dies erfolgte mithilfe von Renditekurven, welche gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst wurden.

Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341c HGB wurde im Geschäftsjahr 2011 von Nennwertbilanzierung auf Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten umgestellt. Bei allen Rentenpapieren wurden Agio- und Disagioträge durch Amortisationen mit der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt.

Bei den auf fremde Währung lautenden Wertpapieren und Anteilen wurden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet. Zum Bilanzstichtag wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger mit dem Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank umgerechnet. Die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung werden gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst.

Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer pauschal wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen.

Sonstige Aktivposten werden, sofern keine pauschale Wertberichtigung vorgenommen wurde, mit den Nominalwerten angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge beim selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden nach der taggenauen Berechnungsmethode ermittelt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen berechnet. Die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile wurden nach dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 abgesetzt. Für Einmalbeitragsprodukte in der Sparte Beistandsleistung fanden die Regelungen des BMF-Erlasses auf der Ebene einzelner Zeichnungsjahre Anwendung.

Die Beitrags-Deckungsrückstellung wurde einzelvertraglich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden gemeldeten Schaden entsprechend der Sachlage laut Schadenmeldung geschätzt und mit fortschreitender Schadenermittlung jeweils den neuesten Erkenntnissen angepasst. Für Spätschäden wurde nach aktuariellen Methoden eine angemessene Rückstellung gebildet. Den bei der Abwicklung der offenen Schäden noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen wurde durch Rückstellungen nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 Rechnung getragen. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Der in der Rentendeckungsrückstellung enthaltene technische Zinsertrag umfasst die Zinszuführung zur Rentendeckungsrückstellung und wurde gemäß § 38 RechVersV dem versicherungstechnischen Bereich zugeordnet. Die Rückversichereranteile wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet und um den entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelten Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft vermindert.

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden nach § 29 und § 30 Abs. 1 RechVersV und den in der Anlage zu dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften gebildet. Für in Rückdeckung übernommene Versicherungen von Terrorrisiken wurde nach § 30 Abs. 2a RechVersV eine Terrorrisikenrückstellung gebildet.

Anhang

Die Rückstellung für drohende Verluste aus dem Versicherungsgeschäft wird gemäß § 341e Abs. 2 Satz 3 gebildet. Grundlage für die Bemessung sind die nach dem Bilanzstichtag zu erwartenden Schäden und Kosten, die in einigen Versicherungszweigen durch die Beiträge voraussichtlich nicht gedeckt werden können. Zukünftige drohende Verluste aus Naturkatastrophen werden auf Basis des erwarteten 200-jährigen Schadens und des erwarteten mittleren Schadens aus Naturgefahren mit versicherungsmathematischen Methoden ermittelt. Die Rückstellung berechnet sich aus der Differenz des erwarteten 200-jährigen Schadens und des erwarteten mittleren Schadens unter Berücksichtigung des auf Naturgefahren entfallenden Teils der Schwankungsrückstellung.

In der Höhe der voraussichtlich zurück zugewährenden Beiträge wegen Fortfalls oder der Verminderung des technischen Risikos wurde eine Stornorückstellung gebildet. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Bei Pensionsrückstellungen erfolgte die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit dem Teilwertverfahren bzw. der PUC-Methode und der Deferred Compensation mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 4,01 %. Bei gehaltsabhängigen Pensionszusagen wurde eine erwartete Gehaltssteigerung von 1,90 % sowie eine Rentendynamik von 1,90 % zugrunde gelegt. Der Ansatz einer Fluktuationsrate war aufgrund der Besonderheiten in der Struktur der Pensionsverpflichtungen nicht relevant. Der Gesetzgeber hat für die Berechnung der Rückstellungen von Altersversorgungsverpflichtungen den Durchschnittszeitraum, der für die Höhe des Rechnungszinses maßgebend ist, von 7 auf 10 Jahre verlängert. Ab 2016 ist die Pensionsrückstellung auf Basis des 10-Jahres-Durchschnittszinses maßgebend. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellung nach Maßgabe des 10-jährigen und des 7-jährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf 288 TEUR.

Die Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurde unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf der Grundlage des IDW – RS HFA 3 für geregelte Fälle mit einem Zinssatz von 1,59 % und für ungeregelte Fälle von 1,81 % sowie einem Entgelttrend von 2,50 % p.a. gebildet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen des Bestandes von zwei Jahren wurde berücksichtigt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die entsprechenden Wertpapiere wurden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die Bewertung des Verpflichtungsumfangs für Dienstjubiläen wurde im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 3,24 % vorgenom-

men. Es wurde eine Fluktuation von 5,0 %, eine erwartete Gehaltssteigerung von 2,5 % und eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag gebildet und bei einer Restlaufzeit von über einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz abgezinst.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurde periodengerecht, sofern noch keine Abrechnungen vorlagen auf der Grundlage von Schätzungen, bilanziert.

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus der steuerlichen Nichtanerkennung der bestehenden Drohverlustrückstellung sowie Unterschieden zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung der Schaden- und Pensionsrückstellungen.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist Mitglied im „Verein Verkehrsofferhilfe e.V.“ und im Verein „Deutsches Büro Grüne Karte e.V.“. Daraus resultiert die Verpflichtung, die zur Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Haftung bemisst sich nach dem Anteil an der Beitragseinnahme, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung jeweils im Geschäftsjahr erzielen.

Als Mitglied des Solidaritätspools der öffentlichen Versicherer zur Deckung von Terrorismusschäden haftet die Gesellschaft im Rahmen ihrer quotenmäßigen Beteiligung.

Gegenüber einem Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus nicht eingezahltem Stammkapital in Höhe von 511 TEUR.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die Gesellschaft least selbst genutzte Teile des Verwaltungsgebäudes An der Flutrinne 12 in Dresden zur Durchführung des laufenden Geschäftsbetriebes. Aus diesem Vertrag werden keine Risiken erwartet.

Anhang

Angaben zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2016

	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zu- gänge TEUR	Um- buchun- gen TEUR	Ab- gänge TEUR	Zu- schrei- bungen TEUR	Ab- schrei- bungen TEUR	Bilanzwerte Geschäfts- jahr TEUR
A. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	225	-	-	-	-	-	225
2. Beteiligungen	1 963	-	-	-	-	-	1 963
3. Summe A I.	2 188	-	-	-	-	-	2 188
A II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	56 308	21 548	-	-	-	-	77 856
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21 839	2 863	-	1 155	-	-	23 547
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	32 607	63	933	4 070	-	-	29 533
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	27 965	1 001	-933	3 973	-	650	23 410
c) übrige Ausleihungen	2 000	-	-	-	-	-	2 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	7 000	-	-	7 000	-	-	-
5. Summe A II.	147 719	25 475	-	16 198	-	650	156 346
Insgesamt	149 907	25 475	-	16 198	-	650	158 534

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
SPN Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	100	2016	225 000	0

Beteiligungen	Anteil %
Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München	0,39
Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf und Berlin	0,85
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf	0,50
S Direkt-Marketing GmbH & Co. KG, Halle/Saale	0,74
GDV Dienstleistungs-GmbH & Co. KG, Hamburg	0,12

Anhang

Zeitwert der Kapitalanlagen

	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Reserven TEUR
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	225	225	-
2. Beteiligungen	1 963	4 733	2 770
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	77 856	81 598	3 743
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23 547	25 685	2 137
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	29 533	32 609	3 076
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	23 410	25 035	1 625
c) übrige Ausleihungen	2 000	2 434	434
Insgesamt	158 534	172 319	13 784

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen betrug 172 319 TEUR (saldierte Reserven: 13 784 TEUR).

Die Beteiligungen enthalten Bewertungsreserven in Höhe von 2.770 TEUR.

In den zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen sind Bewertungsreserven von festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 7 543 TEUR enthalten. Diese resultieren haupt-

sächlich aus dem anhaltenden Niedrigzinsniveau und der Spreadeinengung an den Kapitalmärkten. Reduziert werden die Reserven durch Lasten in Höhe von 271 TEUR. Diese verteilen sich auf eine Inhaberschuldverschreibung und ein Schuldscheindarlehen, das von einer Bank emittiert wurde.

Die Lasten der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen bestehen in Form von nicht vorgenommenen Abschreibungen. Diese teilen sich wie folgt auf:

	Buchwert TEUR	nicht vorgenommene Abschreibungen TEUR
Inhaberschuldverschreibungen	998	90
Sonstige Ausleihungen	2 500	181
Insgesamt	3 498	271

Der Masterfonds weist saldierte Reserven in Höhe von 3.743 TEUR aus. Im Geschäftsjahr wurden das Renten-

segment um 11.500 TEUR und das Aktiensegment um 10 048 TEUR aufgestockt.

Kategorie	Buchwert TEUR	Reserven TEUR	Ausschüttung TEUR
Rentensegment	54 628	- 871	1 000
Aktiensegment	23 228	4 614	548
Insgesamt	77 856	3 743	1 548

Anhang

Währungsreserven

Zum Bilanzstichtag befanden sich zwei Pfandbriefe in dänischen Kronen (DKK) mit einem Buchwert von 2 680 TEUR im Bestand. Darauf bestanden stille Reserven aus Fremdwährungen in Höhe von 9 TEUR.

Nicht zum Zeitwert bilanzierte strukturierte Produkte

Bilanzposition	Struktur	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
A.II.3b	Floater mit Kündigungsrecht	1 000	1 043

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 6 150 TEUR. Es ist eingeteilt in 12 030 auf den Namen lautende Stückaktien. Diese sind in voller Höhe eingezahlt. Das Aktienkapital hält mit 100 % die S.V. Holding AG, Dresden. Die Mitteilung nach § 20 AktG ist der Gesellschaft ordnungsgemäß zugegangen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die S.V. Holding AG, Dresden, hatte der Gesellschaft im Jahr 2006 zur Stärkung der Kapitalausstattung ein Nachrangdarlehen in Höhe von 4 000 TEUR gewährt. Dieses war zum 14.08.2016 fällig und wurde zurückgezahlt.

Gewinnverwendungsvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Geschäftsjahr 2016 erzielten Bilanzgewinn in Höhe von 3 489 315,85 EUR wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende	1 079 000,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	2 400 000,00
Vortrag auf neue Rechnung	10 315,85

Andere Gewinnrücklagen

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	12 275
Einstellung aus dem Bilanzgewinn Vorjahr	2 800
Bilanzwert Geschäftsjahr	15 075

Rückstellungen für Altersteilzeit

	TEUR
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	178
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	178
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	618
Gebildete Rückstellungen für Altersteilzeit	440

Eine Verrechnung der Aufwendungen und Erträge wurde aufgrund der Geringfügigkeit nicht vorgenommen.

Anhang

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten unter anderem Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen mit 1 352 TEUR und für Altersteilzeitverpflichtungen mit 440 TEUR.

Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren existieren nicht.

Versicherungstechnische Positionen

Gesamtgeschäft

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	131 928 005,15	126 269 920,90
verdiente Bruttobeiträge	130 189 439,15	124 919 244,67
verdiente Nettobeiträge	78 278 915,29	77 322 178,51
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	78 354 953,18	79 962 190,85
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	32 478 777,79	29 845 611,74
Rückversicherungssaldo	-9 873 350,99	-7 643 773,33
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	5 175 330,02	5 521 721,38
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	177 702 016,59	168 101 349,17
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	121 242 559,51	117 301 023,26
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	31 581 677,00	27 853 356,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	666 287	647 653

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 15 338 TEUR auf Abschlussaufwendungen und 17 141 TEUR auf Verwaltungsaufwendungen.

Die Abwicklungsgewinne brutto betragen 5,2 (Vj. 7,6) % der verdienten Bruttobeiträge, die Abwicklungsgewinne für eigene Rechnung betragen 8,0 (Vj. 11,4) % der verdienten Beiträge für eigene Rechnung. Sie haben sich überwiegend in den Versicherungszweigen Kraftfahrt-Haftpflicht, Haftpflicht, Unfall und Feuer ergeben.

Die versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen beinhalten eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 5 010 TEUR.

Anhang

Gesamtes selbst abgeschlossenes Geschäft

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	124 547 621,63	120 418 136,97
verdiente Bruttobeiträge	123 804 611,80	119 734 434,83
verdiente Nettobeiträge	75 287 992,74	72 137 368,67
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	76 080 846,51	77 668 550,74
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	29 304 335,44	27 423 120,27
Rückversicherungssaldo	-9 493 616,46	-7 643 773,33
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	3 866 500,08	5 415 870,95
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	172 168 021,63	162 912 102,62
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	120 567 996,00	116 751 662,60
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	30 412 537,00	25 908 206,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	666 287	647 653

Unfall

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	15 448 472,19	14 804 021,55
verdiente Bruttobeiträge	15 409 081,29	14 724 761,85
verdiente Nettobeiträge	9 879 115,23	9 446 402,21
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	9 618 074,76	4 945 840,95
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	5 288 927,43	4 806 120,28
Rückversicherungssaldo	1 501 424,72	-420 007,99
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	1 751 854,10	4 551 656,66
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	28 806 481,35	22 126 787,45
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	21 871 563,00	15 212 202,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	2 114 000,00	2 189 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	92 401	92 014

Anhang

Haftpflicht

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	14 159 191,52	13 679,297,24
verdiente Bruttobeiträge	14 106 221,63	13 555 755,77
verdiente Nettobeiträge	8 652 043,97	8 373 500,46
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	3 159 063,04	6 363 268,65
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	4 955 859,84	5 010 653,12
Rückversicherungssaldo	-1 285 119,73	181 302,37
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	4 753 957,89	3 132 819,33
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	17 515 052,70	17 666 907,42
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	12 587 218,00	12 769 964,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	2 236 000,00	2 277 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	127 094	124 985

Kraftfahrzeug-Haftpflicht

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	33 598 495,43	32 348 964,71
verdiente Bruttobeiträge	33 580 596,38	32 226 701,32
verdiente Nettobeiträge	20 867 427,05	19 953 734,58
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	29 458 113,77	28 888 737,63
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	5 160 321,59	4 711 308,81
Rückversicherungssaldo	-716 922,03	-177 226,06
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-2 145 488,37	-1 935 259,22
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	67 126 868,87	65 040 545,82
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	60 263 383,00	58 431 150,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	4 246 000,00	3 971 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	109 336	104 082

Anhang

Sonstige Kraftfahrt

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	21 790 245,43	20 839 500,00
verdiente Bruttobeiträge	21 784 397,37	20 845 994,58
verdiente Nettobeiträge	14 707 228,41	14 023 171,77
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	17 573 916,84	14 598 347,88
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3 711 420,21	3 344 988,92
Rückversicherungssaldo	-221 065,78	-1 045 450,50
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-383 370,74	-447 505,32
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	11 909 402,23	10 796 197,17
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4 456 644,00	3 859 887,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	1 035 000,00	6 100 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	77 843	73 282

Verbundene Wohngebäude

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	15 634 533,52	14 616 571,64
verdiente Bruttobeiträge	15 339 339,81	14 485 283,50
verdiente Nettobeiträge	8 868 534,91	7 664 059,75
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	8 706 391,96	11 912 991,25
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	4 730 200,69	4 155 363,42
Rückversicherungssaldo	-2 915 246,40	-1 616 606,63
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-2 846 553,90	-2 828 847,12
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	19 231 358,05	18 432 389,18
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8 331 557	9 394 783,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	5 548 000,00	3 848 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	39 357	37 917

Anhang

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

	2016 EUR	2015 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	7 380 383,52	5 851 783,93
verdiente Bruttobeiträge	6 384 827,36	5 184 809,84
verdiente Nettobeiträge	2 990 922,55	5 184 809,84
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	2 274 106,67	2 293 640,11
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3 174 442,35	2 422 491,47
Rückversicherungssaldo	-379 734,53	-
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	1 308 829,94	105 850,43
versicherungstechnische Bruttorekstellungen	5 533 994,96	5 189 246,55
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	674 562,91	549 360,66
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	1 169 140,00	1 945 150,00

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2016 TEUR	2015 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	18 009	16 596
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	7 652	7 098
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1 342	1 267
5. Aufwendungen für Altersversorgung	127	138
6. Aufwendungen insgesamt	27 130	25 099

Anhang

Sonstige Angaben

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, ein Unternehmen der Gruppe der öffentlichen Versicherer mit Sitz in Dresden, ist im Handelsregister beim Registergericht Dresden unter der Nummer HRB 7876 registriert.

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 155 Innendienst-Mitarbeiter angestellt.

Der Vorstand hat seine Bezüge von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden, erhalten. Es erfolgte eine Dienstleistungsverrechnung.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 93 TEUR.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf Seite 75 aufgeführt.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Dresden, einbezogen. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für das Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer 120 TEUR für Abschlussprüfungsleistungen und 4 TEUR für Steuerberatungsleistungen berechnet. Übrige Leistungen gemäß § 285 Nr. 17 b) und d) HGB wurden nicht in Anspruch genommen.

Dresden, den 05. April 2017

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG


Gerhard Müller


Hans-Jürgen Büdenbender


Friedrich Scholl

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und

rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt ein insgesamt zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 06. April 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Möller
Wirtschaftsprüfer

Reinhardt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ständig überwacht und sich über deren Lage und Entwicklung durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands unterrichten lassen.

Gegenstand der regelmäßigen Erörterungen waren unter anderem die Wirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase, der Umsetzungsstand zu den Anforderungen aus Solvency II sowie der ORSA-Bericht, die Risikosituation des Unternehmens, die Umsetzung der EU-Audit-Reform, der Bericht der internen Revision, die Bestellung einer Nachfolgerin für ein in 2017 ausscheidendes Vorstandsmitglied sowie die Vergütungssysteme der Sparkassen-Versicherung Sachsen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung in Übereinstimmung befunden worden. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsbericht, aufgrund dessen der Abschluss mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde, Kenntnis genommen und diesen in Gegenwart des Abschlussprüfers in der Aufsichtsratssitzung am 28. April 2017 erörtert. Einwendungen haben sich nicht ergeben.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands. Er ist mit dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden und empfiehlt der Hauptversammlung, entsprechend zu beschließen.

Der Jahresabschluss ist hiermit festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG vorgelegen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die KPMG AG hat diesen Bericht ebenfalls geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat zu dem Ergebnis der Prüfung der KPMG AG keine Anmerkungen und erhebt keine Einwendungen gegen die im Lagebericht des Vorstands enthaltene Schlussklärung.

Dresden, den 28. April 2017

Der Aufsichtsrat

Joachim Hoof
Vorsitzender

Beiräte, Bezirksdirektionen Gruppe öffentlicher Versicherer

Beiräte	110
Bezirksdirektionen	112
Gruppe öffentlicher Versicherer	113

Sparkassenbeirat

Marian Peter Badura	stv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Chemnitz
Martin Bücher	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Leipzig
Oliver Fern	Vorstand der Sachsen Bank
Ulrich Franzen	Mitglied des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden
Dirk Helbig	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Mittelsachsen
Frank Hensel	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien
Michael Hummel	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Vogtland
Gerald Iltgen	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Bautzen
Uwe Krahl	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Döbeln
Stefan Müller	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Muldental
Josef Salzhuber	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Zwickau
Rainer Schikatzki	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Meißen
Heike Smolinski	Mitglied des Vorstands der Erzgebirgssparkasse
Wolfgang Zender	Verbandsgeschäftsführer des Ostdeutschen Sparkassenverbandes

Kommunalbeirat

Matthias Damm	Landrat des Landkreises Mittelsachsen
Kai Emanuel	Landrat des Landkreises Nordsachsen
Michael Harig	Landrat des Landkreises Bautzen Vorsitzender des Verbandsvorstands des OSV
Dirk Hilbert	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden
Dr. Fritz Jaeckel	Staatsminister und Chef der Staatskanzlei des Freistaates Sachsen
Burkhard Jung	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Bettina Kudla	Mitglied des Deutschen Bundestages und Abgeordnete des Wahlkreises der CDU Leipzig
Bernd Lange	Landrat des Landkreises Görlitz
Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz
Mike Ruckh	Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Sebnitz
Stefan Skora	Oberbürgermeister der Stadt Hoyerswerda Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages
Arndt Steinbach	Landrat des Landkreises Meißen 1. Vizepräsident des Sächsischen Landkreistages
Dr. Michael Wilhelm	Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren

Bezirksdirektionen

Bezirksdirektion Chemnitz

Uferstraße 48

09126 Chemnitz

Tel. 0371 53914-0

Fax 0371 53914-13

E-Mail bd-chemnitz@sv-sachsen.de

Bezirksdirektion Dresden

Wasastraße 8

01219 Dresden

Tel. 0351 41747-0

Fax 0351 41747-20

E-Mail bd-dresden@sv-sachsen.de

Bezirksdirektion Leipzig

Emil-Fuchs-Str. 4

04105 Leipzig

Tel. 0341 90473-0

Fax 0341 90473-23

E-Mail bd-leipzig@sv-sachsen.de

Gruppe öffentlicher Versicherer

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband (BGV)/Badische Versicherungen

Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe, Mannheim

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe

Badische Rechtsschutzversicherung AG, Karlsruhe

BGV-Versicherung AG, Karlsruhe

Öffentliche Versicherung Braunschweig

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig

Öffentliche Versicherungen Oldenburg

Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg

ÖSA – Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt

ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg

ÖSA – Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg

ÖVB Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen

Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich

Provinzial NordWest Versicherungsgruppe

Provinzial NordWest Holding AG, Münster

Westfälische Provinzial Versicherung AG, Münster

Provinzial Nord Brandkasse AG, Kiel

Hamburger Feuerkasse Versicherungs-AG, Hamburg

Provinzial NordWest Lebensversicherung AG, Kiel

Provinzial NordWest AssetManagement GmbH, Münster

Provinzial Rheinland Konzern

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG, Düsseldorf

Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt, Detmold

ProTect Versicherung AG, Düsseldorf

Gruppe öffentlicher Versicherer

Sparkassen Direktversicherung AG, Düsseldorf

Sparkassen-Versicherung Sachsen

S.V. Holding AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

SV Versicherungen Konzern

SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart

SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart

SV Informatik GmbH, Mannheim

Konzern Versicherungskammer Bayern

Versicherungskammer Bayern, Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München

Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft, München

Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München

Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG, München

SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken

Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin und Potsdam

Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin und Potsdam

OVAG Ostdeutsche Versicherung AG, Berlin

MKB Általános Biztosító Zrt., Budapest

MKB Életbiztosító Zrt., Budapest

Consal Beteiligungsgesellschaft AG

Gruppe öffentlicher Versicherer

VGH Versicherungen

Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover

Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover

Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover

Gemeinsame Versicherungs- und Dienstleistungsunternehmen

Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München

Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München

Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken

Union Reiseversicherung Aktiengesellschaft, München

Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen Versicherer e. V. (IFS), Kiel

IFS Umwelt und Sicherheit GmbH, Kiel

ivv - Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover

ÖBAV Servicegesellschaft für betriebliche Altersversorgung öffentlicher Versicherer mbH, Düsseldorf

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf

D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH, Düsseldorf

Deutsche Assistance Versicherung AG, Düsseldorf

Deutsche Assistance Service GmbH, Düsseldorf

Deutsche Assistance Telematik GmbH, Magdeburg

Mehrwert Service GmbH, Düsseldorf

OEV Online Dienste GmbH, Düsseldorf

S-PensionsManagement GmbH, Köln

Sparkassen Pensionsfonds AG, Köln

Sparkassen Pensionskasse AG, Köln

Heubeck AG, Köln

SV Informatik GmbH, Mannheim

